

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1992

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Wählerstruktur der Parteien seit 1957	213	Anhand der repräsentativen Wahlstatistik wird die Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien nach Alter und Geschlecht bei den Bundestags- und Landtagswahlen untersucht.
Einkommens- und Verbrauchs- stichprobe 1993	220	1993 findet die nächste Einkommens- und Verbrauchsstichprobe statt. Konzept und Ziele der Erhebung werden vorgestellt.
Empfänger von pauschalitem Wohngeld	222	Die Einführung der Wohngeldpauschalierung erforderte methodische Änderungen in der Wohngeldstatistik. Der Beitrag vermittelt anhand des ersten Jahresergebnisses einen Überblick über die Empfänger von pauschalitem Wohngeld.
Zwischenfruchtanbau 1991	228	In der Bodennutzungshaupterhebung 1991 wurde erstmals nach 14 Jahren wieder der Anbau von Zwischenfrüchten erfragt. Über die wichtigsten Ergebnisse dieses auch den Bodenschutz fördernden Produktionsverfahrens wird berichtet.
Handelsbeziehungen zwischen Rheinland-Pfalz und Spanien	231	Es werden der rheinland-pfälzische Warenverkehr mit Spanien dargestellt und allgemeine Informationen über das Land gegeben.
Öffentliche Abfallbeseitigung	236	Das Erhebungskonzept der Statistik der öffentlichen Abfallbeseitigung wird vorgestellt und über die Entwicklung des Abfallaufkommens berichtet.
Anhang	73 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	79 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Wählerstruktur der Parteien seit 1957

Für die Parteien ist die Zusammensetzung ihrer Wählerschaft von großem Interesse. Eine Antwort auf die Frage nach dem Alter und Geschlecht der Wähler der einzelnen Parteien gibt die repräsentative Wahlstatistik.

Danach hatte die CDU bis zur Bundestagswahl 1969 bei den jüngeren Wählern einen starken Vorsprung vor der SPD. Ab 1972 erzielte die SPD in dieser Altersgruppe zum Teil deutlich höhere Werte als die CDU. Die Bundestagswahlen 1987 und 1990 weisen für die beiden großen Parteien etwa gleiche Anteile aus.

Bei den Wählern mittleren Alters führten Verluste der CDU stets zu Gewinnen für die SPD. Umgekehrt brachten Vorteile der CDU Nachteile für die SPD.

Ältere CDU-Wähler trugen zum Erfolg ihrer Partei bei allen Bundestagswahlen überproportional bei. Für die SPD wurde Entsprechendes nur 1983 beobachtet.

Frauen bevorzugten die CDU bei allen Wahlen stärker als die Männer. Seit 1972 ist bei den beiden großen Parteien eine kontinuierliche Annäherung im Wahlverhalten von Frauen und Männern zu beobachten. Die SPD wurde von den weiblichen und männlichen Wählern bei den letzten Bundestagswahlen annähernd gleich begünstigt. Ähnliches ist parteiübergreifend auch bei den Landtagswahlen zu beobachten. *le*

Mehr über dieses Thema auf Seite 213

Rheinland-pfälzisches Wirtschaftswachstum knapp unter dem Bundesdurchschnitt

Nach aktuellen Schätzungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, dem auch das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz angehört, hat sich das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt, ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, im ersten Halbjahr 1992 nominal um 6,1 % erhöht.

Trotz der gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stieg das Bruttoinlandsprodukt real, das heißt von Preiseffekten bereinigt, um 1,7 %. Damit vollzog sich das Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft im Einklang mit der Gesamtentwicklung in den alten Bundesländern. Für diese wurde eine preisbereinigte Zuwachsrate von 1,9 % (nominal 6,6 %) geschätzt. *re*

Durchschnittlicher Bruttojahreslohn 1989 auf der Lohnsteuerkarte 42 500 DM

Im Jahre 1989 erhielten die 1,3 Mill. Lohnsteuerpflichtigen in Rheinland-Pfalz Bruttolöhne von 57 Mrd. DM. Davon waren 8,7 Mrd. DM Lohnsteuer an die Finanzämter zu entrichten. Dies entspricht einer durchschnittlichen Steuerbelastung von 15,4 %. Der Bruttojahreslohn je Steuerpflichtigen ist gegenüber 1986 um 12,5 % auf 42 500 DM gestiegen.

Die Hälfte der Steuerpflichtigen hatte ein Einkommen zwischen 20 000 DM und 60 000 DM. Löhne von 100 000 DM und mehr erzielten 4,7 % der unselbständig Beschäftigten. Diese brachten 25 % der gesamten Lohnsteuer auf. Arbeitnehmer mit weniger als 20 000 DM Jahresverdienst stellten 26 % aller Steuerpflichtigen und trugen 1,2 % zum Lohnsteueraufkommen bei. *kg*

Einkommen und Verbrauch der Haushalte

Nach 1988 findet 1993 die nächste Einkommens- und Verbrauchsstichprobe statt. Rund 3 400 rheinland-pfälzische Haushalte werden an der Erhebung, zu der keine Auskunftspflicht besteht, teilnehmen. Erstmals sind auch Ausländerhaushalte in die Erhebung einzubeziehen.

Mit den Ergebnissen kann eine Vielzahl von Informationsanforderungen erfüllt werden. So läßt sich u.a. aufzeigen, in welchem Umfang hilfsbedürftige Haushalte tatsächlich durch staatliche Transferzahlungen, wie Sozialhilfe, Wohngeld oder Kindergeld, unterstützt werden. *me*

Mehr über dieses Thema auf Seite 220

Reichliche Kartoffelernte

Mit fast 400 000 t wird in Rheinland-Pfalz 1992 eine überdurchschnittliche Kartoffelernte erwartet. Der Durchschnitt der letzten sechs Jahre wird um 19 % übertroffen, das schwache Erntejahr 1991 sogar um 45 %. Das große Angebot hatte allerdings unbefriedigende Erzeugerpreise zur Folge, vor allem auch für Frühkartoffeln, auf die 34 % der Erntemenge entfallen.

Bei Frühkartoffeln wurde die bisher höchste Flächenleistung in Rheinland-Pfalz mit einem Hektarertrag von über 320 dt erzielt. Nach den derzeit vorliegenden Ergebnissen der Proberodungen liefern die mittelfrühen und späten Kartoffeln mit rund 324 dt/ha ebenfalls sehr hohe Erträge. *hü*

Rückgang des Schweinebestandes abgeschwächt

Anfang August gab es in Rheinland-Pfalz nach dem Ergebnis der Viehzählung rund 498 600 Schweine. Der Rückgang gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat fiel mit 2,7 % geringer aus als in den vergangenen drei Jahren, was Folge einer verbesserten Rentabilität der Schweinemast sein dürfte.

Der Bestand an Zuchtsauen (57 400) nahm um 1,5 % ab, die Zahl der Mastschweine mit 50 kg und mehr Lebendgewicht (169 300) verringerte sich um 2,9 %. Zunahmen von 1,5 % bzw. 8,3 % waren hingegen bei den Jungschweinen unter 50 kg Lebendgewicht (107 500) und unter den Zuchtsauen bei der Zahl der Jungsauen (15 900) festzustellen. hü

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im September 1992		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu Sept. 1991 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke,Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	111,7	2,9
Bekleidung, Schuhe	113,9	2,9
Wohnungsmieten	125,2	5,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	89,7	-
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	115,1	3,4
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	118,6	3,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	117,7	2,0
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	112,9	4,6
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	125,5	5,3
Gesamtlebenshaltung	115,7	3,6
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	115,4	3,5
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	116,4	3,6
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	115,5	3,6

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Zwischenfruchtanbau, ein Beitrag zum Bodenschutz

Zwischenfrüchte werden hauptsächlich zum Schutz des Bodens und zur Erzeugung von hochwertigem Grundfutter angebaut. Sie lockern mit ihren Wurzeln den Boden, versorgen ihn mit Humus, bekämpfen biologisch Schädlinge und können die Gefahr der Wind- und Wassererosion verkleinern. Sie verringern ferner die Verlagerung von Nitrat in das Grundwasser.

Fast 3 900 Betriebe bauten im Zeitraum von Juni 1990 bis Mai 1991 auf 16 300 ha Zwischenfrüchte an. Die Betriebsleiter bevorzugten dabei den Raps (11 900 ha), mit weitem Abstand folgten die Gräser (1 700 ha) und der Klee (1 100 ha). Zwischenfrüchte haben besonders die mittleren und größeren Betriebe in ihren Anbauplan aufgenommen.

Den größten Anteil am Ackerland haben Zwischenfrüchte im Regierungsbezirk Trier mit 4,8 %, in Koblenz sind es 4,4 % und in Rheinhessen-Pfalz 3,2 %. In Rheinhessen-Pfalz lassen vor allem die geringeren Sommerniederschläge vielfach einen Anbau nicht ratsam erscheinen. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 228

Etwas höherer Export, dagegen sinkender Import im 1. Halbjahr

Nachdem der Export der rheinland-pfälzischen Wirtschaft im vergangenen Jahr um 1,8 % zurückgegangen war – das Exportminus der gesamten deutschen Wirtschaft betrug 2,2 % –, nahm er im 1. Halbjahr 1992 wieder zu. Es wurden für 18,2 Mrd. DM Waren ins Ausland geliefert, um 2 % mehr als im 1. Halbjahr 1991. Besonders kräftig stieg die Nachfrage der ausländischen Kunden nach chemischen Erzeugnissen aller Fertigungsstufen sowie nach Kraftfahrzeugen. Dagegen wurden weniger Maschinen verkauft.

Der Import, der im vergangenen Jahr um mehr als 14 % zugenommen hatte, lag mit 14,2 Mrd. DM um 0,3 % niedriger als im Vergleichszeitraum. Das ist vor allem auf verringerte Einkäufe von Gütern der Ernährungswirtschaft, von Kraftstoffen, chemischen Vorerzeugnissen und Schuhen zurückzuführen. Dagegen nahmen die Bezüge von Kraftfahrzeugen, Maschinen und Erdöl erheblich zu.

Die Ausfuhr in die EG-Länder erhöhte sich im 1. Halbjahr 1992 um 4,5 % auf 10,3 Mrd. DM. Die Einfuhr nahm um 2 % auf 8,1 Mrd. DM ab. Wichtigste Kunden sind die Franzosen. Der Außenhandel mit diesem EG-Partner erreichte jedoch nicht ganz den hohen Stand des vorjährigen Vergleichszeitraumes. sr

Wählerstruktur der Parteien seit 1957

Repräsentative Wahlstatistik zuverlässige Grundlage für Analyse

Für die Parteien ist die Zusammensetzung ihrer Wählerschaft von großem Interesse. Waren es vor allem Ältere oder Jüngere, waren es mehr Frauen oder Männer, deren Entscheidung für die eine oder andere Partei den Ausschlag für das Wahlergebnis gegeben hat ?

Solche Fragen beantwortet die repräsentative Wahlstatistik. Sie liefert zuverlässige Daten über die Wählerschaft der einzelnen Parteien nach Alter und Geschlecht.

Während die allgemeine Wahlstatistik Angaben über die Zahl der Wahlberechtigten, die Wahlbeteiligung, die gültigen und ungültigen Stimmen sowie die für die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen, gegliedert nach Verwaltungseinheiten, liefert, wird bei der repräsentativen Wahlstatistik in nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Wahlbezirken, die für das gesamte Wahlgebiet repräsentativ sind, das Wahlverhalten, das heißt die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe bestimmter Bevölkerungsgruppen, untersucht. Repräsentativ für das gesamte Wahlgebiet bedeutet, daß aus den Teilergebnissen mit hinreichender Sicherheit auf das Verhalten aller Wählerinnen und Wähler der verschiedenen Altersgruppen geschlossen werden kann.

Verfahren gesetzlich geregelt, Wahlgeheimnis nicht gefährdet

Rechtsgrundlage der repräsentativen Wahlstatistik bei Bundestagswahlen ist § 51 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes i. V. m. § 85 der Bundeswahlordnung. Entsprechende Bestimmungen für ihre Durchführung bei Landtagswahlen enthalten § 54 Abs. 2 des Landeswahlgesetzes und § 89 der Landeswahlordnung und für Europawahlen § 25 Abs. 1 Europawahlgesetz i. V. m. § 51 Abs. 2 Bundeswahlgesetz sowie § 78 der Europawahlordnung.

Die Wahlbeteiligung wird anhand der Stimmabgabevermerke in den Wählerverzeichnissen der Auswahlbezirke festgestellt, die den Vornamen (Geschlecht) und den Geburtstag des Wahlberechtigten enthalten. Die Stimmabgabe für die einzelnen Parteien wird mit Hilfe von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck für Männer und Frauen nach Altersgruppen ermittelt. Die Trennung der Wahl nach Altersgruppen und Geschlecht ist nur zulässig, wenn die Stimmabgabe der einzelnen Wähler dadurch nicht erkennbar wird. Weitere Bestimmungen zur Sicherung des Wahlgeheimnisses enthalten die jeweiligen Wahlordnungen. Die Briefwähler sind wegen des Gebots der Wahrung des Wahlgeheimnisses nicht in die Statistik einbezogen.

Vergleich der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik mit den Totalergebnissen der Bundestagswahlen 1976 bis 1990

Wahljahr	Total Stichprobe	Wähler		CDU		SPD		F.D.P.		Sonstige	
		Anzahl 1000	%	Anzahl 1000	%	Anzahl 1000	%	Anzahl 1000	%	Anzahl 1000	%
1976	T	2 230,4	91,3	1 094,7	49,5	931,8	42,1	166,4	7,5	18,8	0,9
	St	2 230,4	91,4	1 101,8	49,8	933,6	42,2	158,4	7,2	18,4	0,8
1980	T	2 209,3	88,8	990,3	45,4	940,8	43,1	213,2	9,8	37,3	1,7
	St	2 209,3	89,2	996,9	45,7	935,8	42,9	212,7	9,7	37,3	1,7
1983	T	2 306,4	89,5	1 121,1	49,5	880,6	38,9	155,2	6,9	106,6	4,7
	St	2 306,4	90,1	1 126,6	49,7	871,0	38,5	156,2	6,9	111,3	4,9
1987	T	2 260,7	85,6	999,5	44,8	843,2	37,8	198,5	8,9	189,3	8,5
	St	2 260,7	86,0	1 014,1	45,4	836,4	37,5	195,7	8,8	187,0	8,4
1990	T	2 155,2	80,0	963,7	45,4	775,6	36,5	219,4	10,3	164,9	7,8
	St	2 155,2	80,0	984,4	46,4	761,9	35,9	216,5	10,2	160,5	7,6

Vergleich der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik mit den Totalergebnissen der Landtagswahlen 1971 bis 1991

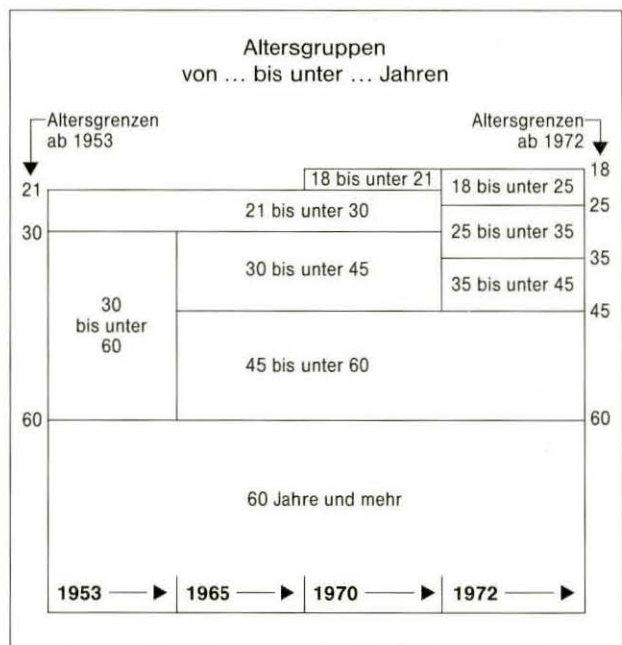
Wahljahr	Total Stich- probe	Wähler		CDU		SPD		F.D.P.		Sonstige	
		Anzahl 1000	%	Anzahl 1000	%	Anzahl 1000	%	Anzahl 1000	%	Anzahl 1000	%
1971	T	1 931,6	79,4	943,6	49,5	779,3	40,9	113,1	5,9	69,6	3,7
	St	1 931,5	79,4	947,6	49,7	777,9	40,8	110,6	5,8	70,6	3,7
1975	T	1 989,3	80,1	1 052,8	53,5	766,9	38,9	110,2	5,6	39,3	2,0
	St	1 989,3	80,3	1 056,4	53,6	765,5	38,9	108,4	5,5	39,0	2,0
1979	T	2 051,8	80,6	1 005,7	49,7	865,5	42,7	129,0	6,4	25,3	1,3
	St	2 051,8	80,4	1 014,1	50,1	862,7	42,6	123,9	6,1	24,2	1,2
1983	T	2 304,3	90,4	1 178,0	51,7	915,7	40,2	79,3	3,5	106,2	4,7
	St	2 304,3	90,1	1 177,5	51,7	909,3	39,9	83,6	3,7	108,4	4,8
1987	T	1 973,4	77,0	864,4	44,4	770,5	39,6	141,1	7,3	170,1	8,7
	St	1 973,4	77,0	877,2	45,1	762,2	39,2	140,8	7,2	164,4	8,5
1991	T	1 930,6	71,6	720,4	38,0	861,4	45,5	129,0	6,8	184,0	9,7
	St	1 930,6	71,3	728,6	38,4	850,2	44,8	134,4	7,1	183,0	9,6

Erste Auszählungen dieser Art erfolgten 1953, damals noch ohne die Länder Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland. Sie wurden seit 1957 unter Beteiligung aller Bundesländer wiederholt. In Rheinland-Pfalz werden seit 1967 auch bei Landtagswahlen repräsentative Erhebungen durchgeführt.

Die Stichprobe umfaßte in Rheinland-Pfalz bei der letzten Bundestagswahl im Jahr 1990 198 Wahlbezirke, in denen das Wahlverhalten von rund 5 % aller rheinland-pfälzischen Wähler ermittelt wurde. Die Wahlbeteiligung wurde in 78 Wahlbezirken bei rund 2 % der Wahlberechtigten festgestellt.

Die Wahlbeteiligung wird nach Geschlecht und zehn Altersgruppen, die Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge nach Geschlecht und fünf Altersgruppen untersucht.

Altersgliederung ab 1953



Durch in den letzten Jahrzehnten vorgenommene Veränderungen in der Altersgliederung ist eine ununterbrochene Zeitreihe nur bei der Altersgruppe „60 Jahre und älter“ darstellbar. So führte beispielsweise die Herabsetzung der Altersgrenze für das aktive Wahlrecht von 21 auf 18 Jahre zu einer Neueinteilung der Altersgruppen.

Aus den obengenannten Gründen werden bei der Darstellung der Altersgruppen zur Vereinfachung folgende Begriffe verwendet:

Jungwähler: 18 – 25 Jahre
Jüngere Wähler: 25 – 35 Jahre
Wähler mittleren Alters: 35 – 60 Jahre
Ältere Wähler: 60 Jahre und älter oder auch 45 Jahre und älter

Die Untersuchung der Wählerstruktur der Parteien versucht folgende Fragen zu beantworten:

- Wie unterscheiden sich die einzelnen Altersgruppen in ihrem Wahlverhalten? Ist die besondere Präferenz der jüngeren oder älteren Wähler für die eine oder andere Partei über die Jahre stabil geblieben, hat sie sich abgeschwächt oder erheblich verändert?
- Wie hat sich das Wahlverhalten der Wählerinnen und Wähler im Laufe der Jahre entwickelt?
- Ist die Wählerschaft der einzelnen Parteien noch ein ausgewogener Querschnitt durch alle Bevölkerungsgruppen? Überwiegen gegebenenfalls jüngere oder ältere Wähler, Männer oder Frauen?

Wechselnde Sympathien jüngerer Wähler

Bundestagswahlen

Die CDU wurde bis zur Bundestagswahl 1969 von den jüngeren Wählern gegenüber der zweitstärksten politischen Kraft, der SPD, bevorzugt. Der Abstand betrug bei den Bundestagswahlen 1957 und 1961 rund 18 bzw. 14

Prozentpunkte, reduzierte sich 1965 auf 13 und verringerte sich bei der Bundestagswahl 1969 auf nur noch 0,9 Punkte. Von 1972 an erzielte dann die SPD zum Teil deutlich bessere Ergebnisse als die CDU. Bei den Jungwählern bis 25 Jahre, die bei dieser Wahl erstmals getrennt gezählt wurden, erreichte sie 52,5 % und lag gut 14 Prozentpunkte vor der CDU. Bei den 25- bis 35jährigen entfielen 47,7 % auf die SPD, ein Stimmenanteil, der knapp 5 Prozentpunkte über dem der CDU lag. Dieser große Sympathievorsprung der SPD bei den jüngeren Wählern nahm allerdings von Wahl zu Wahl wieder ab. Seit 1983 liegt die CDU in der Gunst der jüngeren Wähler wieder an der Spitze. Der Verlust der SPD bei den Jungwählern bei der Bundestagswahl 1983 war mit 9,6 Prozentpunkten doppelt so hoch wie für die Partei insgesamt (4,4 Prozentpunkte). Mit 7,5 Prozentpunkten mußte die SPD auch bei den 25- bis 35jährigen deutlich höhere Verluste hinnehmen als im Gesamtergebnis.

Die Zugewinne der CDU waren von 1980 zu 1983 bei den Jungwählern mit 6,7 und bei den 25- bis 35jährigen mit 5,9 Prozentpunkten zwar höher als die Gesamtgewinne, doch blieb der Stimmenanteil bei den Jungwählern und jüngeren Wählern deutlich unter dem Gesamtergebnis. Bei der Bundestagswahl 1987 büßte die Partei bei den 25- bis 35jährigen 7,9 Prozentpunkte ein, dies war ein deutlich höherer Verlust als beim Stimmenanteil insgesamt.

Bei den Bundestagswahlen 1987 und 1990 waren die Werte der beiden großen Parteien bei den jüngeren Wählern mit rund 37 und 38 % in etwa gleich hoch.

Der Anteil der SPD blieb bei den Jungwählern seit der Bundestagswahl 1987 fast konstant und entsprach in etwa ihrem Gesamtwähleranteil. Bei den 25- bis 35jährigen erreichte die SPD 1990 gegenüber 1987 einen Zugewinn von 1,9 Prozentpunkten. Mit 40,5 % lag sie in dieser Altersgruppe um 4,6 Prozentpunkte höher als ihr Gesamtergebnis im Jahre 1990.

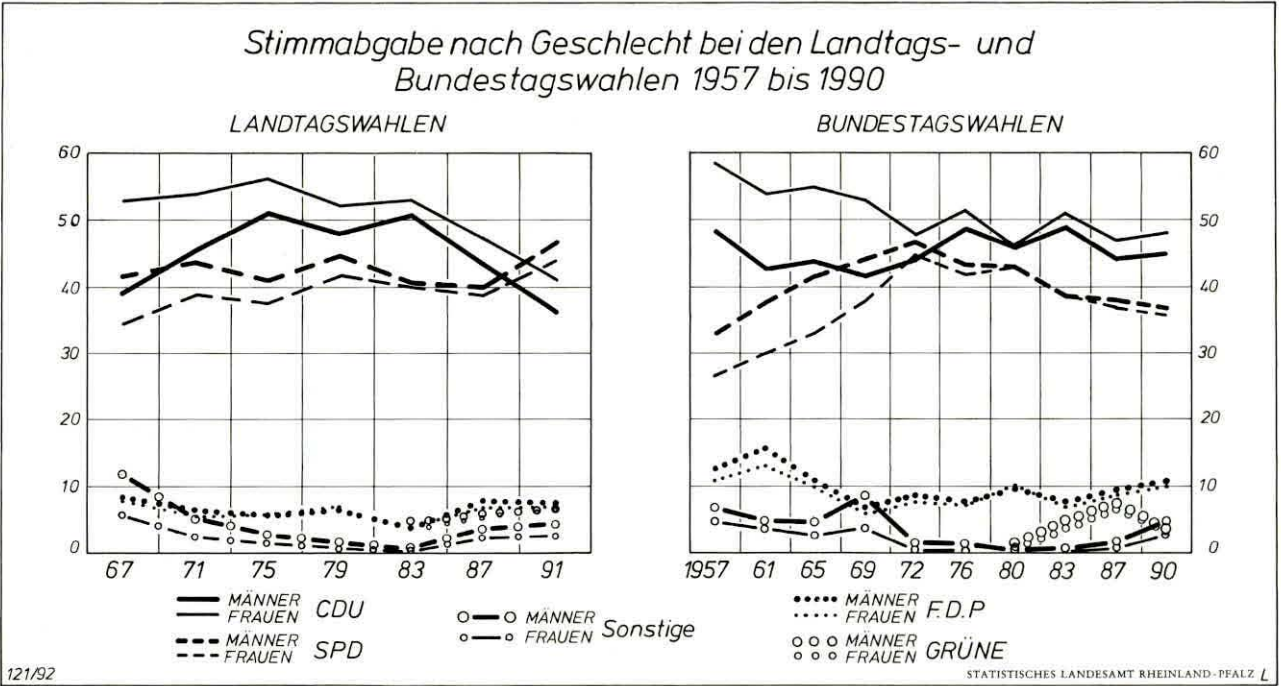
Die F.D.P. hatte bis zum Beginn der sozialliberalen Koalition bei den jüngeren Wählern einen etwas geringeren Zuspruch, als es ihrem jeweiligen Gesamtergebnis entsprach. Danach stieg die Partei deutlich in der Gunst der jüngeren Wähler. Der Koalitionswechsel zur CDU im Jahre 1983 brachte Verluste von rund 5 Prozentpunkten. Vergleichsweise gut lag die Partei bei den Jungwählern 1990 mit 10,7 %.

Alle anderen Parteien erzielten bis zur ersten Kandidatur der GRÜNEN bei den jungen Wählern im Jahre 1980 keine nennenswerten Anteile.

Die GRÜNEN erreichten 1987 ihr bestes Ergebnis bei den Jungwählern mit 14,2 % der Stimmen; sie konnten sich damit gegenüber 1983 um 2 Prozentpunkte verbessern. In der Altersgruppe der 25- bis 35jährigen gaben ihnen 14,9 % der Wähler ihre Stimme. 1990 verloren die GRÜNEN mit 7,1 Prozentpunkten fast die Hälfte ihrer Wählerschaft bei den 25- bis 35jährigen. Bemerkenswert ist, daß die Partei in der Präferenz der jüngeren Wähler bei allen Wahlen deutlich über ihrem Gesamtergebnis lag und teilweise die dreifachen Anteile erreichte.

Landtagswahlen

Bei den Landtagswahlen erzielte die CDU bei den jüngeren Wählern deutlich bessere Anteile als bei den Bundestagswahlen. 1975 erhielt die Partei bei den Jungwählern 49,5 % und bei den 25- bis 35jährigen 53,6 % der Stimmen. Sie erreichte damit bei den letztgenannten genau ihr Gesamtergebnis. Für die SPD stimmten bei dieser Wahl 39,8 % der 25- bis 35jährigen Wähler. Mit einem Abstand von 13,8 Prozentpunkten zur CDU war dies der geringste Stimmenanteil der Partei bei einer Landtagswahl. Das beste Resultat aller Altersgruppen erzielte die SPD 1979 und 1991 bei jüngeren Wählern mit jeweils 49,5 %. Die Wahl 1991 brachte hingegen der CDU in dieser Altersgruppe mit 27,4 % und einem Ver-



lust von 9,8 Prozentpunkten das niedrigste Ergebnis aller Landtagswahlen.

Die F. D. P. erreichte bei fast allen Wahlen bei den jüngeren Wählern annähernd ihr Gesamtergebnis. Einen deutlichen Einbruch mußte sie allerdings bei der Landtagswahl 1983 hinnehmen, als sie nur 2,4 % der Jungwähler überzeugen konnte und damit mehr als die Hälfte ihrer Wählerschaft in dieser Altersgruppe verlor.

Die GRÜNEN erzielten in den unteren Altersgruppen bei allen Wahlen deutlich überproportionale Stimmenanteile. Mit 14 % erreichten sie 1991 bei den Jungwählern ihr bestes Ergebnis aller Altersgruppen. Sie verbesserten ihr Ergebnis gegenüber 1987 noch um 0,9 Prozentpunkte, mußten allerdings bei den 25- bis 35jährigen mit 0,7 Prozentpunkten leichte Verluste hinnehmen.

Stimmabgabe der Männer und Frauen bei den Bundestagswahlen nach Altersgruppen 1957 bis 1990 (Repräsentativergebnis)

Altersgruppe	Partei	Stimmabgabe in %									
		1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990
18-25 Jahre	CDU	-	-	-	-	38,4	42,2	36,2	42,9	37,7	38,6
	SPD	-	-	-	-	52,5	49,6	48,2	38,6	36,7	36,5
	F.D.P.	-	-	-	-	8,1	7,1	10,8	5,9	9,3	10,7
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	4,2	12,2	14,2	8,6
	Sonstige	-	-	-	-	1,0	1,0	0,5	0,4	2,1	5,6
21-30 Jahre	CDU	51,6	49,6	51,1	45,4	-	-	-	-	-	-
	SPD	34,0	35,7	38,1	44,5	-	-	-	-	-	-
	F.D.P.	10,2	11,8	8,0	5,7	-	-	-	-	-	-
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige	4,2	2,9	2,8	4,3	-	-	-	-	-	-
25-35 Jahre	CDU	-	-	-	-	42,9	47,1	39,4	45,3	37,4	38,3
	SPD	-	-	-	-	47,7	43,7	46,7	39,2	38,6	40,5
	F.D.P.	-	-	-	-	8,6	8,6	11,6	6,5	7,6	9,6
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	1,8	8,4	14,9	7,8
	Sonstige	-	-	-	-	0,9	0,6	0,4	0,5	1,6	3,7
30-45 Jahre	CDU	-	-	46,0	44,6	-	-	-	-	-	-
	SPD	-	-	40,2	43,4	-	-	-	-	-	-
	F.D.P.	-	-	10,0	6,0	-	-	-	-	-	-
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige	-	-	3,9	6,0	-	-	-	-	-	-
30-60 Jahre	CDU	52,3	46,1	-	-	-	-	-	-	-	-
	SPD	29,8	34,2	-	-	-	-	-	-	-	-
	F.D.P.	11,5	14,9	-	-	-	-	-	-	-	-
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige	6,4	4,8	-	-	-	-	-	-	-	-
35-45 Jahre	CDU	-	-	-	-	44,1	51,2	47,7	52,3	44,2	42,9
	SPD	-	-	-	-	47,0	40,3	40,3	35,6	36,9	38,1
	F.D.P.	-	-	-	-	7,8	7,9	11,0	8,5	10,1	11,5
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	0,7	3,2	7,7	4,3
	Sonstige	-	-	-	-	1,1	0,6	0,4	0,4	1,0	3,2
45-60 Jahre	CDU	-	-	48,6	46,8	47,0	50,5	47,7	51,2	47,7	49,5
	SPD	-	-	36,1	39,3	43,3	41,3	41,8	38,9	38,0	34,1
	F.D.P.	-	-	11,0	6,4	8,2	7,1	9,4	7,5	9,6	11,2
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	0,6	1,9	3,4	1,6
	Sonstige	-	-	4,2	7,5	1,4	1,1	0,6	0,6	1,2	3,6
60 und mehr Jahre	CDU	58,2	53,5	53,4	51,7	50,9	53,5	51,5	53,2	52,6	54,1
	SPD	24,9	29,1	32,1	36,7	40,9	39,9	40,4	39,2	36,8	32,8
	F.D.P.	11,6	13,7	10,6	5,8	7,0	5,8	7,3	6,0	7,6	8,5
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	0,3	1,0	1,8	0,6
	Sonstige	5,3	3,8	3,9	5,8	1,3	0,8	0,5	0,5	1,3	4,0
Insgesamt	CDU	53,4	48,4	49,5	47,3	45,7	49,8	45,7	49,7	45,4	46,4
	SPD	29,5	33,3	36,7	40,6	45,3	42,2	42,9	38,5	37,5	35,9
	F.D.P.	11,3	14,1	10,1	6,0	7,8	7,2	9,7	6,9	8,8	10,2
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	1,2	4,4	7,0	3,7
	Sonstige	5,8	4,2	3,8	6,1	1,2	0,8	0,5	0,5	1,4	3,9

Stimmabgabe der Männer und Frauen bei den Landtagswahlen nach Altersgruppen 1967 bis 1991 (Repräsentativergebnis)

Altersgruppe	Partei	Stimmabgabe in %						
		1967	1971	1975	1979	1983	1987	1991
18 - 25 Jahre	CDU	-	47,2	49,5	42,7	44,8	38,5	28,1
	SPD	-	44,2	43,2	49,5	39,7	37,8	43,5
	F.D.P.	-	4,9	5,0	6,4	2,4	6,7	7,8
	GRÜNE	-	-	-	-	12,8	13,1	14,0
	Sonstige	-	3,6	2,4	1,5	0,3	4,0	6,6
21 - 30 Jahre	CDU	48,0	-	-	-	-	-	-
	SPD	38,5	-	-	-	-	-	-
	F.D.P.	6,8	-	-	-	-	-	-
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige	6,7	-	-	-	-	-	-
25 - 35 Jahre	CDU	-	49,5	53,6	46,2	47,2	37,2	27,4
	SPD	-	42,8	39,8	46,5	41,3	40,7	49,5
	F.D.P.	-	5,1	5,2	6,4	3,2	5,9	6,3
	GRÜNE	-	-	-	-	7,9	13,4	12,7
	Sonstige	-	2,6	1,6	0,8	0,4	2,7	4,0
30 - 45 Jahre	CDU	43,9	-	-	-	-	-	-
	SPD	39,3	-	-	-	-	-	-
	F.D.P.	7,7	-	-	-	-	-	-
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige	9,1	-	-	-	-	-	-
35 - 45 Jahre	CDU	-	48,1	53,8	51,6	54,6	43,5	32,0
	SPD	-	42,1	38,7	41,0	38,1	40,0	49,2
	F.D.P.	-	5,9	5,8	6,5	3,9	8,0	7,3
	GRÜNE	-	-	-	-	3,0	5,9	8,4
	Sonstige	-	3,9	1,8	0,9	0,4	2,7	3,1
45 - 60 Jahre	CDU	44,7	49,7	53,2	50,4	53,2	46,7	41,6
	SPD	36,4	39,5	38,5	42,0	40,3	40,1	44,0
	F.D.P.	8,6	6,3	5,8	6,0	4,1	8,2	8,0
	GRÜNE	-	-	-	-	1,8	2,2	3,5
	Sonstige	10,3	4,5	2,4	1,5	0,6	2,9	2,8
60 und mehr Jahre	CDU	49,6	52,0	55,7	54,6	54,8	51,7	48,9
	SPD	35,6	38,4	37,0	38,6	39,7	37,6	40,7
	F.D.P.	8,4	6,1	5,4	5,6	4,0	6,9	6,3
	GRÜNE	-	-	-	-	0,9	1,4	1,6
	Sonstige	6,4	3,5	1,9	1,1	0,6	2,4	2,3
Insgesamt	CDU	46,3	49,7	53,6	50,1	51,7	45,1	38,4
	SPD	37,4	40,8	38,9	42,6	39,9	39,2	44,8
	F.D.P.	8,0	5,8	5,5	6,1	3,7	7,2	7,1
	GRÜNE	-	-	-	-	4,3	5,6	6,3
	Sonstige	8,3	3,7	2,0	1,2	0,4	2,9	3,3

Die REPUBLIKANER, die 1991 erstmals an einer Landtagswahl teilnahmen, erreichten bei den Jungwählern mit 3,8 % einen deutlich über ihrem Gesamtergebnis (2,1 %) liegenden Anteil.

Die NPD hatte bei der Landtagswahl 1967 bei den jüngeren Wählern 5,5 % und damit einen um 1,4 Prozentpunkte niedrigeren Wert als ihr Gesamtergebnis von 6,9 % erzielt.

Spiegelbildliche Sympathiekurven von CDU und SPD bei Wählern mittleren Alters

Bundestagswahlen

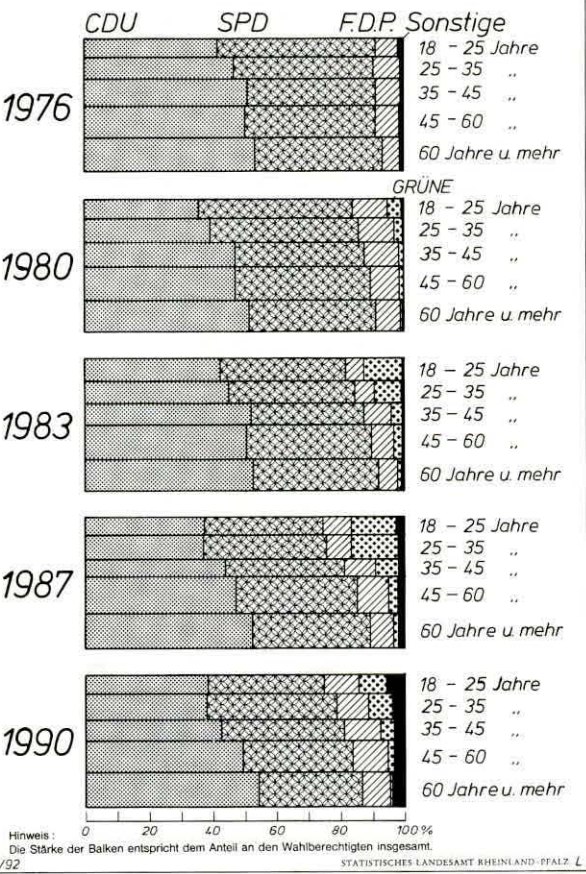
Die CDU erzielte bei den Wählern mittleren Alters bei fast allen Wahlen annähernd ihrem Gesamtergebnis entsprechende Werte. Verluste der CDU wandelten sich in Gewinne für die SPD. Umgekehrt führten Vorteile der CDU zu Nachteilen für die SPD.

Bei der Bundestagswahl 1957 hatte die SPD bei den 30- bis 60jährigen Wählern ihr niedrigstes Ergebnis mit 29,8 % zu verzeichnen, während die CDU mit 52,3 % ihr bestes Ergebnis erzielte, das sie nur noch einmal in dieser Höhe, und zwar bei der Bundestagswahl 1983 bei den 35- bis 45jährigen, erreichte. Bemerkenswert ist, daß die CDU in dieser Altersgruppe bei allen Wahlen, mit Ausnahme der Bundestagswahl 1972, teilweise einen deutlichen Vorsprung vor der SPD erringen konnte. Die Abstände bewegten sich zwischen 22,5 Prozentpunkten im Jahr 1957 und rund einem Prozentpunkt bei der Wahl 1969. Die Wahl von 1972 brachte der SPD mit 47 % in der Altersgruppe der 35- bis 45jährigen einen leichten Vorsprung von 2,9 Prozentpunkten vor der CDU. In der Altersgruppe der 45- bis 60jährigen konnte sich die CDU mit 47 % auch bei dieser Wahl mit

Stimmabgabe der Männer bei den Bundestagswahlen nach Altersgruppen 1957 bis 1990 (Repräsentativergebnis)

Alters- gruppe	Partei	Stimmabgabe in %									
		1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990
18-25 Jahre	CDU	-	-	-	-	38,1	41,6	37,4	43,2	38,8	39,9
	SPD	-	-	-	-	52,3	50,3	47,3	37,9	36,2	34,5
	F.D.P.	-	-	-	-	8,1	6,7	10,2	6,1	9,5	10,8
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	4,6	12,3	13,2	8,0
	Sonstige	-	-	-	-	1,5	1,4	0,5	0,5	2,3	6,8
21-30 Jahre	CDU	48,2	45,7	47,0	41,4	-	-	-	-	-	-
	SPD	36,7	39,2	42,0	47,0	-	-	-	-	-	-
	F.D.P.	10,7	12,0	7,8	5,7	-	-	-	-	-	-
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige	4,4	3,1	3,2	5,9	-	-	-	-	-	-
25-35 Jahre	CDU	-	-	-	-	41,4	46,0	39,8	44,9	37,3	38,7
	SPD	-	-	-	-	48,7	44,9	46,7	38,4	38,9	40,0
	F.D.P.	-	-	-	-	8,8	8,1	10,8	6,5	7,7	9,9
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	2,0	9,6	14,4	7,2
	Sonstige	-	-	-	-	1,1	1,0	0,6	0,6	1,7	4,1
30-45 Jahre	CDU	-	-	40,8	39,8	-	-	-	-	-	-
	SPD	-	-	44,4	46,2	-	-	-	-	-	-
	F.D.P.	-	-	10,2	6,3	-	-	-	-	-	-
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige	-	-	4,6	7,7	-	-	-	-	-	-
30-60 Jahre	CDU	46,6	39,7	-	-	-	-	-	-	-	-
	SPD	33,2	38,3	-	-	-	-	-	-	-	-
	F.D.P.	12,5	16,5	-	-	-	-	-	-	-	-
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige	7,7	5,5	-	-	-	-	-	-	-	-
35-45 Jahre	CDU	-	-	-	-	42,6	50,3	47,9	52,2	42,8	41,8
	SPD	-	-	-	-	47,6	40,6	40,2	35,2	37,9	38,8
	F.D.P.	-	-	-	-	8,3	8,2	10,7	8,4	10,1	11,5
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	0,7	3,6	7,9	4,1
	Sonstige	-	-	-	-	1,5	0,9	0,5	0,5	1,2	3,9
45-60 Jahre	CDU	-	-	41,1	40,0	44,9	49,3	47,7	50,1	46,1	47,6
	SPD	-	-	41,3	42,2	44,0	41,7	42,0	38,9	38,9	35,7
	F.D.P.	-	-	11,8	6,9	9,0	7,5	9,0	8,3	10,1	11,3
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	0,6	1,8	3,2	1,3
	Sonstige	-	-	5,8	10,9	2,1	1,6	0,8	0,8	1,6	4,1
60 und mehr Jahre	CDU	52,0	46,1	46,4	44,0	47,8	51,4	51,2	50,4	50,0	50,8
	SPD	28,2	33,0	36,3	40,4	42,3	41,0	40,4	40,0	37,5	33,9
	F.D.P.	13,7	16,2	12,2	6,8	7,9	6,2	7,2	7,3	8,3	9,3
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	0,4	1,3	2,1	0,6
	Sonstige	6,2	4,7	5,2	8,8	2,0	1,3	0,9	0,9	2,1	5,5
Insge- samt	CDU	48,1	42,3	43,4	41,2	43,5	48,3	45,5	48,5	43,8	44,6
	SPD	32,9	37,4	41,2	43,9	46,4	43,1	42,9	38,3	38,0	36,5
	F.D.P.	12,4	15,5	10,6	6,5	8,4	7,4	9,5	7,5	9,2	10,6
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	1,4	5,0	7,2	3,6
	Sonstige	6,7	4,9	4,8	8,5	1,7	1,2	0,7	0,7	1,8	4,7

Stimmenanteile der Parteien nach Altersgruppen bei den Bundestagswahlen von 1976 bis 1990



einem Vorsprung von 3,7 Prozentpunkten vor der SPD behaupten.

Bei Betrachtung der beiden letzten Wahlen ist augenfällig, daß die CDU in der Altersgruppe der 35- bis 45jährigen 1990 gegenüber 1987 einen Verlust von 1,3 Prozentpunkten hinnehmen mußte, während die SPD 1,2 Prozentpunkte gewann. In der Altersgruppe der 45- bis 60jährigen verbuchte die CDU dagegen mit 49,5 % einen Zugewinn von 1,8 Prozentpunkten. Die SPD erreichte indes einen Wert von 34,1 % und damit Verluste von 3,9 Prozentpunkten.

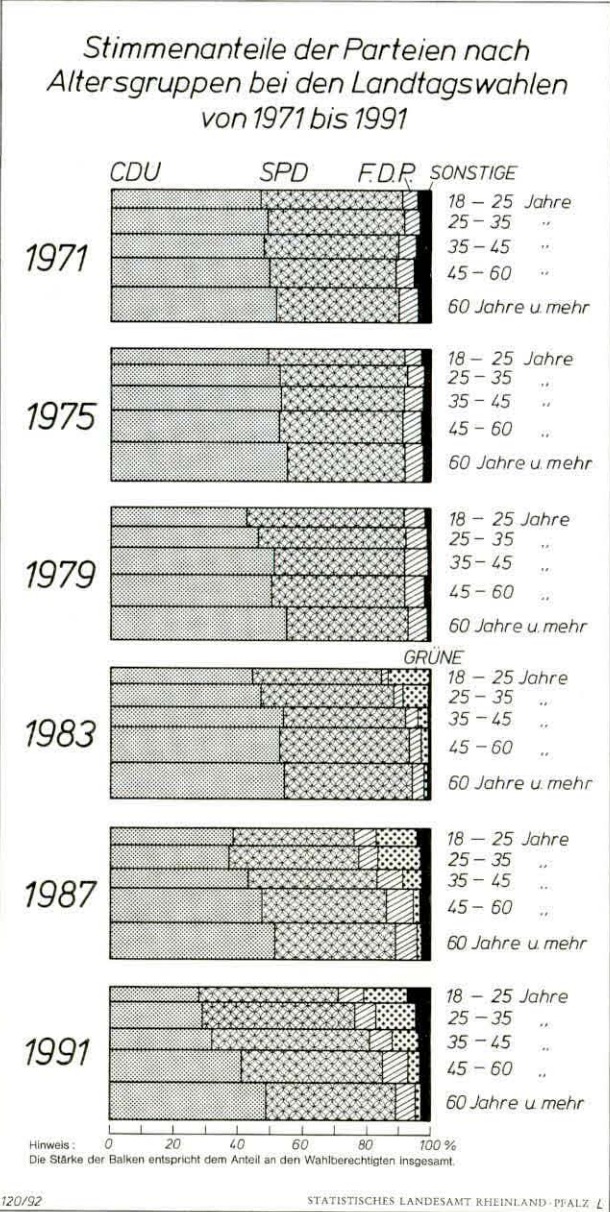
Die F. D. P. erzielte bei den ersten beiden in die Untersuchung einbezogenen Wahlen 1957 und 1961 11,5 und 14,9 %. Das Votum der Wähler mittleren Alters für die F. D. P. lag bei allen Wahlen leicht über dem Gesamtergebnis für die Partei. Einen deutlichen Einbruch mußte sie 1969 aber auch bei den Wählern mittleren Alters hinnehmen. Erst bei der Bundestagswahl 1980 erreichte sie wieder frühere Werte von 11 bzw. 9,4 %. Dem folgten 1983 wieder Verluste von 2,5 und 1,9 Prozentpunkten. 1987 und 1990 steigerte die Partei demgegenüber ihr Ansehen bei den Wählern mittleren Alters wieder und erzielte Anteile zwischen 9,6 und 11,5 %.

Die GRÜNEN erreichten bei der ersten Teilnahme an einer Bundestagswahl im Jahr 1980 bei den 35- bis 45jährigen Wählern mit 0,7 % keine großen Sympathiewerte. Gleiches gilt auch für die darauffolgende Wahl im

Jahr 1983 (3,2%). Die Stimmenanteile lagen jeweils deutlich unter dem Gesamtergebnis der Partei. 1987 und 1990 dagegen lagen die Ergebnisse dieser Altersgruppe mit 7,7 und 4,3 % geringfügig über dem Gesamtergebnis. Diese Sympathie der Wähler mittleren Alters wird allerdings durch die bei den 45- bis 60jährigen deutlich unter den Gesamtstimmenanteilen liegende Werte von 3,4 und 1,6 % kompensiert.

Landtagswahlen

Die Wähler mittleren Alters von CDU und SPD stimmten auch bei den Landtagswahlen dem Gesamtergebnis entsprechend. Nach anfänglich niedrigeren Resultaten gewann die CDU ab 1975 bis 1983 stets mehr als 50 % der Wähler für sich. Die Werte für die SPD bewegten sich bei diesen Wahlen um 40 %. Die Landtagswahl 1987 brachte für die CDU starke Verluste. Insgesamt verlor die Partei bei dieser Wahl 6,6 % ihrer Wähler. Die Einbußen in der Altersgruppe der 35- bis 45jährigen waren mit 11,1 Prozentpunkten überproportional. Stark waren die Verluste in dieser Altersgruppe auch bei der Wahl 1991, als 11,5 % der Wähler mittleren Alters der CDU den Rück-



Stimmabgabe der Männer bei den Landtagswahlen nach Altersgruppen 1967 bis 1991 (Repräsentativergebnis)

Altersgruppe	Partei	Stimmabgabe in %						
		1967	1971	1975	1979	1983	1987	1991
18 - 25 Jahre	CDU	-	44,7	48,4	41,8	45,6	39,5	28,6
	SPD	-	45,7	44,0	50,3	39,2	37,3	42,9
	F.D.P.	-	4,8	4,7	6,1	2,4	6,9	8,0
	GRÜNE	-	-	-	-	12,5	11,9	12,8
	Sonstige	-	4,8	2,9	1,7	0,3	4,5	7,8
21 - 30 Jahre	CDU	42,8	-	-	-	-	-	-
	SPD	41,6	-	-	-	-	-	-
	F.D.P.	6,5	-	-	-	-	-	-
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige	9,1	-	-	-	-	-	-
25 - 35 Jahre	CDU	-	46,0	51,3	44,5	46,2	36,8	27,0
	SPD	-	45,1	41,6	48,3	41,0	41,2	50,1
	F.D.P.	-	5,3	5,2	5,9	3,3	6,1	6,4
	GRÜNE	-	-	-	-	9,1	12,9	11,6
	Sonstige	-	3,5	2,0	1,2	0,4	3,1	4,9
30 - 45 Jahre	CDU	37,7	-	-	-	-	-	-
	SPD	42,7	-	-	-	-	-	-
	F.D.P.	7,5	-	-	-	-	-	-
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige	12,1	-	-	-	-	-	-
35 - 45 Jahre	CDU	-	44,6	51,6	50,0	54,0	41,6	30,6
	SPD	-	44,1	40,4	42,3	38,3	41,1	50,0
	F.D.P.	-	6,3	5,7	6,3	3,9	8,0	7,7
	GRÜNE	-	-	-	-	3,3	6,3	8,2
	Sonstige	-	5,1	2,3	1,3	0,5	2,9	3,5
45 - 60 Jahre	CDU	36,5	44,7	50,5	48,4	52,1	44,8	39,2
	SPD	39,7	42,1	40,2	43,4	40,8	40,9	46,1
	F.D.P.	9,0	6,6	5,6	6,1	4,5	8,6	8,1
	GRÜNE	-	-	-	-	1,9	2,1	3,2
	Sonstige	14,8	6,6	3,8	2,2	0,7	3,4	3,5
60 und mehr Jahre	CDU	40,5	46,4	52,0	51,6	52,5	48,5	45,9
	SPD	40,4	41,1	39,1	40,5	40,8	38,2	41,9
	F.D.P.	9,8	7,1	5,9	5,9	4,5	7,8	6,8
	GRÜNE	-	-	-	-	1,2	1,6	1,8
	Sonstige	9,3	5,4	3,0	2,1	1,0	3,9	3,6
Insgesamt	CDU	39,0	45,3	51,0	47,9	50,4	43,1	36,0
	SPD	41,2	43,3	40,7	44,3	40,2	39,9	46,2
	F.D.P.	8,2	6,2	5,5	6,1	3,8	7,7	7,4
	GRÜNE	-	-	-	-	4,9	5,8	6,3
	Sonstige	11,6	5,2	2,8	1,6	0,7	3,6	4,2

ken kehrten. Die SPD stieg in der gleichen Altersgruppe in der Gunst der Wähler um 9,2 Prozentpunkte und konnte die CDU hier erstmals auf den zweiten Platz verweisen.

Für die F.D.P. entschieden sich anfänglich 8 % der Wähler mittleren Alters, bei den Wahlen von 1971 bis 1979 zwischen 5,8 und 6,5%. 1987 konnte sich die F. D. P. wieder deutlich verbessern. Rund 8 % der Wähler dieser Altersgruppe gaben ihre Stimme den Freien Demokraten und bestätigten sie als drittstärkste Kraft im Lande.

Die GRÜNEN überzeugten 1987 und 1991 5,9 bzw. 8,4 % der 35- bis 45jährigen Wähler. Damit übertrafen sie das jeweilige Gesamtergebnis der Partei. In der Altersgruppe der 45- bis 60jährigen lag ihr Anteil mit 2,2 und 3,5 % der Wähler allerdings schon deutlich darunter.

Die NPD erreichte 1967 bei den Wählern mittleren Alters mit 7,8 und 8,6 % ihre besten Ergebnisse.

Nahezu gleichbleibende Präferenzen älterer Wähler

Bundestagswahlen

Ältere CDU-Wähler trugen zum Erfolg ihrer Partei überproportional bei. Entsprechendes wurde für die SPD lediglich bei der Bundestagswahl 1983 beobachtet.

Die CDU erzielte 1957 und 1990 mit 58,2 und 54,1 % ihr bestes Resultat bei den älteren Wählern. Ihre niedrigsten Werte mußte sie bei den Wahlen 1972 und 1980 mit 50,9 % und 51,5 % hinnehmen.

Die SPD verbuchte ihre niedrigsten Anteile 1957 und 1961 mit 24,9 % und 29,1 %, während sie ihre höchsten Stimmenanteile bei den Wahlen 1972 und 1980 mit 40,9 und 40,4 % erreichen konnte.

Bei der F. D. P. entsprachen bis zur Bundestagswahl 1972 die Anteile älterer Wähler etwa dem Gesamtergebnis der Partei. Ab 1976 mußte sie teilweise deutliche Einbußen hinnehmen. Bei der Bundestagswahl 1983 konnte sie in dieser Altersgruppe 6 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen.

Die GRÜNEN verzeichneten bei den älteren Menschen die niedrigsten Sympathiewerte aller Altersgruppen. Ihr bestes Resultat mit 1,8 % bei der Wahl 1987 lag mit 5,2 Prozentpunkten unter dem Gesamtergebnis.

Die REPUBLIKANER, die erstmals 1990 bei der Bundestagswahl antraten und insgesamt 1,8 % der Stimmen auf sich vereinigen konnten, blieben bei den älteren Menschen um 0,3 Prozentpunkte unter ihrem Gesamtergebnis.

Die NPD erreichte 1969 bei den älteren Wählern mit 4,9 % nicht ihren Gesamtstimmenanteil von 5,3 %.

Landtagswahlen

Die Präferenzen der älteren Menschen für die CDU zeigen bei den Landtagswahlen einen ähnlichen Verlauf wie bei den Bundestagswahlen. Am besten lag die Partei bei den Wahlen von 1975 bis 1983, bei denen sie jeweils Werte zwischen 56 und 54 % erreichte. Die wenigsten Stimmen für die CDU wurden 1991 mit 48,9 registriert. Dieses Votum der älteren Menschen liegt mit 10,5 Prozentpunkten über dem Gesamtergebnis.

Die SPD errang 1967 mit 35,6 % den niedrigsten und 1991 mit 40,7 % den höchsten Anteil in dieser Altersgruppe. Bei allen Wahlen waren die Stimmenanteile bei den älteren Wählern stets niedriger als das Gesamtergebnis für die Partei.

Für die F. D. P. votierten zwischen 8,4 und 4 % der älteren Wähler bei den Landtagswahlen von 1967 bis 1991. Anfangs lag die Zustimmung dieser Altersgruppe höher als das Gesamtergebnis der Partei. Unterdurchschnittliche Ergebnisse brachten die Wahlen von 1975 bis 1991 mit Ausnahme von 1983.

Die Ergebnisse der GRÜNEN lagen wie bei den Bundestagswahlen bei den älteren Wählern deutlich unter

dem Gesamtergebnis der Partei. Der deutlichste Abstand wurde mit 4,7 Prozentpunkten bei der Wahl 1991 festgestellt.

Angleichung des Wahlverhaltens der Wählerinnen und Wähler

Bundestagswahlen

Im Wahlverhalten von Frauen und Männern ist seit 1972 besonders bei beiden großen Parteien eine kontinuierliche Annäherung zu beobachten.

Der CDU gaben bei allen Wahlen mehr Frauen als Männer ihre Stimme. Bis zur Bundestagswahl 1972 betrug der Vorsprung der CDU bei den Frauen jeweils

Stimmabgabe der Frauen bei den Bundestagswahlen nach Altersgruppen 1957 bis 1990 (Repräsentativergebnis)

Altersgruppe	Partei	Stimmabgabe in %									
		1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990
18-25 Jahre	CDU	-	-	-	-	38,6	42,9	35,0	42,5	36,4	37,3
	SPD	-	-	-	-	52,8	48,9	49,3	39,3	37,3	38,7
	F.D.P.	-	-	-	-	8,0	7,5	11,4	5,6	9,1	10,7
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	3,9	12,2	15,4	9,2
	Sonstige	-	-	-	-	0,5	0,7	0,4	0,3	1,8	4,2
21-30 Jahre	CDU	55,5	53,9	55,3	49,4	-	-	-	-	-	-
	SPD	30,8	31,9	34,1	42,0	-	-	-	-	-	-
	F.D.P.	9,6	11,5	8,2	5,7	-	-	-	-	-	-
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige	4,1	2,7	2,4	2,8	-	-	-	-	-	-
25-35 Jahre	CDU	-	-	-	-	44,3	48,2	39,0	45,8	37,4	37,9
	SPD	-	-	-	-	46,7	42,5	46,8	40,1	38,3	41,1
	F.D.P.	-	-	-	-	8,4	9,0	12,4	6,6	7,4	9,3
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	1,5	7,1	15,5	8,5
	Sonstige	-	-	-	-	0,6	0,3	0,3	0,4	1,4	3,3
30-45 Jahre	CDU	-	-	51,0	49,6	-	-	-	-	-	-
	SPD	-	-	36,2	40,4	-	-	-	-	-	-
	F.D.P.	-	-	9,8	5,8	-	-	-	-	-	-
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige	-	-	3,1	4,1	-	-	-	-	-	-
30-60 Jahre	CDU	57,0	51,7	-	-	-	-	-	-	-	-
	SPD	27,0	30,6	-	-	-	-	-	-	-	-
	F.D.P.	10,6	13,6	-	-	-	-	-	-	-	-
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige	5,3	4,1	-	-	-	-	-	-	-	-
35-45 Jahre	CDU	-	-	-	-	45,7	52,2	47,4	52,4	45,7	44,0
	SPD	-	-	-	-	46,3	39,9	40,4	36,0	36,0	37,4
	F.D.P.	-	-	-	-	7,3	7,6	11,4	8,6	10,0	11,6
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	0,6	2,8	7,5	4,5
	Sonstige	-	-	-	-	0,7	0,4	0,2	0,2	0,8	2,5
45-60 Jahre	CDU	-	-	54,5	51,9	48,7	51,4	47,7	52,3	49,3	51,5
	SPD	-	-	32,1	37,1	42,8	41,1	41,6	38,9	37,1	32,6
	F.D.P.	-	-	10,4	6,0	7,6	6,8	9,7	6,7	9,2	11,0
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	0,6	1,9	3,6	1,8
	Sonstige	-	-	3,0	5,0	0,9	0,7	0,4	0,3	0,8	3,1
60 und mehr Jahre	CDU	63,5	59,3	59,0	57,8	53,1	55,0	51,8	55,1	54,3	56,4
	SPD	22,0	25,9	28,9	33,8	39,9	39,2	40,3	38,8	36,3	32,0
	F.D.P.	9,8	11,6	9,4	5,0	6,3	5,5	7,4	5,1	7,1	8,1
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	0,2	0,8	1,6	0,5
	Sonstige	4,6	3,1	2,8	3,4	0,8	0,4	0,2	0,2	0,7	3,0
Insge-samt	CDU	58,2	53,8	54,8	52,6	47,6	51,1	45,8	50,8	46,9	48,0
	SPD	26,6	29,8	32,8	37,7	44,3	41,4	42,8	38,6	36,9	35,3
	F.D.P.	10,3	12,8	9,6	5,6	7,3	7,0	10,0	6,4	8,4	9,9
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	1,1	3,8	6,8	3,7
	Sonstige	5,0	3,6	2,9	4,0	0,7	0,5	0,3	0,3	1,0	3,1

**Stimmabgabe der Frauen bei den
Landtagswahlen nach Altersgruppen 1967 bis 1991
(Repräsentativergebnis)**

Altersgruppe	Partei	Stimmabgabe in %						
		1967	1971	1975	1979	1983	1987	1991
18-25 Jahre	CDU	-	50,0	50,7	43,6	43,9	37,3	27,6
	SPD	-	42,6	42,3	48,5	40,3	38,3	44,1
	F.D.P.	-	5,1	5,4	6,7	2,5	6,5	7,7
	GRÜNE	-	-	-	-	13,0	14,5	15,3
	Sonstige	-	2,4	1,7	1,2	0,3	3,4	5,3
21-30 Jahre	CDU	53,3	-	-	-	-	-	-
	SPD	35,4	-	-	-	-	-	-
	F.D.P.	7,1	-	-	-	-	-	-
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige	4,2	-	-	-	-	-	-
25-35 Jahre	CDU	-	53,1	56,0	47,9	48,3	37,7	27,9
	SPD	-	40,3	37,9	44,7	41,7	40,1	48,8
	F.D.P.	-	4,9	5,2	6,9	3,1	5,8	6,2
	GRÜNE	-	-	-	-	6,6	13,9	13,9
	Sonstige	-	1,7	0,8	0,5	0,3	2,4	3,2
30-45 Jahre	CDU	49,9	-	-	-	-	-	-
	SPD	36,0	-	-	-	-	-	-
	F.D.P.	7,9	-	-	-	-	-	-
	GRÜNE	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige	6,2	-	-	-	-	-	-
35-45 Jahre	CDU	-	51,8	56,1	53,2	55,2	45,4	33,5
	SPD	-	40,0	36,8	39,8	37,9	39,0	48,3
	F.D.P.	-	5,4	5,9	6,6	4,0	7,9	6,9
	GRÜNE	-	-	-	-	2,6	5,6	8,7
	Sonstige	-	2,9	1,1	0,4	0,3	2,2	2,7
45-60 Jahre	CDU	51,1	53,5	55,5	52,1	54,3	48,7	44,1
	SPD	33,9	37,5	37,1	40,9	39,9	39,1	41,9
	F.D.P.	8,3	6,1	5,9	6,0	3,8	7,7	7,8
	GRÜNE	-	-	-	-	1,7	2,3	3,9
	Sonstige	6,7	2,9	1,5	1,0	0,3	2,2	2,3
60 und mehr Jahre	CDU	56,8	56,4	58,4	56,6	56,3	53,8	51,1
	SPD	31,7	36,3	35,5	37,3	39,1	37,2	39,9
	F.D.P.	7,2	5,3	5,1	5,5	3,6	6,3	6,0
	GRÜNE	-	-	-	-	0,7	1,2	1,5
	Sonstige	4,3	2,0	1,0	0,6	0,3	1,6	1,5
Insgesamt	CDU	52,6	53,6	56,0	52,0	52,8	47,0	40,7
	SPD	34,2	38,6	37,2	41,1	39,7	38,5	43,6
	F.D.P.	7,7	5,4	5,5	6,2	3,5	6,8	6,8
	GRÜNE	-	-	-	-	3,7	5,5	6,4
	Sonstige	5,5	2,3	1,2	0,7	0,3	2,1	2,5

zwischen rund 10 und 11 Prozentpunkte, reduzierte sich jedoch ab 1976 auf Werte zwischen 0,3 Prozentpunkte 1980 und 3,4 bei der Wahl 1990.

Die SPD hatte zunächst bei den Männern einen starken Sympathievorsprung. Diese Abstände zwischen

den Geschlechtern reduzierten sich aber im starken Maße seit der Bundestagswahl 1972. Die SPD wurde bei den letzten Wahlen von Männern und Frauen annähernd gleich begünstigt. Die Bundestagswahl 1983 brachte der SPD bei den Wählerinnen sogar einen leichten Vorsprung von 0,3 Prozentpunkten.

Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei der F. D. P. zu beobachten. 1980 erzielten die Wählerinnen bei der F. D. P. mit 10 % der Stimmen ein Plus von 0,5 Prozentpunkten vor den Wählern (9,5 %).

Landtagswahlen

Der bei den Bundestagswahlen festgestellte Annäherungsprozeß ist auch bei den Landtagswahlen bei allen Parteien zu beobachten.

Die Präferenzen der Frauen waren für die CDU bei den ersten Landtagswahlen noch beträchtlich höher als die der Männer. Von Wahl zu Wahl verringerte sich diese Differenz, die 1967 noch 13,6 Prozentpunkte betrug, bis auf 2,4 Prozentpunkte bei der gleichzeitig mit der Bundestagswahl durchgeführten Landtagswahl im Jahre 1983. Bei den letzten beiden Wahlen in den Jahren 1987 und 1991 erhöhte sich der Vorsprung der CDU in der Gunst der Frauen gegenüber den Männern wieder leicht auf 3,9 und 4,7 Prozentpunkte.

Das anfängliche Minus der SPD und das Plus der CDU in der Sympathie der Wählerinnen gegenüber den Wählern näherte sich von Wahl zu Wahl an. Die bei der Wahl 1967 noch festgestellte Abweichung in der Bewertung der Sozialdemokraten durch die beiden Geschlechter von 7 Prozentpunkten verminderte sich auf den niedrigsten Wert von 0,5 Prozentpunkten bei der Wahl 1983. 1991 ist dann allerdings wieder ein leichtes Ansteigen der Abweichung auf 2,6 Prozentpunkte zu verzeichnen.

Für F. D. P. und GRÜNE können die Aussagen der Bundestagswahlen auf die Landtagswahlen übertragen werden. Der Anteil der Männer lag höher. 1991 wählten die GRÜNEN 6,4 % Frauen und 6,3 % Männer.

Bei den Landtagswahlen zeigt die Entwicklung der Stimmenanteile von Wählerinnen und Wählern in den einzelnen Altersgruppen mit wenigen Ausnahmen einen ähnlichen Verlauf wie bei den Bundestagswahlen.

Diplom-Finanzwirt Franz Lehmler

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993

Die privaten Haushalte nehmen im wirtschafts- und sozialpolitischen Geschehen eine bedeutende Stellung ein. Die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte stellen wichtige ökonomische Größen dar. Detaillierte Informationen darüber liefert die seit 1962/63 etwa alle fünf Jahre wiederholte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Nach 1988 findet 1993 die nächste Erhebung statt. Sie umfaßt das gesamte Bundesgebiet und somit erstmals auch die neuen Bundesländer.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 wird, wie schon ihre Vorgänger, von den statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt gemeinsam bearbeitet. Während die Länder für die Werbung der Haushalte, die Schulung der Interviewer und die Haushaltsbefragungen (Feldarbeit) zuständig sind, obliegt dem Statistischen Bundesamt neben den methodischen Vorbereitungsarbeiten die Aufbereitung und Auswertung der Erhebung.

Die Teilnahme an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist freiwillig. Die rechtliche Grundlage der Erhebung bildet das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961.¹⁾

3 400 rheinland-pfälzische Haushalte werden zu Einkommen und Verbrauch befragt

Die Erhebung über Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte erfolgt als Stichprobe. Vor dem eigentlichen Beginn der Erhebung ist deshalb die genaue Anzahl der einzubeziehenden Haushalte festzulegen. Als Berechnungsgrundlage dienen hierzu die Ergebnisse des Mikrozensus 1991. Danach wurden für Rheinland-Pfalz rund 1,61 Mill. private Haushalte ermittelt. Bei einem Auswahlatz von 0,22 % errechnen sich hieraus genau 3 432 rheinland-pfälzische Haushalte, die 1993 in die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe einzubeziehen sind. Erstmals nehmen auch rund 150 ausländische Haushalte an der Erhebung teil.

Im gesamten Bundesgebiet, einschließlich der neuen Bundesländer, werden 1993 rund 70 000 Haushalte zu ihrem Einkommen und Verbrauch befragt. Der Gesamtstichprobenumfang wurde nur annähernd proportional auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt. So weisen die kleineren Bundesländer einen im Durchschnitt höheren (Bremen 0,24 %), die größeren hingegen einen geringeren Auswahlatz (Nordrhein-Westfalen 0,19 %) auf. Hierdurch erreichen die kleineren Bundesländer Stichprobenumfänge, mit denen auch sie die wichtigsten Ergebnisse zutreffend nachweisen können.

Die Haushalte werden nach einem Quotenplan ausgewählt

Um möglichst wirklichkeitsgetreue Aussagen zu erzielen, werden Stichproben in der amtlichen Statistik üblicherweise nach dem Zufallsprinzip gezogen. Ein solches Verfahren gewährleistet, daß die Stichprobeneinheiten, von Zufallsfehlern abgesehen, die Grundgesamtheit in ihrer Struktur korrekt widerspiegeln. Bei Erhebungen ohne Auskunftspflicht sind Zufallsverfahren allerdings wenig praktikabel. Dies liegt in erster Linie an der sehr geringen Teilnahmebereitschaft. So sind nach den Ergebnissen von Testerhebungen lediglich 10 bis 20 % aller Haushalte bereit, an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe mitzuwirken.

Auf eine aus Genauigkeitsgründen wünschenswerte Zufallsauswahl der Haushalte muß folglich verzichtet werden. Statt dessen werden von vornherein nur solche Haushalte in die Erhebung einbezogen, die sich schon vor Beginn der Erhebung hierzu freiwillig bereit erklären. Um unter diesen Gegebenheiten dennoch möglichst repräsentative Ergebnisse zu erhalten, muß die Zusammensetzung der teilnahmebereiten Haushalte allerdings den Vorgaben eines Quotenplans entsprechen. Dieser basiert auf den Ergebnissen des Mikrozensus 1991. In ihm sind die Stichprobenhaushalte nach den

Merkmale gegliedert, die sich entscheidend auf die Höhe und Struktur der Ausgaben auswirken, nämlich die Stellung im Beruf der Bezugsperson des Haushaltes (u.a. Angestellter, Arbeiter), die Haushaltsgröße, das Haushaltsnettoeinkommen sowie erstmals die Staatsangehörigkeit. Der Quotenplan gibt für jede dieser so gebildeten Gruppen die genaue Anzahl der in die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe einzubeziehenden Haushalte vor. So sind beispielsweise in Rheinland-Pfalz 29 Beamtenhaushalte mit zwei Personen und einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 4 000,- und 5 000,- DM für die Erhebung zu gewinnen.

Durch das beschriebene Vorgehen ist gewährleistet, daß alle Haushaltstypen ausreichend in der Stichprobe vertreten sind und die Ergebnisse entsprechend hochgerechnet werden können. Die besondere Problematik des Quotenverfahrens sollte jedoch stets beachtet werden. Zwar gelangen die wichtigen sich in ihrem Ausgabenverhalten unterscheidenden Haushaltsgruppen in die Erhebung, dennoch müssen sie nicht zwangsläufig die Grundgesamtheit repräsentieren. Hierbei lautet der Hauptvorwurf, daß sich aus allen Gruppen vornehmlich die besonders „sparsamen Haushalte“ an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beteiligten. Es gibt allerdings keine gesicherten Hinweise, die diese Annahme stützen, vielmehr haben Vergleiche mit anderen Statistiken bisher die Plausibilität der Ergebnisse aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nicht widerlegt.

Vermögen und Schulden der Haushalte werden erfaßt

Das Erhebungsverfahren zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 bleibt in seiner Grundkonzeption gegenüber den vorangegangenen Erhebungen unverändert. Mit den Haushalten werden wiederum ein Grund- und ein Schlußinterview geführt, ferner halten sie ihre Einnahmen und Ausgaben in Form von Anschreibungen fest.

Das Grundinterview findet zu Beginn der Erhebung statt. Hierbei werden die wichtigsten sozioökonomischen Merkmale der Haushaltsmitglieder (u.a. Familienstand, Stellung im Beruf), die Ausstattung der Haushalte mit höherwertigen Gebrauchsgütern (u.a. Fernseher, Waschmaschine) sowie deren Wohnsituation erfaßt. Zum Abschluß der Erhebung im Dezember des Erhebungsjahres werden mit dem Schlußinterview die Schulden und Vermögensbestände der Haushalte (u.a. Wertpapiere, Bausparguthaben) ermittelt. Beide Befragungen werden von eigens dafür geschulten Interviewern geführt.

Für das gesamte Erhebungsjahr sind alle Einnahmen und die wichtigsten Ausgaben festzuhalten

Den eigentlichen Kern der Erhebung bilden die von den Haushalten selbst vorzunehmenden Anschreibungen über ihre Einnahmen und Ausgaben. Hierbei ist zwischen Jahres- und Monatsanschreibungen zu unterscheiden.

Für die Jahresanschreibungen stehen Haushaltsbücher, auch Viermonatshefte genannt, zur Verfü-

1) BGBl. I S. 18, zuletzt geändert durch das 1. Statistikbereinigungsgesetz vom 14. März 1980, Art. 10 (BGBl. I S. 294).

gung. Hiervon erhält jeder Haushalt drei Exemplare. In diese tragen sie über die zwölf Monate des Erhebungsjahres hinweg alle Einnahmen (u.a. Löhne, Gehälter) und bestimmte Ausgaben ein. Durch die Beschränkung auf die der Höhe nach wichtigsten Ausgaben wird die Belastung der Haushalte deutlich reduziert. Dennoch werden damit über 70 % ihrer Gesamtausgaben erfaßt.

Nur in einem Monat des Erhebungsjahres haben die Haushalte sämtliche Ausgaben festzuhalten. Hierzu wird ihnen ein sogenanntes Feinanschreibungsheft zur Verfügung gestellt. Das Heft nimmt alle Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren auf und ist in 15 vorgegebene Positionen, wie Ausgaben für Fleisch, Backwaren, alkoholische Getränke, untergliedert. Am Ende des Feinanschreibungsmonats werden die Summen der 15 Positionen errechnet und in das Haushaltsbuch übertragen. Sonstige geringfügige Ausgaben werden hingegen von den Haushalten direkt im Haushaltsbuch notiert. Im Ergebnis enthält das Haushaltsbuch sämtliche Ausgaben für den Feinanschreibungsmonat.

Bei der Festlegung der Feinanschreibungsmonate ist zu beachten, daß die Angaben hierüber für das gesamte Erhebungsjahr repräsentativ sein sollen. Aus diesen Gründen wird jeweils ein Zwölftel der Haushalte einem bestimmten Monat zugeordnet. Die Haushalte haben somit nicht die Möglichkeit, ihren Feinanschreibungsmonat selbst zu bestimmen. Hiervon wurde abgesehen, da erfahrungsgemäß in Monaten mit vielen Festtagen und Urlaubsreisen nur wenige Haushalte zur Feinanschreibung bereit sind.

Wichtige Informationen für die Sozialpolitik

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe stellt eine Vielzahl von Informationen zur Verfügung. Für die Sozialpolitik dürften hierbei die Angaben über die staatlichen Transferzahlungen wie Kindergeld, Sozialhilfe, Wohngeld etc. von besonderem Interesse sein. Da diese Ergebnisse für die verschiedenen nach sozioökonomischen Merkmalen gegliederten Haushaltsgruppen nachweisbar sind, läßt sich aufzeigen, inwieweit öffentliche Transferzahlungen den hilfsbedürftigen Gruppen

– gemessen an deren Haushaltsnettoeinkommen – auch tatsächlich zugute kommen und deren Einkommenssituation verbessern.

Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bieten zudem die Möglichkeit, sozialpolitische Maßnahmen stärker am Bedarf zu orientieren. Im Rahmen von Modellrechnungen machen gegenwärtig zwei Bundesministerien hiervon Gebrauch. So dienen Ergebnisse aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1988 als Grundlage für ein Modell, das im Auftrag des Bundesministeriums für Familie und Senioren erarbeitet wird und erstmals die Ausgaben für Kinder unmittelbar aus einer Haushaltsbefragung bestimmt. Auch dem Bundesministerium für Forschung und Technologie konnte bei seinem Wunsch, einen eigenen Preisindex für die Lebenshaltung von Studenten zu erstellen, weitergeholfen werden. So wurden die zur Berechnung des Indizes benötigten Angaben über das Ausgabeverhalten der Studenten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1988 bereitgestellt.

Darüber hinaus werden die Angaben über den privaten Verbrauch auch weiterhin für die amtliche Preisstatistik benötigt. Sie dienen dort als Grundlage zur Neuberechnung der verschiedenen Warenkörbe.

Die Ergebnisse können auch für Unternehmen von Nutzen sein

Für Unternehmen dürften insbesondere die Angaben über den privaten Verbrauch der Haushalte von Interesse sein. Die Informationen hierzu lassen sich in vielfältiger Weise nutzen. So kann beispielsweise das durchschnittliche Verbrauchsverhalten von Rentnerhaushalten ermittelt werden, um anschließend die durch eine Zunahme dieser Haushaltsgruppe bewirkten Änderungen im Konsum zu prognostizieren. Aber auch die Angaben über Ausstattung und Alter mit höherwertigen Gebrauchsgütern ermöglichen es den Unternehmen, den zukünftigen Bedarf verlässlicher zu schätzen.

Diplom-Volkswirt Karl-Heinz Merkle

Empfänger von pauschaliertem Wohngeld

Empfänger laufender Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) waren bislang gehalten, Wohngeld zu beantragen, da wegen des Grundsatzes der Subsidiarität andere Sozialleistungen vorrangig in Anspruch genommen werden müssen. Das bewilligte Wohngeld führte jedoch nicht zu entsprechenden Mehreinnahmen des Hilfesuchenden, sondern wurde, da es Einkommen im Sinne des Gesetzes darstellt, von der Wohngeldstelle an den Träger der Sozialhilfe / Kriegsopferfürsorge erstattet bzw. von diesem auf die Sozialhilfe / Kriegsopferfürsorge angerechnet. Da das Wohngeld insbesondere der Entlastung

dieser Leistungsträger diene, wurde das bisherige Verfahren als zu verwaltungsaufwendig und von den Hilfesuchenden als unbefriedigend angesehen.

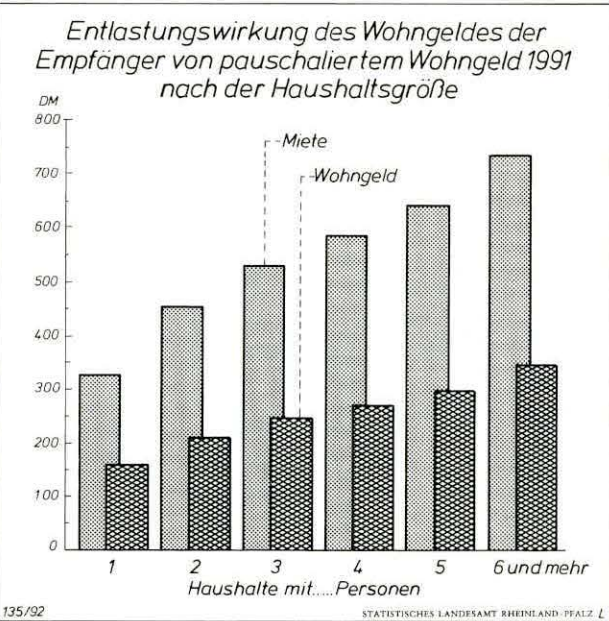
Die mit dem Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes (WoGG) vom 10. August 1990 eingeleitete Achte Wohngeldnovelle enthält daher neben Bestimmungen einer allgemeinen Wohngeldanpassung die Regelungen zur Einführung einer vereinfachten Wohngeldgewährung an Empfänger von Sozialhilfe bzw. Kriegsopferfürsorge. Diesem Personenkreis, der einen individuellen Wohngeldanspruch hat, wird ab 1. April 1991 in den alten und ab 1. Januar 1991 in den neuen Bundesländern pauschaliertes Wohngeld zusammen

mit der Sozialhilfe oder Kriegsofperfürsorge gewährt. Ein Antrag auf Wohngeld ist insoweit nicht erforderlich, so daß auch die Wohngeldstelle nicht mehr für diesen Personenkreis zuständig ist.

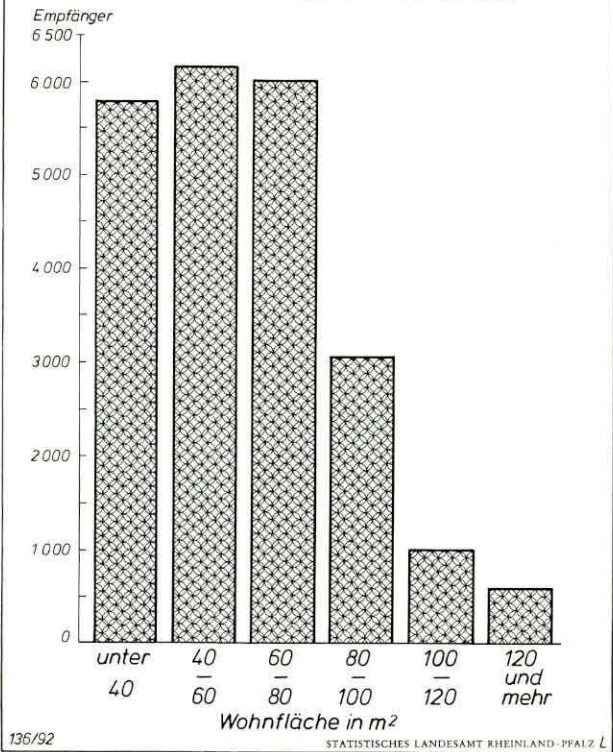
Bei der Bewilligung des pauschalierten Wohngeldes entfällt die aufwendige Mieten- und Einkommensberechnung. Für den jeweiligen Hilfeempfänger ändert sich durch das neue Verfahren die Summe aus Wohngeld und Leistungen der Sozialhilfe bzw. Kriegsofperfürsorge nicht. Für Personen, die Anspruch auf einen Lastenzuschuß haben, kommt pauschaliertes Wohngeld nicht in Betracht, so daß sie das Wohngeld weiterhin nach der herkömmlichen Berechnung erhalten.

Auswirkungen für die amtliche Statistik

Die Einführung des neuen Verfahrens der Wohngeldpauschalierung hat für die amtliche Statistik erhebliche Konsequenzen. Ursächlich hierfür sind die spezifischen Abweichungen zwischen der herkömmlichen („spitzen“) Wohngeldberechnung und der pauschalierten Bewilligung. So bleibt die Zuständigkeit der Wohngeldstellen bei spitz berechnetem Wohngeld weiterhin bestehen, während das pauschalierte Wohngeld wegen der gleichzeitigen Gewährung von Sozialhilfe bzw. Kriegsofperfürsorge in den Zuständigkeitsbereich der Sozialämter oder der Kriegsofperfürsorgestellen fällt. Ein weiterer Unterschied beruht auf den bei der Bearbeitung des Wohngeldfalles benötigten Angaben, da es sich bei der Wohngeldstatistik um eine Sekundärerhebung handelt, der die Daten der Bewilligungsstellen zugrunde liegen. Der umfangreiche Merkmalkatalog der bisherigen Wohngeldberechnung resultiert aus der Fülle der hierfür erforderlichen Daten. Bei der vereinfachten pauschalierten Wohngeldgewährung hingegen sind weitaus weniger Daten notwendig, insbesondere erfolgt keine Mieten- und Einkommensermittlung, so daß für die Statistik nur ein entsprechend eingeschränkter Merkmalkatalog zur Verfügung steht. Die für diese Bewilligungsform zuständigen Stellen sollen nicht mehr Daten erheben, als sie für die Leistung von Sozialhilfe bzw. Kriegsofperfürsorge benötigen; das betrifft



Empfänger von pauschaliertem Wohngeld am 31.12.1991 nach Wohnfläche



insbesondere die zwölf Wohnungstypen nach Baualter, Ausstattung sowie öffentlicher Förderung.

Die seit 1965 bestehende Wohngeldstatistik wurde mit dem Übergang auf das Pauschalierungsverfahren in zwei inhaltlich nicht voll integrierbare Teile getrennt. Dieser Dualisierung trägt die Neufassung des § 35 WoGG Rechnung, der die statistischen Belange regelt und die erhebungsrelevanten Tatbestände für das spitze und das pauschalierte Berechnungsverfahren gesondert aufführt. Die getrennte Erfassung der pauschalierten Wohngeldfälle kommt im Grunde der Einführung einer neuen Statistik gleich. Aufgrund dieses Strukturbruchs sind Vergleiche mit früheren Jahresergebnissen nur noch im begrenzten Umfang möglich. Mit der Einführung der neuen Statistik ist für die Berichtsstellen keine zusätzliche Arbeitsbelastung verbunden. Wie die spitze, so wird auch die pauschalierte Wohngeldberechnung in Rheinland-Pfalz vom Statistischen Landesamt durchgeführt. Aus dem Berechnungsdatensatz werden die anonymisierten Angaben in den Statistikdatensatz umgesetzt, so daß eine individuelle Erfassung nicht mehr notwendig ist.

Infolge der getrennten Nachweisung hat sich die Zahl der Haushalte, die zum Berichtskreis der herkömmlichen Wohngeldstatistik gehören, zum Jahresende 1991 um mehr als ein Viertel verringert. Bedingt durch den Umstellungsbeginn des Verfahrens ab April 1991 sowie die Bewilligungsdauer von grundsätzlich 12 Monaten für das nach den Anlagen 1 bis 10 WoGG spitz zu berechnende Wohngeld, wird es im Verlaufe des Berichtsjahres 1992 zu einer weiteren Verlagerung von „Alt-Fällen“ in den Bereich des Pauschalverfahrens kommen.

Empfänger von pauschalisiertem Wohngeld am 31. Dezember 1991 nach der Haushaltsgröße, Mietenstufe der Gemeinde, Höhe des monatlichen Wohngelds sowie durchschnittlichem monatlichem Wohngeldanspruch

Haushalte mit . . . Personen / Familien- mitgliedern	In Gemeinden mit Mieten der Stufe	Ins- gesamt	Davon mit monatlichem Wohngeld von . . . DM												Durch- schnitt- licher monat- licher Wohn- geldan- spruch in DM
			unter 100	100 – 150	150 – 200	200 – 250	250 – 300	300 – 350	350 – 400	400 – 450	450 – 500	500 – 600	600 und mehr		
			Anzahl												
1	I	1 632	645	406	367	147	54	10	3	–	–	–	–	128	
	II	4 027	1 194	1 070	964	558	173	47	10	10	1	–	–	142	
	III	3 693	599	1 001	1 201	575	201	86	14	11	4	–	1	162	
	IV	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
	V	650	99	130	166	128	77	34	12	1	1	2	–	185	
	Zusammen	10 002	2 537	2 607	2 698	1 408	505	177	39	22	6	2	1	150	
	2	I	841	63	118	231	246	120	39	19	4	1	–	–	202
II		2 239	160	316	537	598	375	163	53	26	4	7	–	211	
III		2 119	166	366	481	489	353	182	51	17	9	4	1	208	
IV		–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
V		322	24	65	59	50	45	40	19	9	4	4	3	228	
Zusammen		5 521	413	865	1 308	1 383	893	424	142	56	18	15	4	210	
3		I	576	26	55	123	146	126	61	25	5	5	4	–	232
	II	1 410	51	152	253	316	278	188	92	36	25	13	6	247	
	III	1 281	50	156	207	268	253	174	91	44	16	15	7	250	
	IV	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
	V	192	8	22	42	33	25	21	23	6	5	7	–	255	
	Zusammen	3 459	135	385	625	763	682	444	231	91	51	39	13	246	
	4	I	352	8	16	56	85	75	59	26	13	6	8	–	266
II		754	39	67	91	158	146	111	60	36	18	14	14	269	
III		586	20	77	79	97	94	94	61	29	14	9	12	270	
IV		–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
V		73	2	9	12	10	8	11	8	2	4	4	3	295	
Zusammen		1 765	69	169	238	350	323	275	155	80	42	35	29	270	
5		I	182	6	8	21	34	30	36	27	9	7	3	1	290
	II	432	19	22	41	66	85	78	44	32	17	16	12	303	
	III	333	11	42	33	57	56	50	31	19	13	10	11	288	
	IV	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
	V	48	2	7	6	5	6	7	4	3	2	1	5	307	
	Zusammen	995	38	79	101	162	177	171	106	63	39	30	29	296	
	6 und mehr	I	246	33	10	13	26	33	38	25	21	14	17	16	317
II		403	6	19	29	41	70	57	39	37	26	40	39	366	
III		209	5	18	15	24	34	30	25	26	10	8	14	336	
IV		–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
V		24	–	5	3	1	2	3	1	2	2	4	1	336	
Zusammen		882	44	52	60	92	139	128	90	86	52	69	70	344	
Insgesamt		I	3 829	781	613	811	684	438	243	125	52	33	32	17	192
	II	9 265	1 469	1 646	1 915	1 737	1 127	644	298	177	91	90	71	202	
	III	8 221	851	1 660	2 016	1 510	991	616	273	146	66	46	46	205	
	IV	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
	V	1 309	135	238	288	227	163	116	67	23	18	22	12	219	
	Insgesamt	22 624	3 236	4 157	5 030	4 158	2 719	1 619	763	398	208	190	146	203	

Empfänger von pauschalisiertem Wohngeld am 31. Dezember 1991 nach der Haushaltsgröße, Mietenstufe der Gemeinde, Fläche der Wohnung sowie durchschnittlich genutzter Wohnfläche

Haushalte mit ... Personen / Familien- mitgliedern	In Gemeinden mit Mieten der Stufe	Insgesamt	Davon nutzten eine Wohnfläche von ... m ²						Durch- schnittlich genutzte Wohnfläche
			unter 40	40 – 60	60 – 80	80 – 100	100 – 120	120 und mehr	
		Anzahl							m ²
1	I	1 632	818	380	291	103	26	14	·
	II	4 027	1 920	1 168	693	195	38	13	·
	III	3 693	1 635	1 259	618	148	22	11	·
	IV	–	–	–	–	–	–	–	·
	V	650	374	185	73	13	4	1	·
	Zusammen	10 002	4 747	2 992	1 675	459	90	39	42
2	I	841	76	238	291	172	43	21	·
	II	2 239	251	660	888	325	83	32	·
	III	2 119	331	818	708	229	27	6	·
	IV	–	–	–	–	–	–	–	·
	V	322	54	151	85	25	4	3	·
	Zusammen	5 521	712	1 867	1 972	751	157	62	61
3	I	576	31	92	204	137	69	43	·
	II	1 410	86	284	508	389	101	42	·
	III	1 281	80	330	513	255	81	22	·
	IV	–	–	–	–	–	–	–	·
	V	192	18	58	85	26	3	2	·
	Zusammen	3 459	215	764	1 310	807	254	109	71
4	I	352	5	52	97	105	57	36	·
	II	754	32	121	266	211	73	51	·
	III	586	30	137	202	144	54	19	·
	IV	–	–	–	–	–	–	–	·
	V	73	2	20	30	18	2	1	·
	Zusammen	1 765	69	330	595	478	186	107	76
5	I	182	1	19	35	66	32	29	·
	II	432	20	39	117	144	72	40	·
	III	333	15	52	125	90	40	11	·
	IV	–	–	–	–	–	–	–	·
	V	48	1	4	20	15	6	2	·
	Zusammen	995	37	114	297	315	150	82	82
6 und mehr	I	246	1	19	25	58	58	85	·
	II	403	8	38	94	106	73	84	·
	III	209	4	24	45	75	32	29	·
	IV	–	–	–	–	–	–	–	·
	V	24	–	3	5	9	4	3	·
	Zusammen	882	13	84	169	248	167	201	96
Insgesamt	I	3 829	932	800	943	641	285	228	·
	II	9 265	2 317	2 310	2 566	1 370	440	262	·
	III	8 221	2 095	2 620	2 211	941	256	98	·
	IV	–	–	–	–	–	–	–	·
	V	1 309	449	421	298	106	23	12	·
	Insgesamt	22 624	5 793	6 151	6 018	3 058	1 004	600	58

Einpersonenhaushalte dominieren

Im Dezember 1991 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 83 300 Wohngeldempfänger. Von ihnen bezogen 22 600 pauschaliertes Wohngeld. Die Ausgaben für die Pauschale, die je zur Hälfte von Bund und Land getragen werden, beliefen sich von April bis Dezember 1991 auf 26,3 Mill. DM. Da das pauschalierte Wohngeld familienbezogen gewährt wird, entspricht die Anzahl der Empfänger derjenigen der wohngeldbeziehenden Haushalte. Deutlich überproportional waren 1991 die Einpersonenhaushalte vertreten. Zu diesem Haushaltstyp zählten über 44 % der Empfänger von pauschalier-tem Wohngeld. Gut ein Viertel von ihnen lebte in Zwei- personen- und etwa 15 % in Dreipersonenhaushalten. Jeweils 8 % entfielen auf Haushalte mit vier bzw. fünf und mehr Personen.

Vomhundertsatz in Rheinland-Pfalz bei 47,8

Anders als bei der spitzen Wohngeldberechnung, die die Wohnkosten bis zu bestimmten Obergrenzen berücksichtigt, wird die Höhe der Pauschale nur von einem Faktor, dem Vomhundertsatz der sozialhilfe- rechtlich anerkannten Aufwendungen bestimmt. Er bemißt sich nach dem durchschnittlichen Anteil des bis- lang nach den Anlagen 1 bis 10 WoGG berechneten Wohngeldes an den Mietausgaben der Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopterfürsorge. Hiernach ergibt sich im Land Rheinland-Pfalz für alle Mietstufen ein Vomhundertsatz von 47,8. Unterschiedliche Sätze kön- nen festgelegt werden, wenn der für die Gemeinden einer Mietstufe ermittelte Wert erheblich von dem des Landes abweicht.

Entsprechend dem auf der Grundlage des Jahreser- gebnisses 1988 neu festgestellten regionalen Mietni- veaus ist jede Gemeinde einer Mietenstufe zugeordnet. Die Wohnkostenunterschiede in den einzelnen Mieten- stufen spiegeln sich auch in den Mietzahlungen der Empfänger von pauschalier-tem Wohngeld wider. Sie zahlten im Durchschnitt in den Gemeinden der Mieten-

stufe II je m² Wohnfläche 7,47 DM. Das entspricht annä- hernd dem Mittelwert für alle pauschaliertes Wohngeld beziehenden Haushalte (7,58 DM je m²). Die Quadrat- metermiete in der Mietenstufe I lag um 13 % unter die- sem Mittel. Überdurchschnittliche Werte ergaben sich für die Gemeinden der Stufe III (+ 5 %) und insbeson- dere der Stufe V (+ 27 %).

Anerkannte Monatsmiete beträgt im Durchschnitt 423 DM

Für die Höhe der Pauschale ist neben dem Vomhun- dertsatz die sozialhilferechtlich anerkannte Miete von Bedeutung. Gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 Regelsatzverord- nung werden grundsätzlich die tatsächlichen Aufwen- dungen für die Unterkunft anerkannt, die im wesent- lichen der monatlichen Kaltmiete einschließlich bestimmter Nebenkosten entsprechen; außer Betracht bleiben die Heizungs- und Warmwasserkosten sowie Untermieterzuschläge und Zuschläge für die Benutzung von Wohnraum zu anderen als zu Wohnzwecken. Soweit die Miete den der Besonderheit des Einzelfalles angemessenen Umfang überschreitet, ist sie solange anzuerkennen, als es dem Hilfeempfänger nicht mög- lich ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Vermie- ten oder auf andere Weise die Aufwendungen für die Unterkunft zu senken.

Die durchschnittlich anerkannte Monatsmiete je Empfänger von pauschalier-tem Wohngeld betrug am Jahresende 423 DM. In Anlehnung an die Wohnungsty- pen der spitzen Berechnung wird die Ausstattung der Wohnung nachgewiesen. Allerdings besteht nur eine grobe Unterscheidung nach den beiden Kategorien mit bzw. ohne Sammelheizung. Eine weitere Kombination mit den Ausprägungen mit bzw. ohne Bad oder Dusch- raum erfolgt nicht. Im Mittel lag die anerkannte Miete für Wohnraum mit Sammelheizung bei 460 DM und ohne Sammelheizung bei 330 DM.

Haushalte mit fünf Familienmitgliedern hatten mit 7,81 DM je m² im Schnitt die höchsten Quadratmeter-

Empfänger von pauschalier-tem Wohngeld am 31. Dezember 1991 nach Überschreitung der anerkannten Wohnkosten, Ausstattung der Wohnung und Mietenstufe der Gemeinde

Miete der Wohnung überschreitet die anerkannten Wohnkosten um . . . DM	Insgesamt	In Wohnungen		Davon in Gemeinden mit Mieten der Stufe				
		mit	ohne	I	II	III	IV	V
Insgesamt	22 624	15 962	6 662	3 829	9 265	8 221	-	1 309
Keine Überschreitung	19 642	13 306	6 336	3 389	7 921	7 491	-	841
Mit Überschreitung	2 982	2 656	326	440	1 344	730	-	468
davon:								
unter 10	93	82	11	1	80	10	-	2
10 - 20	163	133	30	22	73	53	-	15
20 - 40	457	427	30	43	194	160	-	60
40 - 60	428	380	48	56	178	99	-	95
60 - 80	329	297	32	49	142	70	-	68
80 - 120	618	563	55	108	286	114	-	110
120 - 200	496	442	54	80	221	104	-	91
200 und mehr	398	332	66	81	170	120	-	27

mieten zu zahlen. Die Bandbreite der anerkannten Mieten reicht von 310 DM bei Einpersonenhaushalten bis zu 720 DM bei Haushalten mit sechs und mehr Personen. Je Empfänger belief sich die genutzte Wohnfläche auf 58 m². Dem Einpersonenhaushalt standen im Mittel 42 m², Familien mit sechs und mehr Personen 96 m² zur Verfügung.

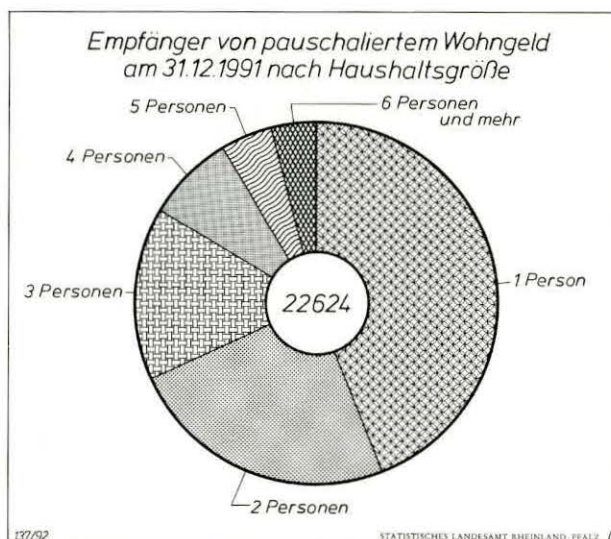
Überschreitung der anerkannten Miete bei 3 000 Haushalten

Der Vomhundertsatz findet nur auf die anerkannte Miete Anwendung. In Einzelfällen kommt es daher vor, daß die Sozialämter bzw. Kriegsopferfürsorgestellen gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 Regelsatzverordnung die tatsächlichen Aufwendungen nicht in vollem Umfang anerkennen. Dies ist dann der Fall, wenn die Miete die angemessene Höhe überschreitet und der Hilfesuchende von dem Zeitpunkt an, in dem eine Senkung der Kosten möglich und zumutbar ist, von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch macht. Von den insgesamt 22 600 Haushalten waren 1991 hiervon 3 000 betroffen. Etwa ein Drittel dieser Haushalte (1 030) hatte Wohnkosten, die die anerkannte Miete um mehr als 25 % überschritten. Verglichen mit anderen Haushaltstypen, kamen nur bei den Alleinlebenden überdurchschnittlich häufig Überschreitungen des Anerkennungsbetrags vor (14 %). Differenziert man diese Einpersonenhaushalte nach der von ihnen genutzten Wohnfläche, so fällt auf, daß etwa die Hälfte der 1 400 Überschreitungen von Mietern mit weniger als 30 m² Wohnfläche verursacht wurde, gefolgt von Haushalten mit 30 bis 40 m² genutzter Wohnfläche, auf die ein Anteil von 12 % entfiel. Dies ist im wesentlichen auf die hohen Preise für Kleinwohnungen zurückzuführen. Insgesamt gesehen mußten die Mieter für Wohnungen unter 40 m² Wohnfläche 11,41 DM je m² aufwenden, während die Kosten von Wohnraum mit 120 und mehr m² 6,08 DM je m² betrugen.

Pauschalisiertes Wohngeld durchschnittlich 203 DM im Monat

Aufgrund ihres niedrigen Familieneinkommens, das im Verhältnis zu den Wohnkosten und der Anzahl der Familienmitglieder für die Höhe des Wohngeldes entscheidend war, standen den Empfängern von Sozialhilfe bzw. Kriegsopferfürsorge im früheren spitzen Bewilligungsverfahren im Schnitt die höchsten monatlichen Wohngeldzahlungen zu. Nach den auf der Grundlage der Achten Wohngeldnovelle durchgeführten Bewilligungen waren es beispielsweise ab Oktober 1990 je Empfänger im Monat 194 DM. Dieser Mittelwert hat sich mit der Einführung der Pauschalierung nicht wesentlich verändert. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch belief sich im Dezember 1991 auf 203 DM je Empfänger. Einpersonenhaushalte erhielten 150 DM, Familien mit sechs und mehr Personen konnten auf 344 DM zurückgreifen.

Das Wohngeld stellt einen Zuschuß zu den Wohnkosten dar. Beim pauschalierten Wohngeld muß der verbleibende Teil der Miete vom zuständigen Träger der Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge übernommen wer-



den. Bedingt durch den Vomhundertsatz deckt das pauschalisierte Wohngeld 47,8 % der anerkannten Wohnkosten ab. Die tatsächlichen Wohnkosten betrugen am Jahresende 1991 durchschnittlich 437 DM. Ausgehend von anerkannten Wohnkosten in Höhe von 423 DM konnten die monatlichen Wohnkosten im Mittel auf 234 DM verringert werden. Das entspricht einer Deckungsquote von 46,5 %.

Regionale Unterschiede in der Empfängerdichte

Die Verteilung der Empfänger von pauschalisiertem Wohngeld auf die Regierungsbezirke zeigt deutliche regionale Unterschiede. Rheinhessen-Pfalz hatte mit 45,8 % die meisten Empfänger, gefolgt von den Regierungsbezirken Koblenz mit 39,3 % und Trier mit 14,9 %. Die Werte für die Regierungsbezirke Koblenz und Trier liegen damit über dem jeweiligen Bevölkerungsanteil, so daß sich hier eine überdurchschnittliche Empfängerdichte ergibt. Ähnliches zeigt auch die Betrachtung der Wohngeldbeträge je Einwohner. In Rheinhessen-Pfalz beliefen sich die Ausgaben durchschnittlich auf 6,56 DM pro Kopf, in Koblenz auf 6,72 DM. Im Regierungsbezirk Trier waren die Kosten mit 8,51 DM je Einwohner am höchsten.

Etwa 97 % der pauschaliertes Wohngeld beziehenden Personen sind Sozialhilfe- und nur rund 3 % Kriegsopferfürsorgeempfänger. Die Empfängerdichte in den Landkreisen und kreisfreien Städten wird daher weitgehend von der Verteilung der Sozialhilfeempfänger bestimmt. Auch bei den Empfängern von pauschalisiertem Wohngeld zeigt sich das in den letzten Jahren verstärkt zu beobachtende Stadt-Land-Gefälle in der Sozialhilfeempfängerstruktur. Zum Jahresende 1991 bezogen von 10 000 Einwohnern im Landesdurchschnitt 59 pauschalisiertes Wohngeld. In den kreisfreien Städten waren es mit 90 Empfängern je 10 000 Einwohner fast doppelt so viele wie in den Landkreisen (48). Die Spitzenposition bei den kreisfreien Städten nimmt Pirmasens (179 Empfänger je 10 000 Einwohner) ein, gefolgt von Trier (142) und Zweibrücken (135). In den ländlichen Gebieten ist der Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt und damit auch von pauschalisiertem Wohngeld vergleichsweise seltener. Am unteren Ende der Skala der

Empfängerdichte liegen die Landkreise Mainz-Bingen (24), Ludwigshafen (26) und Pirmasens (27). Die Ausgaben für pauschaliertes Wohngeld lagen 1991 im Landesdurchschnitt bei 6,89 DM je Einwohner. In der Stadt

Pirmasens beliefen sie sich auf 21,40 DM, im Landkreis Mainz-Bingen auf 2,94 DM.

Diplom-Verwaltungswirt (FH) Malte Usczeck

Zwischenfruchtanbau 1991

Dem Anbau von Zwischenfrüchten wurde in den letzten Jahren, auch wegen ihrer positiven Einflüsse auf den Boden, verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet. Um dem in Fachkreisen bestehenden Informationsbedürfnis nach objektiven Daten darüber gerecht werden zu können, umfaßte der Merkmalskatalog zur Bodennutzungshaupterhebung 1991 auch Angaben über den Anbau von Zwischenfrüchten. Die wichtigsten Ergebnisse werden für Rheinland-Pfalz vorgestellt. Die Daten beziehen sich auf die landwirtschaftlichen Betriebe der Agrarberichterstattung 1991, in die auch die Angaben aus der Bodennutzungshaupterhebung eingehen.

Was sind Zwischenfrüchte ?

Erfolgt der Anbau einer Fruchtart zwischen der Ernte einer Hauptfrucht und der Aussaat der folgenden Hauptfrucht im Herbst oder kommenden Frühjahr, so handelt es sich um eine Zwischenfrucht. Diese sehr allgemein gehaltene Definition wurde in der Bodennutzungshaupterhebung genauer gefaßt, indem die Fruchtarten, die für den Zwischenfruchtanbau üblicherweise verwendet werden, in sechs Gruppen eingeteilt wurden :

- Klee und kleeartige Pflanzen (z. B. auch Luzerne, Serradella, Klee gras und gemischter Anbau von Kleearten)
- Gräser und Getreide zur Grünnutzung (z. B. kurzlebiges Weidelgras, Grünroggen, Wickroggen, Grünhafer, Grünmais)
- Grobleguminosen (z. B. Bohnen, Erbsen, Wicken, Lupinen, auch im gemischten Anbau z. B. Landsberger Gemenge, Mündener Gemenge)
- Raps (auch im gemischten Anbau mit Gräsern, Senf, Ölrettich, Rübsen, Chinakohl)

Anbau von Zwischenfrüchten 1991 nach Fruchtarten

Fruchtart	Insgesamt			Zur Futtergewinnung		
	insgesamt	Sommer- zwischen- frucht	Winter- zwischen- frucht	zusammen	Sommer- zwischen- frucht	Winter- zwischen- frucht
	ha					
Raps ¹⁾	11 897	9 904	1 993	4 238	3 666	572
Gräser und Getreide	1 694	1 083	611	1 147	711	436
Klee und Kleeartige Pflanzen	1 052	661	391	582	318	264
Grobleguminosen	553	429	124	181	143	38
Herbstrüben	319	265	54	168	129	39
Sonstige Zwischenfrüchte	752	566	186	47	24	23
Insgesamt	16 268	12 908	3 359	6 363	4 991	1 372

1) Auch im gemischten Anbau mit Gräsern, Senf, Ölrettich, Rübsen, Chinakohl.

- Herbstrüben (Stoppelrüben), Kohlrüben (Steckrüben), Futterkohl (Markstammkohl)
- sonstige Zwischenfrüchte (z. B. Phacelie, Sonnenblumen, Malven, Buchweizen).

Nahm der Landwirt den Umbruch der Zwischenfrucht im Jahr des Anbaues vor, so war sie als Sommerzwischenfrucht nachzuweisen, ansonsten als Winterzwischenfrucht.

Bodenschutz steht im Vordergrund

Über die Hälfte der Zwischenfrüchte werden als Gründüngungspflanzen zum Zwecke des Bodenschutzes angebaut. So können über eine gelungene Zwischenfrucht zu enge Fruchtfolgen aufgelockert und saniert werden. Im Zuckerrübenbau werden durch den Anbau von nematodenresistenten Senfsorten – die Nematoden, ein im Zuckerrübenbau schwer zu bekämpfender Schädling – auf biologische Art und Weise unter der wirtschaftlichen Schadensschwelle gehalten. Gleichzeitig verbessert sich die Humusbilanz des Bodens, denn die pflanzlichen Rückstände einer Zwischenfrucht entsprechen einer mittleren Stallmistgabe. Ferner stabilisiert das umfangreiche Wurzelwerk das Bodengefüge und schränkt die Wind- und Wassererosion erheblich ein. Die tiefreichenden Wurzeln einiger Arten von Zwischenfrüchten lockern den Boden auf und beseitigen so Bodenverdichtungen, wie z. B. Pflugsohlen, wodurch sich auch die Wasserführung im Boden verbessert. Die verlängerte Bodenbedeckung unterdrückt die Wildkräuter und fördert das Bodenleben.

Zugenommen hat in jüngster Zeit die Bedeutung der Zwischenfrüchte im Hinblick auf die Bindung von Nährstoffen, insbesondere von Nitrat. Untersuchungen zeigten, daß winterharte Zwischenfrüchte, die vor Mais, Kartoffeln oder Sonnenblumen angebaut werden, die Nitratverlagerung ins Grundwasser entscheidend verringern. Diesen Vorteil des Zwischenfruchtanbaus berücksichtigen z. B. die Gülleverordnungen der norddeutschen Bundesländer, indem sie das zeitliche Verbot des Ausbringens von Flüssigmist und Jauche beim Anbau winterharter Zwischenfrüchte erheblich verkürzen.

Erweiterung der Futtergrundlage

Neben dem Bodenschutz spricht die Erweiterung und Ergänzung der Futtergrundlage für einen Anbau von Zwischenfrüchten. So ersetzen 2 bis 4 ha Zwischenfrüchte einen Hektar Hauptfutterfläche. Sie liefern ein hochverdauliches und energiereiches Grundfutter, das mit mäßiger Struktur ausgestattet, andere Grundfutter-

mittel, wie Heu und Maissilage, ergänzt. Darüber hinaus sind sie eine billige Futtergrundlage, die häufig auch die Futterlücke im Herbst, insbesondere nach trockenen Sommern, schließen kann.

Die Kosten, die beim Anbau entstehen, werden in der Regel durch die Mehrerträge der folgenden Hauptfrucht gedeckt. Bei einer Futternutzung erhöht sich die Wirtschaftlichkeit deutlich, da Grundfutter über den Anbau als Hauptfrucht teurer erzeugt wird. Hinzu kommen die geldlich nicht zu messenden ökologischen Leistungen, die für eine Aufnahme von Zwischenfrüchten in die Fruchtfolge sprechen.

Zwischenfrüchte auf 16 300 ha

Im Jahre 1991 wirtschafteten in Rheinland-Pfalz 32 300 landwirtschaftliche Betriebe mit Ackerland, von denen etwa jeder achte Zwischenfrüchte verschiedenster Art anbaute. Auf drei Viertel der Zwischenfruchtfläche von insgesamt 16 300 ha wuchs Raps. Diese überragende Bedeutung des vorwiegend zur Gründüngung angebauten Kreuzblütlers – nur 36 % werden verfüttert – beruht auf den geringen Saatgutkosten je Hektar im Vergleich zu anderen Zwischenfrüchten, wie Gräser und Klee, sowie der hohen Anbausicherheit. Hinzu kommt die gute Bodenlockerung durch seine Pfahlwurzel und das Vermögen, Wildkräuter zu unterdrücken.

Dagegen überwiegt bei den Gräsern (1 700 ha) und beim Klee (1 100 ha) die Grundfutterproduktion. Mit den ein bis zwei Schnitt- oder Futternutzungen im Herbst und dem Grünfutter, das zeitig im nächsten Frühjahr zur Verfügung steht, liegen die Saatgutkosten, bezogen auf den Ertrag, niedriger als bei Raps.

Mittels der Knöllchenbakterien (Rhizobien) binden die Grobleguminosen den in der Atmosphäre vorhandenen Stickstoff und benötigen damit nur die Grundnährstoffe Phosphor und Kali. Sie spielen mit 550 ha oder

3,4 % der angebauten Zwischenfrüchte jedoch kaum eine Rolle. Gleiches gilt für die Herbstrüben (2,0 %). Die sonstigen Zwischenfrüchte, mit 750 ha ebenfalls nicht bedeutend, werden zu neun Zehnteln als Gründünpflanzen angebaut.

Die 3 900 Zwischenfrucht anbauenden Betriebe bestellen in der Mehrzahl der Fälle zwischen 2 bis 5 ha mit Zwischenfrüchten. Von den Betrieben mit Ackerland, die über eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 50 bis 100 ha verfügen, bauen 29 % Zwischenfrüchte an. In den benachbarten Größenklassen sind es noch ein Viertel der Betriebe. Keine Rolle spielen die Zwischenfrüchte in den kleineren und Kleinstbetrieben. Unter den Betrieben bis zu 2 ha LF haben 1,2 % Zwischenfrüchte in ihrem Anbauplan. Zurückzuführen ist dies auf den hohen Anteil an Nebenerwerbsbetrieben in diesen Größenklassen, bei denen dem Ackerbau und der Viehhaltung nur wenig Bedeutung für die Einkommenserzielung zukommt. Ackerland haben 28 % aller landwirtschaftlichen Betriebe bis 2 ha LF, und etwa 14 % halten Vieh. Zusätzlich ist in diesen Betrieben, bedingt durch die außerbetriebliche Erwerbstätigkeit, die Arbeitskapazität begrenzt, so daß für einen Anbau von Zwischenfrüchten keine Zeit vorhanden ist.

Eine andere Struktur weisen die größeren Betriebe auf. So verfügen 95 % aller landwirtschaftlichen Betriebe mit 30 bis 50 ha LF über Ackerland und 8 von 10 Betrieben halten Vieh. Dies schlägt sich auch im Zwischenfruchtanbau nieder, bei dem 4,6 % des Ackerlandes mit diesen Früchten bestellt sind, die zu 43 % verfüttert werden.

Weinbauklima spricht gegen Zwischenfruchtanbau

Größere Bedeutung kommt dem Zwischenfruchtanbau lediglich in den nördlichen und mittleren Landesteilen zu. So bestellten 1 900 Betriebe im Regierungsbe-

Landwirtschaftliche Betriebe mit Anbau von Zwischenfrüchten 1991
nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Betriebs- größenklasse nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche in ha	Betriebe mit Ackerland		Betriebe mit Anbau von Zwischenfrüchten insgesamt		davon mit einer Zwischenfruchtfläche von ... ha						Betriebe mit Anbau zur Futtergewinnung	
					unter 2		2 – 5		5 und mehr			
	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
unter 2	4 159	2 900	50	28	50	28	–	–	–	–	17	7
2 – 5	5 153	10 059	162	191	126	95	36	96	–	–	57	44
5 – 10	5 464	23 840	377	639	254	208	94	256	29	176	166	152
10 – 20	6 501	61 350	772	1 870	394	374	284	806	94	690	431	622
20 – 30	3 855	64 369	648	2 145	214	238	296	872	138	1 035	404	850
30 – 50	4 204	103 995	1 034	4 787	205	242	463	1 435	366	3 110	672	2 056
50 – 75	1 883	73 926	548	3 486	43	53	229	728	276	2 705	348	1 494
75 – 100	666	36 988	195	1 743	9	11	53	176	133	1 556	122	637
100 und mehr	404	37 621	103	1 378	5	5	14	43	84	1 330	54	501
Insgesamt	32 289	415 049	3 889	16 268	1 300	1 254	1 469	4 412	1 120	10 602	2 271	6 363

Landwirtschaftliche Betriebe mit Anbau von Zwischenfrüchten 1991 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Landwirtschaftliche Betriebe mit							
	Ackerland		Anbau von Zwischenfrüchten					
			insgesamt		Raps ¹⁾		zur Futtergewinnung	
	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Kreisfreie Stadt Koblenz	104	1 463	28	97	23	80	13	19
Landkreise								
Ahrweiler	1 038	9 885	125	497	87	356	69	212
Altenkirchen (Ww.)	829	5 084	134	381	98	259	85	157
Bad Kreuznach	1 717	21 841	154	491	109	350	97	211
Birkenfeld	739	10 706	183	590	154	485	142	390
Cochem-Zell	1 175	16 702	160	655	132	513	90	254
Mayen-Koblenz	1 437	30 841	189	1 073	144	819	98	369
Neuwied	761	7 633	163	609	121	423	94	224
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 986	26 311	241	595	179	455	176	376
Rhein-Lahn-Kreis	1 244	19 481	352	1 383	287	1 073	221	638
Westerwaldkreis	1 296	8 708	139	559	111	413	78	191
RB Koblenz	12 326	158 655	1 868	6 929	1 445	5 226	1 163	3 040
Kreisfreie Stadt Trier	96	885	5	21	3	13	3	16
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	1 594	17 309	249	914	187	687	161	472
Bitburg-Prüm	3 009	29 965	477	1 891	421	1 567	336	1 039
Daun	1 451	10 259	111	312	91	257	63	140
Trier-Saarburg	1 871	17 302	109	478	88	337	71	202
RB Trier	8 021	75 720	951	3 616	790	2 860	634	1 868
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	80	2 909	16	135	9	92	.	.
Kaiserslautern	32	847	8	35	5	10	3	8
Landau i. d. Pfalz	162	944	.	.	-	-	-	-
Ludwigshafen a. Rhein	111	2 205	18	92	5	26	-	-
Mainz	260	3 298	9	33	.	.	4	4
Neustadt a. d. Weinstr.	180	1 273	9	31	7	20	3	9
Pirmasens	58	669	10	28	7	19	9	16
Speyer	38	790	-	-
Worms	243	5 045	16	75	14	61	.	.
Zweibrücken	86	2 019	16	99	14	62	8	27
Landkreise								
Alzey-Worms	1 901	30 067	38	200	21	143	9	9
Bad Dürkheim	703	8 776	30	233	21	176	5	19
Donnersbergkreis	1 163	26 812	111	624	81	485	53	176
Germersheim	912	13 046	100	583	69	350	15	28
Kaiserslautern	649	11 308	153	727	103	411	102	299
Kusel	885	14 698	150	809	125	657	91	325
Südliche Weinstraße	1 239	10 867	58	257	37	185	15	28
Ludwigshafen	726	14 302	101	730	59	419	9	20
Mainz-Bingen	1 683	18 926	26	82	15	58	5	5
Pirmasens	831	11 873	195	845	142	552	140	474
RB Rheinhessen-Pfalz	11 942	180 674	1 070	5 722	739	3 811	474	1 455
Rheinland-Pfalz	32 289	415 049	3 889	16 268	2 974	11 897	2 271	6 363

1) Auch im gemischten Anbau mit Gräsern, Senf, Ölrettich, Rübsen, Chinakohl.

zirk Koblenz 4,4 % des Ackerlandes mit Zwischenfrüchten, in Trier waren es 950 Betriebe mit 4,8 % und in Rheinhessen-Pfalz 1 100 Betriebe mit 3,2 %. Dies ist nicht zuletzt auf die im südlichen Landesteil gebietsweise geringeren Niederschläge zurückzuführen. Die in einem durch Sommertrockenheit gekennzeichneten Gebiet angebauten Zwischenfrüchte nutzen zusätzlich die im Boden vorhandene Winterfeuchtigkeit, was zu Ertragsminderungen bei der nächsten Hauptfrucht führen kann. Aus diesem Grund stehen in Mainz-Bingen und dem benachbarten Alzey-Worms nur auf 0,4 % bzw. 0,7 % des Ackerlandes Zwischenfrüchte.

Da viele Betriebe in Rheinhessen-Pfalz geringe oder keine Viehbestände haben, nutzen sie die Zwischenfrüchte zu 75 % als Gründüngungspflanzen, gegenüber 48 % in Trier und 56 % in Koblenz. Daß 65 % der sonstigen Zwischenfrüchte, die kaum für eine Futternutzung geeignet sind, auf den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz entfallen, verwundert daher nicht. Der Anbau sonstiger Zwischenfrüchte erfolgt hauptsächlich in den Kreisen Germersheim (97 ha) und Ludwigshafen (91 ha).

Zwar liegen von allen Betrieben mit Zwischenfrüchten nur 28 % im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, sie bestellen mit im Schnitt 5,3 ha je Betrieb jedoch fast anderthalbmal so viel Fläche wie die Landwirte in den beiden anderen Regierungsbezirken. Es sind im Süden vorwiegend die flächenstarken Marktfruchtbetriebe, die Zwischenfrüchte anbauen, in den anderen Regierungsbezirken dagegen eher die Futterbaubetriebe.

Der Landkreis Bitburg-Prüm weist mit fast 1 900 ha die größte Zwischenfruchtfläche auf. Mehr als die Hälfte davon dienen der Futtergewinnung, was mit den großen Rinderbeständen in diesem Kreis zusammenhängt. Es folgen der Rhein-Lahn-Kreis (1 400 ha) und der Kreis Mayen-Koblenz (1 100 ha). Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz liegen die Schwerpunkte des Zwischenfruchtanbaus in den westpfälzischen Kreisen Pirmasens (850 ha), Kusel (810 ha) und Kaiserslautern (730 ha) sowie im Landkreis Ludwigshafen (730 ha).

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Handelsbeziehungen zwischen Rheinland-Pfalz und Spanien

Spanien hat sich seit Anfang der 60er Jahre zu einer bedeutenden Industrienation entwickelt. Die Zahl der Einwohner belief sich zur Jahresmitte 1991 auf etwa 39,5 Millionen, die Zahl der Erwerbspersonen betrug 1989 rund 14,8 Millionen. Die im April 1991 registrierten 2,3 Mill. Arbeitslosen entsprachen 15 % der Erwerbspersonen.

61 % des spanischen Außenhandels mit EG-Ländern

Das Gesamtvolumen des spanischen Außenhandels hatte 1990 einen Wert von 143 Mrd. US-Dollar. Gegen-

über dem Vorjahr stiegen die Einfuhren um 23 % auf 87,7 Mrd. US-Dollar und die Ausfuhren um 25 % auf 55,6 Mrd. US-Dollar. Der Einfuhrüberschuß belief sich 1990 auf 32,1 Mrd. US-Dollar gegenüber 27 Mrd. US-Dollar im Vorjahr. Spanien exportiert vorrangig Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge, aber auch Metalle, Garne und Gewebe sowie Gemüse und Früchte. Wichtige Einfuhrgüter sind desgleichen Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge, zudem Eisen, Stahl, Garne und Gewebe, Papier und Pappe sowie mineralische Brennstoffe.

Bedeutendster Handelspartner Spaniens sind die EG-Länder. Der Anteil des Warenaustausches mit den

Außenhandel zwischen Rheinland-Pfalz und den EG-Mitgliedstaaten ¹⁾ 1980, 1990 und 1991

Land	Ausfuhr ²⁾				Einfuhr ³⁾			
	1980	1990	1991	Veränderung 1991 gegenüber 1980	1980	1990	1991	Veränderung 1991 gegenüber 1980
	Mill. DM			%	Mill. DM			%
Belgien / Luxemburg	1 631	2 674	2 696	65,3	2 143	2 690	3 636	69,7
Dänemark	356	544	582	63,5	148	355	543	266,9
Frankreich	3 004	5 354	5 188	72,7	2 390	3 388	3 761	57,4
Griechenland	225	362	341	51,6	88	102	97	10,2
Großbritannien	1 382	3 418	3 192	131,0	646	1 146	1 281	98,3
Irland	87	142	129	48,3	65	130	151	132,3
Italien	1 845	3 281	3 091	67,5	1 298	2 337	2 436	87,7
Niederlande	1 517	2 520	2 527	66,6	1 764	2 545	2 763	56,6
Spanien	358	1 296	1 402	291,6	224	960	1 173	423,7
Portugal	135	273	311	130,4	42	202	240	471,4
Insgesamt	10 541	19 864	19 460	84,6	8 807	13 856	16 082	82,6

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986. - 2) Spezialhandel. - 3) Generalhandel.

Außenhandel zwischen Rheinland-Pfalz und Spanien 1980 bis 1991

Jahr	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ²⁾
	Mill. DM	
1980	358	224
1981	390	250
1982	418	273
1983	438	326
1984	477	382
1985	563	407
1986	755	466
1987	889	481
1988	1 010	660
1989	1 273	750
1990	1 296	960
1991	1 402	1 173

1) Spezialhandel. – 2) Generalhandel.

EG-Mitgliedstaaten belief sich 1989 auf 61 % des gesamten spanischen Außenhandels. Von Spanien importierte Waren stammten zu rund 57 % aus EG-Ländern. In der Rangfolge der wichtigsten Verbrauchslandergruppen nahmen die EG-Partner 1989 mit rund 67 % der spanischen Ausfuhren den 1. Platz ein.

Rheinland-pfälzischer Außenhandel mit Spanien expandiert

Der Warenverkehr zwischen Rheinland-Pfalz und Spanien erfuhr in den vergangenen Jahren eine kräftige Ausweitung; die rheinland-pfälzischen Exporte nach Spanien erreichten 1991 mit 1,4 Mrd. DM annähernd den vierfachen Wert des Jahres 1980 (358 Mill. DM). Die Importe spanischer Produkte nach Rheinland-Pfalz betrugen 1991 mit 1,2 Mrd. DM mehr als den fünffachen Wert des Jahres 1980 (224 Mill. DM). Von 1990 auf 1991 expandierten die Exporte um 8,2 % und die Importe um 22 %.

Am rheinland-pfälzischen Export in die EG hatte Spanien 1991 einen Anteil von 7,2 % (1980: 3,4 %), am rheinland-pfälzischen Import aus der EG hatte es einen Anteil von 7,3 % (1980: 2,5 %). Das Außenhandelsvolumen zwischen Rheinland-Pfalz und Spanien wuchs seit 1980 im Jahresdurchschnitt um 15 %. Mit Spanien, das neben Portugal am 1. Januar 1986 in den Kreis der EG-Vollmitglieder eintrat, wurde vor allem in den Jahren 1986, 1988 und 1989 das Außenhandelsvolumen nachhaltig ausgeweitet. 1989 wurden in beide Richtungen zusammen erstmals Güter im Wert von mehr als 2 Mrd. DM gehandelt. Kraftfahrzeugim- und -exporte (zusammen 858 Mill. DM) machten 1991 ein Drittel des gesamten Außenhandelsvolumens in Höhe von 2,6 Mrd. DM aus.

Ausfuhrüberschuß wurde reduziert

Der Saldo des rheinland-pfälzischen Außenhandels mit Spanien ist seit vielen Jahren positiv, d.h. es wurden

aus Rheinland-Pfalz dem Wert nach mehr Waren nach Spanien ausgeführt als von dort nach Rheinland-Pfalz kamen. Der Ausfuhrüberschuß erreichte 1991 mit 230 Mill. DM den niedrigsten Wert seit 1986 und war damit um 32 % niedriger als im Vorjahr. Der höchste Exportüberschuß wurde 1989 mit 523 Mill. DM registriert. In der Rangfolge der wichtigsten rheinland-pfälzischen Partnerländer rangierte Spanien 1991 bei der Ausfuhr auf dem 9. und bei der Einfuhr auf dem 8. Platz.

Wenig Weinexporte nach Spanien

Der Export ernährungswirtschaftlicher Güter konnte, vornehmlich durch die Nachfragesteigerung nach rheinland-pfälzischen Genußmitteln (+ 42 %) und Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs (+ 40 %), von 1990 auf 1991 insgesamt um 36 % ausgeweitet werden. Im Jahre 1990 erreichte der Weinexport einen Wert von 368 000 DM, ein Jahr später von 350 000 DM. Noch weniger Wein wurde im EG-Raum 1991 nur nach Griechenland und Portugal ausgeführt. Die ernährungswirtschaftlichen Exporte im Wert von 7,9 Mill. DM im Jahre 1980 stiegen bis 1991 auf 26,2 Mill. DM an.

Ein Plus von 18 % bei Kraftfahrzeugexporten

Im Jahre 1991 wurden gegenüber dem Vorjahr 45 % mehr Rohstoffe im Wert von insgesamt 5,7 Mill. DM nach Spanien geliefert, wobei Steine und Erden (+ 72 % gegenüber 1990) mehr als neun Zehntel ausmachten. Unter den Halbwaren (46 Mill. DM; + 12 %) dominierten chemische Produkte (25 Mill. DM; + 19 %). Während insgesamt mehr Fertigwaren nach Spanien gelangten (1,3 Mrd. DM; + 7,5 %), sank der Wert gelieferter Vorzeugnisse gegenüber 1990 um 7,3 % auf 452 Mill. DM. Die Exporte von Enderzeugnissen übertrafen 1991 das Vorjahresergebnis überdurchschnittlich stark. Sie beliefen sich auf 872 Mill. DM (+ 17 %). Vornehmlich wurden hier Kraftfahrzeuge (368 Mill. DM; + 18 %), Maschinen (149 Mill. DM; + 6,4 %) und chemische Erzeugnisse (131 Mill. DM; + 23 %) gehandelt.

Im Bereich der gewerblichen Wirtschaft stiegen die Exporte seit 1980 bei Rohstoffen (+ 110 %), Halbwaren (+ 35 %) und Fertigwaren (+ 322 %) unterschiedlich stark. Der Anteil der Fertigwaren am Wert der gesamten rheinland-pfälzischen Spanienexporte hat sich von 87,5 % im Jahre 1980 auf 94,4 % im Jahre 1991 erhöht. Im Export nach Spanien wurde 1991 jede zweite Mark durch Lieferungen chemischer Halb- und Fertigwaren sowie durch Kfz-Lieferungen erwirtschaftet. Auf Kunststoffe und Teerfarbstoffe entfallen zusammen weitere 16 % des Gesamtexports.

Agrarsektor bleibt in Spanien bedeutend

Der Agrarsektor (Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei) ist für die spanische Wirtschaft noch immer von erheblicher Bedeutung. Rund 12 % der Erwerbspersonen arbeiteten 1990 in diesem Wirtschaftsbereich, dessen Beitrag zur Entstehung des Bruttoinlandsprodukts sich 1988 auf 5,3 % belief (1980: 7,1 %). Auf bewässerten Flächen, die etwa ein Fünftel des Acker-

landes einnehmen, werden vor allem Ausführprodukte, wie Zitrusfrüchte, Obst, Wein, Mandeln, Tabak und Baumwolle, erzeugt. Vor allem was Zitrusfrüchte und Oliven anbelangt, ist Spanien eines der wichtigsten Erzeugerländer. Trotz rückläufiger Tendenzen ist Spanien außerdem eines der bedeutendsten Fischereiländer der Erde.

Stark ausgeweitete rheinland-pfälzische Weinimporte

Von 1980 bis 1991 hat sich das Importwachstum im Bereich der Ernährungswirtschaft vervierfacht. Aus Spanien wurden im Jahre 1991 für 167 Mill. DM (+ 66 % gegenüber 1990) Güter der Ernährungswirtschaft importiert. Hierbei wurden für Genußmittel 81,5 Mill. DM (+ 190 %) und für Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs 77,2 Mill. DM (+ 10 %) erzielt. Der rheinland-pfälzische Import spanischer Weine expandierte von 27,9 Mill. DM 1990 auf 75,3 Mill. DM 1991 (+ 170 %). Innerhalb der EG wurde nur aus Italien und aus Frankreich noch mehr Wein eingeführt. Wein erreichte damit 1991 einen Anteil von 45 % an allen ernährungswirtschaftlichen Güterimporten.

Kraftfahrzeuge stellen 42 % aller rheinland-pfälzischen Importe aus Spanien

Bei der Einfuhr von Gütern der gewerblichen Wirtschaft im Wert von über 1 Mrd. DM (+ 17 % gegenüber 1990) spielten Rohstoffe (10 Mill. DM; + 8,3 %) und Halbwaren (39,1 Mill. DM; - 3,3 %) eine eher untergeordnete Rolle. Mit einem Anteil von 41 % (1990: 61 %) stellen Kraftstoffe, Schmieröle und Erdgas (- 35 %) bei Halbwaren die wichtigste Warenuntergruppe dar.

Die Importergebnisse für Fertigwaren lassen in den 80er Jahren auf meist florierende Geschäfte schließen. Der Warenwert stieg seit 1980 von 164 Mill. DM auf 957 Mill. DM im Jahre 1991. Die Zunahme gegenüber 1990 beträgt 18 %. Während weniger Vorerzeugnisse (- 7,7 %) importiert wurden, ergab sich indes bei Enderzeugnissen ein Wachstum von 22 %. Diese Entwicklung beruht auf deutlich steigenden Kfz-Importen (490 Mill. DM; + 42 %). Gegenüber 1990 wurden dagegen etwas weniger Lederschuhe (129 Mill. DM; - 2,9 %) bezogen. Bei einer Betrachtung der Wertanteile wichtiger Warenuntergruppen am Gesamtimport aus Spanien rangieren Kraftfahrzeuge (42 %) vor Schuhen (11 %) und Wein (6,4 %).

Auch in andere Länder exportierte Spanien mehr Kraftfahrzeuge. Um die in den letzten Jahren erweiterten Kapazitäten bei einem stagnierenden spanischen Inlandsmarkt auszulasten, gingen etwa die in Spanien produzierenden Tochtergesellschaften französischer und deutscher Hersteller verstärkt dazu über, ihre Produktion in anderen Ländern abzusetzen.

Überproportionale Zuwächse im Außenhandel mit Spanien auch in der ersten Jahreshälfte 1992

Von Januar bis Juni 1992 wurden nach Spanien Waren im Wert von 776 Mill. DM exportiert. Gegenüber

dem gleichen Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine überdurchschnittliche Steigerung von 8,2 %. Die Importe aus Spanien stiegen um weitere 6 % auf 665 Mill. DM.

Im Vergleich hierzu wuchsen die rheinland-pfälzischen Exporte in die EG durchschnittlich um 4,5 % auf 10,3 Mrd. DM, während die Importe aus der EG um 2 % auf annähernd 8,1 Mrd. DM zurückgingen. Der spanische Anteil am gesamten rheinland-pfälzischen Export liegt somit für den Zeitraum von Januar bis Juni 1992 bei 4,3 % nach 4 % im Jahre 1991. Für die Importe ergeben sich aktuell 4,7 % nach 4,4 % im Jahre 1991.

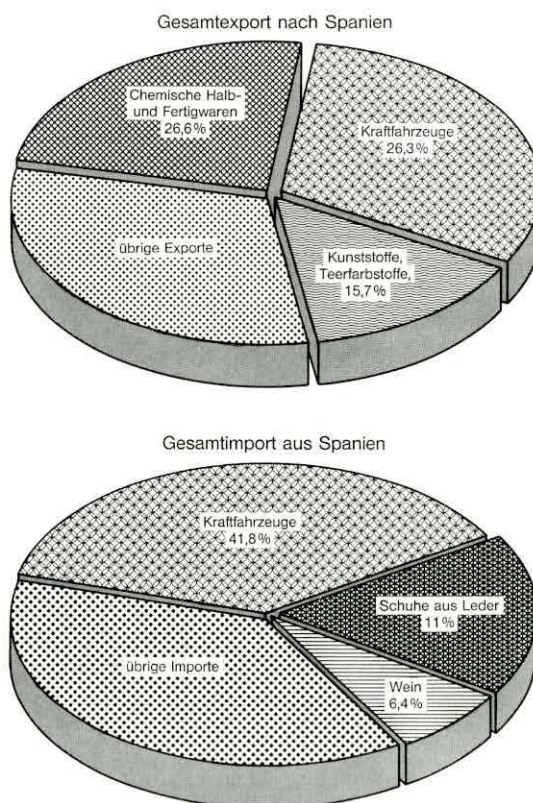
Im grenzüberschreitenden Gütertransport dominiert der Straßenverkehr;

Eisenbahnverkehr erhöht seine Anteile

Im Güterverkehr zwischen Rheinland-Pfalz und Spanien wurden 1990 auf der Straße 383 000 Tonnen, auf der Schiene 84 000 Tonnen und durch Binnenschiffe 1 700 Tonnen transportiert. Somit wurden im Güterverkehr mit Spanien 1990 insgesamt 469 000 Tonnen umgeschlagen. Gegenüber 1989 erhöhte sich das Güteraufkommen um 13 % (Versand: + 12 %; Empfang: + 13 %). Seit 1980 hat sich sowohl der Versand als auch der Empfang im Straßenverkehr gewichtsmäßig mehr als verdreifacht.

Im Eisenbahnverkehr haben sich die Transporte in beide Verkehrsrichtungen jeweils weit mehr als vervier-

Anteile der wichtigsten Warenuntergruppen im Außenhandel 1991



138/92

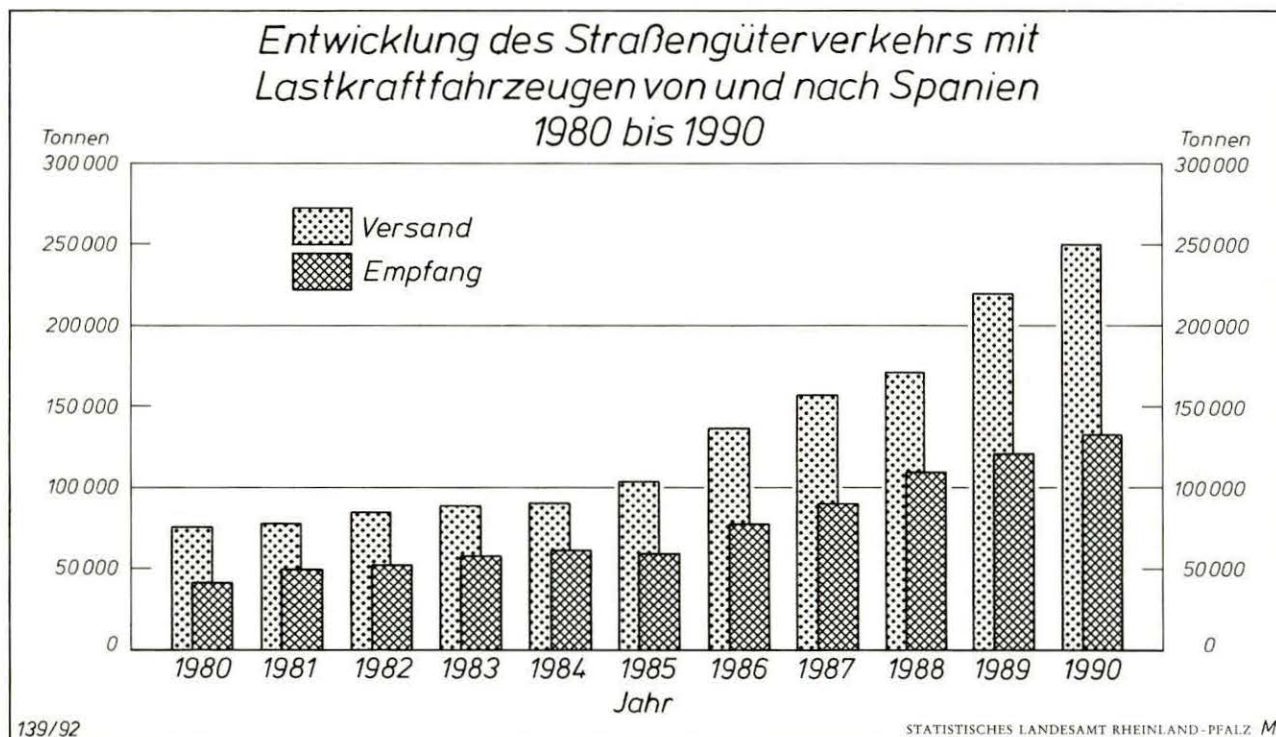
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

Außenhandel mit den
nach Warengruppen und

Nr.	Warengruppe Warenuntergruppe	Europäische Gemeinschaft insgesamt	Frankreich	Belgien/ Luxemburg	Niederlande	Italien
		1 000 DM				
Ausfuhr						
I	Ernährungswirtschaft	1 612 544	460 753	191 256	248 892	134 789
I a	Lebende Tiere	16 782	7 772	7 517	258	755
I b	Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	251 283	79 908	68 002	52 023	14 675
I c	Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	324 185	83 393	64 613	89 036	19 074
I d	Genußmittel	1 020 293	289 679	51 124	107 575	100 285
8	Wein	446 883	8 965	13 878	55 720	422
II	Gewerbliche Wirtschaft	17 847 253	4 727 154	2 505 240	2 278 415	2 956 096
II a	Rohstoffe	209 730	36 895	36 859	54 846	66 952
32	Steine und Erden	164 806	22 267	30 878	49 803	50 314
II b	Halbwaren	799 811	216 584	188 635	152 147	101 594
11/12	Mineralische Baustoffe	131 298	37 329	36 391	25 690	16 144
28	Kraftstoffe, Schmieröle ; Erdgas	83 370	44 463	2 728	15 258	9 094
30 – 35	Chemische Halbwaren	284 154	68 081	53 767	38 983	51 145
30 – 33	Düngemittel	110 261	32 623	21 780	5 700	14 080
II c	Fertigwaren	16 837 714	4 473 675	2 279 746	2 071 423	2 787 550
II ca	Vorzeugnisse	6 346 769	1 502 817	839 438	767 157	1 250 190
8	Papier und Pappe	291 399	96 259	33 535	48 143	15 115
12	Kunststoffe	2 411 014	584 413	326 168	260 742	522 721
13 – 17	Chemische Vorzeugnisse	2 368 292	565 659	327 689	280 907	475 987
13	Teerfarbstoffe	431 107	78 581	41 947	41 940	111 611
21	Blech aus Eisen	385 533	47 529	65 066	76 862	19 619
30	Edelsteine, Schmucksteine und Perlen bearbeitet	42 873	7 337	6 455	1 038	17 284
II cb	Enderzeugnisse	10 490 945	2 970 858	1 440 308	1 304 266	1 537 361
11	Schuhe aus Leder	91 748	30 475	15 583	23 188	380
16	Kautschukwaren	352 731	126 615	30 380	41 366	51 320
20 – 22	Eisenwaren	496 500	128 362	86 675	94 995	51 159
26 – 36	Maschinen	1 643 130	410 211	197 310	218 945	185 920
44 – 51	Chemische Erzeugnisse	2 070 709	538 886	283 493	265 867	278 152
45	Waren aus Kunststoffen	535 457	108 421	89 973	130 447	38 659
49	Pharmazeutische Erzeugnisse (auch unzubereitet)	459 129	79 408	52 012	44 804	61 673
57	Kraftfahrzeuge	3 685 004	1 239 281	482 556	333 991	595 963
	Insgesamt	19 459 796	5 187 906	2 696 495	2 527 307	3 090 885
Einfuhr						
I	Ernährungswirtschaft	1 817 184	514 520	282 963	339 089	375 057
I a	Lebende Tiere	41 128	4 318	28 308	6 969	388
I b	Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	331 926	52 796	133 300	89 951	13 856
I c	Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	734 903	179 705	70 963	221 317	117 551
24	Ölfrüchte zur Ernährung	6 919	2 573	4 042	304	–
I d	Genußmittel	709 229	277 702	50 392	20 852	243 263
8	Wein	473 056	188 972	1 425	166	200 625
II	Gewerbliche Wirtschaft	14 264 750	3 246 608	3 352 585	2 424 129	2 061 387
II a	Rohstoffe	223 728	72 034	57 365	34 912	13 320
18	Erdöl roh	11 412	–	–	–	–
II b	Halbwaren	2 207 342	226 268	504 747	1 173 437	58 095
28	Kraftstoffe, Schmieröle ; Erdgas	1 204 793	70 263	224 335	860 820	277
30 – 35	Chemische Halbwaren	412 023	64 295	182 215	122 151	5 723
II c	Fertigwaren	11 833 679	2 948 306	2 790 474	1 215 780	1 989 972
II ca	Vorzeugnisse	4 008 540	1 022 394	1 375 097	667 862	480 911
8	Papier und Pappe	290 804	106 058	12 544	108 286	23 775
12	Kunststoffe	980 142	285 190	377 019	158 201	78 199
13 – 17	Chemische Vorzeugnisse	1 593 788	256 643	725 379	306 636	80 086
21	Blech aus Eisen	168 655	108 716	39 226	12 738	1 532
30	Edelsteine, Schmucksteine und Perlen bearbeitet	47 020	1 262	37 329	1 160	268
II cb	Enderzeugnisse	7 825 139	1 925 912	1 415 376	547 918	1 509 061
11	Schuhe aus Leder	491 145	12 831	524	2 617	248 109
16	Kautschukwaren	706 261	350 524	12 117	39 913	134 742
20 – 22	Eisenwaren	485 644	109 443	50 015	48 565	210 040
26 – 36	Maschinen	1 027 356	216 752	204 537	130 858	247 096
44 – 51	Chemische Erzeugnisse	1 304 569	347 966	312 077	86 971	104 164
45	Waren aus Kunststoffen	367 368	114 535	17 553	30 868	78 929
49	Pharmazeutische Erzeugnisse (auch unzubereitet)	300 749	69 287	5 606	22 149	5 106
50	Kosmetische Erzeugnisse	185 195	71 247	29 838	5 769	1 494
57	Kraftfahrzeuge	1 789 119	482 499	575 205	44 941	49 930
	Insgesamt	16 081 935	3 761 128	3 635 548	2 763 219	2 436 445

EG-Ländern im Jahre 1991
ausgewählten -untergruppen

Vereinigtes Königreich	Irland	Dänemark	Griechen- land	Portugal	Spanien	Warengruppe Warenuntergruppe	Nr.
1 000 DM							
Ausfuhr							
434 545	7 360	33 547	71 070	4 104	26 228	Ernährungswirtschaft	I
4	10	-	150	-	316	Lebende Tiere	I a
10 542	80	3 417	18 161	219	4 256	Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	I b
32 266	1 466	9 252	9 474	3 690	11 921	Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	I c
391 733	5 804	20 878	43 285	195	9 735	Genußmittel	I d
343 840	4 553	18 833	236	86	350	Wein	8
2 757 243	121 747	548 695	269 708	306 887	1 376 068	Gewerbliche Wirtschaft	II
3 577	172	3 070	631	1 033	5 695	Rohstoffe	II a
2 224	90	2 876	356	848	5 150	Steine und Erden	32
39 735	16 570	20 585	9 297	8 660	46 004	Halbwaren	II b
8 001	121	3 261	789	1 168	2 404	Mineralische Baustoffe	11/12
3 191	34	1 827	3 910	92	2 773	Kraftstoffe, Schmieröle; Erdgas	28
13 707	16 303	10 308	2 431	4 428	25 001	Chemische Halbwaren	30 - 35
487	14 568	4 076	122	1 815	15 010	Düngemittel	30 - 33
2 713 932	105 005	525 040	259 779	297 194	1 324 370	Fertigwaren	II c
1 078 680	42 854	203 158	95 846	114 240	452 389	Vorzeugnisse	II ca
61 816	969	16 862	2 259	3 638	12 803	Papier und Pappe	8
362 063	21 626	82 915	30 611	47 071	172 685	Kunststoffe	12
366 818	18 426	53 631	22 209	40 424	216 542	Chemische Vorzeugnisse	13 - 17
65 973	4 290	16 636	5 971	16 397	47 761	Teerfarbstoffe	13
125 039	2	23 560	23 258	533	4 065	Blech aus Eisen	21
6 663	4	1 673	654	383	1 382	Edelsteine, Schmucksteine und Perlen bearbeitet	30
1 635 252	62 151	321 882	163 933	182 954	871 980	Enderzeugnisse	II cb
8 544	1 687	4 635	103	4 717	2 436	Schuhe aus Leder	11
40 576	152	7 797	6 640	4 468	43 417	Kautschukwaren	16
64 912	2 621	10 579	15 136	2 632	39 429	Eisenwaren	20 - 22
360 125	6 930	42 014	30 403	42 001	149 271	Maschinen	26 - 36
384 572	26 758	98 219	31 193	32 474	131 095	Chemische Erzeugnisse	44 - 51
102 096	2 637	23 304	6 481	6 270	27 169	Waren aus Kunststoffen	45
97 719	17 607	51 504	11 987	7 050	35 365	Pharmazeutische Erzeugnisse (auch unzubereitet)	49
456 561	10 227	99 560	39 079	59 452	368 334	Kraftfahrzeuge	57
3 191 788	129 108	582 242	340 778	310 991	1 402 296	Insgesamt	
Einfuhr							
20 403	6 929	79 127	26 918	5 614	166 564	Ernährungswirtschaft	I
717	10	234	-	-	184	Lebende Tiere	I a
3 785	3 837	26 088	685	-	7 628	Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	I b
8 172	1 967	52 653	4 729	637	77 209	Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	I c
-	-	-	-	-	-	Ölfrüchte zur Ernährung	24
7 729	1 115	152	21 504	4 977	81 543	Genußmittel	I d
522	15	36	1 136	4 900	75 259	Wein	8
1 260 898	143 910	464 293	70 537	234 265	1 006 138	Gewerbliche Wirtschaft	II
28 448	3	2 570	4 580	467	10 029	Rohstoffe	II a
11 412	-	-	-	-	-	Erdöl roh	18
143 719	20 089	21 199	4 865	15 798	39 125	Halbwaren	II b
24 806	-	8 219	11	-	16 062	Kraftstoffe, Schmieröle; Erdgas	28
10 261	19 117	3 842	703	765	2 951	Chemische Halbwaren	30 - 35
1 088 730	123 818	440 524	61 091	218 000	956 984	Fertigwaren	II c
259 002	12 389	87 348	5 541	8 232	89 764	Vorzeugnisse	II ca
32 755	37	3 688	11	1 624	2 026	Papier und Pappe	8
45 648	5 431	3 704	2 489	1 498	22 763	Kunststoffe	12
128 754	3 651	59 882	26	140	32 591	Chemische Vorzeugnisse	13 - 17
2 379	-	119	18	-	3 927	Blech aus Eisen	21
6 808	23	72	3	-	95	Edelsteine, Schmucksteine und Perlen bearbeitet	30
829 729	111 430	353 176	55 550	209 767	867 220	Enderzeugnisse	II cb
1 203	4	152	72	97 123	128 510	Schuhe aus Leder	11
95 283	4 525	1 061	275	116	67 705	Kautschukwaren	16
32 049	4 777	8 874	378	1 161	20 342	Eisenwaren	20 - 22
130 700	4 481	40 656	1 560	2 004	48 712	Maschinen	26 - 36
187 101	85 200	165 882	365	1 612	13 231	Chemische Erzeugnisse	44 - 51
80 172	27 078	11 366	238	1 497	5 132	Waren aus Kunststoffen	45
40 635	1 843	151 176	1	16	4 930	Pharmazeutische Erzeugnisse (auch unzubereitet)	49
21 656	55 030	112	-	-	49	Kosmetische Erzeugnisse	50
134 213	133	10 672	40	1 726	489 760	Kraftfahrzeuge	57
1 281 301	150 839	543 420	97 456	239 879	1 172 702	Insgesamt	



facht, so daß sich der Anteil des Eisenbahnverkehrs am gesamten Gütertransport von 14 % im Jahre 1980 auf 18 % im Jahre 1990 erhöht hat. Mit der Eisenbahn wurden 1990 fast doppelt so viele Güter verschickt als empfangen. Die Regelspur der spanischen staatlichen Eisenbahngesellschaft RENFE entspricht mit 1 676 mm nicht der international verbreiteten Spurweite von

1 435 mm. Die Anpassung des gesamten spanischen Netzes an die europäische Spurweite ist vorgesehen. Eine weitere Zunahme der Gütertransporte per Bahn ist in diesem Zusammenhang wahrscheinlich.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

Öffentliche Abfallbeseitigung

Die Zielrichtung der öffentlichen Abfallbeseitigung hat im letzten Jahrzehnt eine grundsätzliche Wende erfahren. Ausdruck hierfür ist das im Jahre 1986 in Kraft getretene Gesetz über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallgesetz). Es löste das bis dahin gültige Gesetz über die Beseitigung von Abfällen (Abfallbeseitigungsgesetz) ab. Schon in der unterschiedlichen Bezeichnung der Gesetze spiegelt sich die Änderung in der gesellschaftspolitischen Bewertung wider. Besonders in bezug auf Hausmüll ist in den vergangenen Jahren eine intensive Diskussion über die Entsorgungskonzeption nach dem Gebot der Abfallvermeidung und -verwertung geführt worden. Auf Landesebene wurde diesem Ziel mit dem Landesabfallwirtschafts- und Altlastengesetz (LabfWAG) Rechnung getragen.

Sowohl für die nach § 6 des Abfallgesetzes von den Ländern zu erstellenden Abfallentsorgungspläne als auch für die von den Landkreisen und kreisfreien Städten als entsorgungspflichtige Körperschaften gemäß § 7 LabfWAG zu entwickelnden Abfallwirtschaftskonzepte sind umfassende, an den jeweiligen Planungs- und Kontrollbedürfnissen orientierte Daten erforderlich. Hierzu liefert die Erhebung nach § 3 des Umweltstatistikgesetzes über die öffentliche Abfallbeseitigung alle

drei Jahre umfangreiches Datenmaterial. Ergänzt werden diese Informationen durch die Statistik der Abfallbeseitigung im produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern, zu der landesweit rund 4 000 Betriebe im ebenfalls dreijährlichem Abstand auskunftspflichtig sind. Ausführliche Ergebnisse dieser beiden Erhebungen werden Ende des Jahres in Form von statistischen Berichten veröffentlicht. Darüber hinaus werden im Auftrag des Ministeriums für Umwelt von der ÖKO-Data GmbH Mainz jährlich die nach den Vorschriften des § 6 LabfWAG von den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften erstellten Abfallbilanzen zusammengeführt und ausgewertet. Für diese Arbeiten werden die erforderlichen Daten anhand eines Fragebogens erhoben. Auf den ersten Blick werden bei der amtlichen Erhebung über die öffentliche Abfallbeseitigung und der von der ÖKO-Data GmbH erstellten Abfallbilanz zum Teil identische Inhalte abgebildet. Es mag zunächst überraschen, daß die Ergebnisse beider Aufbereitungen voneinander abweichen, insbesondere bei regionalisierter Darstellung. Dieser scheinbare Widerspruch soll aufgelöst werden, indem nachfolgend die methodischen Grundlagen des Erhebungs- und Aufbereitungsverfahrens der amtlichen Statistik und deren praktische Umsetzung erläutert werden. Vergleichbare Informatio-

nen zur Abfallbilanz enthalten die gleichnamigen Veröffentlichungen des Ministeriums für Umwelt.

Abfallrecht beeinflusst Erhebungskonzept der Statistik

Die Abfallentsorgung im Sinne des § 1 AbfG erstreckt sich auf das Gewinnen von Stoffen oder Energie aus Abfällen (Verwertung), das Einsammeln und Befördern (Transport) sowie das Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen (Beseitigung). Weiterhin legt das AbfG fest, daß bewegliche Sachen, die der Besitzer der entsorgungspflichtigen Körperschaft (oder dem von dieser beauftragten Dritten) überläßt, auch im Falle der Verwertung als Abfälle einzustufen sind. Dies bedeutet, daß auch die getrennte Sammlung von Wertstoffen (z.B. Papier, Glas, Metall) im Rahmen der von den kreisfreien Städten, Landkreisen oder von diesen beauftragten Dritten installierten Sammelverfahren (z.B. Depotcontainer, Wertstofftonne) als Vorgang der öffentlichen Abfallentsorgung anzusehen ist. Übergibt der Bürger seine Wertstoffe jedoch einem gewerblichen oder karitativen Sammler, so stellt dies eine Schenkung dar, mit der Konsequenz, daß derartige Sammlungen vom Abfallgesetz nicht erfaßt werden.

Die Erhebung nach § 3 des Umweltstatistikgesetzes über die öffentliche Abfallbeseitigung basiert auf den Begriffsbestimmungen und Abgrenzungen des Abfallrechts. Sie trägt der Tatsache Rechnung, daß die Sammlung und der Transport von Abfällen einerseits sowie die Behandlung, Verwertung oder Entsorgung andererseits zwei organisatorisch getrennte Vorgänge darstellen, die oftmals von verschiedenen Unternehmen ausgeführt werden.

Festlegung des Berichtskreises

In einer der eigentlichen Erhebung vorausgehenden Befragung der für die Abfallentsorgung zuständigen kreisfreien Städte und Landkreise wird der Kreis der Auskunftspflichtigen festgelegt. Im einzelnen werden die Anschriften der Unternehmen erfragt, die mit dem Einsammeln von

- Hausmüll, hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen und Sperrmüll
- verwertbaren Stoffen (unterteilt nach Altpapier, Altglas, Altmetall, Kunststoffe, kompostierbare organische Abfälle und Altstoffgemische) bzw. schadstoffhaltigen Abfällen (unterteilt nach Altöl, Pflanzenbehandlungsmittel-, Schädlingsbekämpfungsmittel- und Holzschutzmittel, Altfarben und -lacke, Lösemittel, Säuren und Laugen, Altmedikamente, Autobatterien, Kleinbatterien, Kühlgeräte sowie sonstige schadstoffhaltige Abfälle)

beauftragt sind, oder über eine Sammelerlaubnis verfügen.

Ergänzt werden diese Angaben je Sammelunternehmen und Abfallart um das jeweilige Sammelgebiet, den Zeitraum der Sammlungen und das eingesetzte Sammelverfahren. Bei den verwertbaren Stoffen wird zwischen Holsystemen (z.B. Wertstofftonne) und Bringsys-

temen (stationäre Annahmestellen, Depotcontainer), bei den schadstoffhaltigen Abfällen zwischen mobiler und stationärer Sammlung differenziert. Diese zusätzlichen Informationen werden u.a. zur Überprüfung der im Rahmen der Haupterhebung gemeldeten Daten herangezogen. Darüber hinaus sind von den kreisfreien Städten und Landkreisen sämtliche öffentlichen Abfallentsorgungsanlagen mit genauer Bezeichnung der Anlageart (z.B. Deponien, Kompostierungsanlagen, Umladestationen, Zwischenlager, Sortieranlagen, Bauschuttaufbereitungsanlagen etc.) sowie die Anschrift der Betreiber anzugeben.

Nach den Vorschriften des Umweltstatistikgesetzes (§ 3 Abs. 2) in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesetzes über die Vermeidung und Verwertung von Abfällen (§ 3) ergibt sich eine Auskunftspflicht nur für die Betreiber öffentlicher Abfallentsorgungsanlagen sowie für die von der zuständigen öffentlichen Körperschaft beauftragten Sammelunternehmen. Für gewerbliche Sammler läßt sich aus den bestehenden Rechtsgrundlagen keine Pflicht zur Auskunftserteilung ableiten. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat nach § 7 Abs. 1 des Bundesstatistikgesetzes zur Deckung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs für Zwecke der Vorbereitung und Begründung anstehender Entscheidungen eine Bundesstatistik gefordert, mit der Informationen über die gewerbliche Sammlung von Altpapier und Altglas und die Übernahme dieser Wertstoffe durch gewerbliche bzw. im öffentlichen Auftrag tätige Sammelunternehmen von gemeinnützigen Sammlern gewonnen werden sollen. Diese zusätzliche Befragung, an der sich, obwohl keine Auskunftspflicht besteht, alle Sammelunternehmen beteiligten, wurde in das System der Abfallstatistik integriert.

Erhebungsinhalte

Die bei der Vorbefragung gewonnenen Informationen dienen der Steuerung des Versandes der Fragebogen für die Haupterhebung. Die Auskunftspflichtigen erhalten für jede von ihnen betriebene Abfallentsorgungsanlage sowie je eingesamelter Abfallart einen Fragebogen. Die genaue Bezeichnung der Entsorgungsanlage ist, ebenso wie die Abgrenzung des Sammelgebietes, vorgetragen. Insgesamt wurden rund 1 700 Erhebungsbogen an knapp 200 Auskunftspflichtige versandt. Im Gegensatz zu der Datenerhebung im Auftrag des Umweltministeriums zur Erstellung der Abfallbilanz, bei der mit einem an die kreisfreien Städte und Landkreise adressierten Fragebogen wichtige Eckdaten zusammengestellt werden, zielt die amtliche Statistik auf die Gewinnung wesentlich detaillierterer Informationen. Im Mittelpunkt steht ebenfalls die Erfassung von Abfallmengen. Diese erfolgt für die an öffentliche Entsorgungsanlagen angelieferte Mengen nach 27 Abfallarten (bei nachweispflichtigen Abfällen nach der Verordnung zu § 2 Abs. 2 AbfG noch detaillierter). Differenziert nach zehn Positionen werden die in diesen Anlagen ausgelesenen, wiederaufbereiteten oder mit dem Ziel einer weiteren Verwertung getrennt zwischengelagerten Stoffe (z.B. Erdaushub) erfragt. Darüber hinaus liefert ein umfangreicher Fragenkatalog weitere Informationen zu den einzelnen Entsorgungseinrichtungen. Hierzu zählt für alle Anlagen: Verfahren der Volumen- und Gewicht-

tungsermittlung, Einrichtungen zur Vorbehandlung von Abfällen, Vornahme einer Altstoffauslese; zusätzlich für Deponien: Abdichtung gegen das Grundwasser, Behandlung von Sickerwasser, Entgasung, Rekultivierung, Oberflächenabdeckung, genehmigtes Restvolumen, voraussichtliche künftige Ablagerungsdauer. Ergänzt werden die allgemeinen Angaben bei Verbrennungsanlagen und Kompostplätzen um die Jahresleistung (Normkapazität) sowie die Verwendung der erzeugten Wärme und der anfallenden Schlacke bzw. des erzeugten Kompostes.

Bei den in die Erhebung einbezogenen Transportunternehmen werden neben Daten zur getrennten Samm-

lung verwertbarer und schadstoffhaltiger Abfälle (siehe gesonderte Textübersichten) Angaben über den beförderten Haus- und Sperrmüll (einschl. haushälterischer Gewerbeabfälle), und zwar getrennt für jede angefahrte Entsorgungsanlage (Umladestation, Deponie, Kompostwerk, Verbrennungsanlage), erhoben. Sofern Abfälle bei Gewerbebetrieben gesondert eingesammelt und abgefahren worden sind, werden diese getrennt angegeben. Die vom Erhebungskonzept geforderte gemeindeweise Differenzierung der Angaben stellte, insbesondere in ländlichen Regionen, die mit der öffentlichen Müllabfuhr Beauftragten vor Probleme. Zwar konnte die Zuordnung einer Gemeinde zu einer Abfallentsorgungsanlage in der Regel ohne Schwierigkeiten

Abfallaufkommen der öffentlichen Entsorgungsanlagen 1990 nach Abfall- und Anlagearten

Abfallart	Insgesamt	Hausmüll-deponien	Boden-aushub- und Bauschutt-deponien	Verbrennungs-anlagen	Kompo-stierungs-anlagen	Bauschutt-aufbe-reitungs-anlagen	Sonstige Ent-sorgungs-anlagen	Außerdem Umlade-stationen, Sammel-stellen und Zwischen-lager
	t							
Hausmüll, haushälterische Gewerbeabfälle, Sperrmüll, Straßenkehricht, Marktabfälle – nicht gesondert angeliefert –	1 368 465	1 198 272	–	97 496	36 686	–	36 011	266 006
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle ¹⁾	599 897	570 150	–	20 091	56	–	9 600	61 131
Sperrmüll ¹⁾	155 112	147 245	–	7 867	–	–	–	3 732
Straßenkehricht ¹⁾	16 865	15 641	–	1 224	–	–	–	72
Kompostierbare organische Abfälle ¹⁾ (z.B. aus der Bio-Tonne, Grünabfälle)	105 669	6 928	–	–	98 449	–	–	–
Bauschutt, ohne schädliche Verunreinigungen	1 669 837	478 654	396 411	292	–	794 772	–	208 000
Baustellenabfälle	112 984	100 162	8 822	–	–	4 000	–	272
Straßenaufbruch	155 245	26 523	12 089	–	–	116 633	–	26 557
Bodenaushub, ohne schädliche Verunreinigungen	1 286 699	287 987	726 590	–	2 565	269 333	224	176 347
Aschen, Schlacken, Stäube aus der Verbrennung, Rückstände aus der Abgasreinigung	15 765	8 140	–	–	–	–	7 625	396
Bauschutt und Bodenaushub mit schädlichen Verunreinigungen, Öl- und sonstige verunreinigte Böden, verbrauchte Ölbinder	56 288	55 743	–	–	–	–	545	3 511
Fett-, Öl- und Benzinabscheiderinhalte, Schlamm aus Öltrennanlagen, Tank- und Anlagenreinigung, Sandfangrückstände	39 995	15 694	–	–	–	–	24 301	1 718
Schlämme aus Abwasserreinigung kommunaler Kläranlagen, Rückstände aus Kanalisation	175 427	147 206	300	–	27 921	–	–	3 032
Schlämme aus Abwasserreinigung von Industrie und Gewerbe	19 300	8 058	11 236	–	–	–	6	–
Altsande, Putzerei-, und Strahlsande	24 255	5 815	–	–	–	–	18 440	–
Metallurgische Schlacken, Krätzen u. Stäube	27 003	12 012	13 873	–	–	–	1 118	3
Andere feste produktionsspezifische Abfälle aus Industrie und Gewerbe	242 613	214 741	4 077	–	–	–	23 795	3 835
Feste Rückstände aus Wertstoffsortier-, Shredder- und Kompostierungsanlagen	60 946	60 946	–	–	–	–	–	–
Schlämme aus Industrie und Gewerbe (ohne Schlamm aus Abwasserreinigung)	51 368	23 059	–	–	836	–	27 473	3 796
Flüssige Abfälle	5 009	–	–	–	–	–	5 009	9 501
Krankenhausspezifische Abfälle	549	549	–	–	–	–	–	800
Sonstige Abfälle	10 411	10 124	9	–	168	100	10	137
I n s g e s a m t	6 199 702	3 393 649	1 173 407	126 970	166 681	1 184 838	154 157	768 846

1) Gesondert angeliefert.

ermittelt werden, jedoch mußten zur gemeindeweisen Aufteilung der eingesammelten Abfälle Hilfsgrößen (z. B. Einwohnerzahl, Volumen der aufgestellten Sammelbehälter) herangezogen werden, da – von Ausnahmen abgesehen – keine speziellen Verwiegungen erfolgten. Im Rahmen der maschinellen Aufbereitung werden die Informationen über Hausmüllentsorgungsanlagen mit den gemeldeten Abfallmengen der Transporteure verknüpft. Hierbei wird das Einzugsgebiet der Hausmüllentsorgungsanlage berechnet. Sofern die Abfuhr aus einer Gemeinde zu mehreren Anlagen erfolgte, wird hierzu sowohl die Fläche als auch die Bevölkerungszahl entsprechend dem Anteil der eingesammelten Abfälle aufgeteilt. Die bei Gewerbebetrieben getrennt eingesammelten hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle bleiben unberücksichtigt.

Unterscheidung einzelner Anlagearten

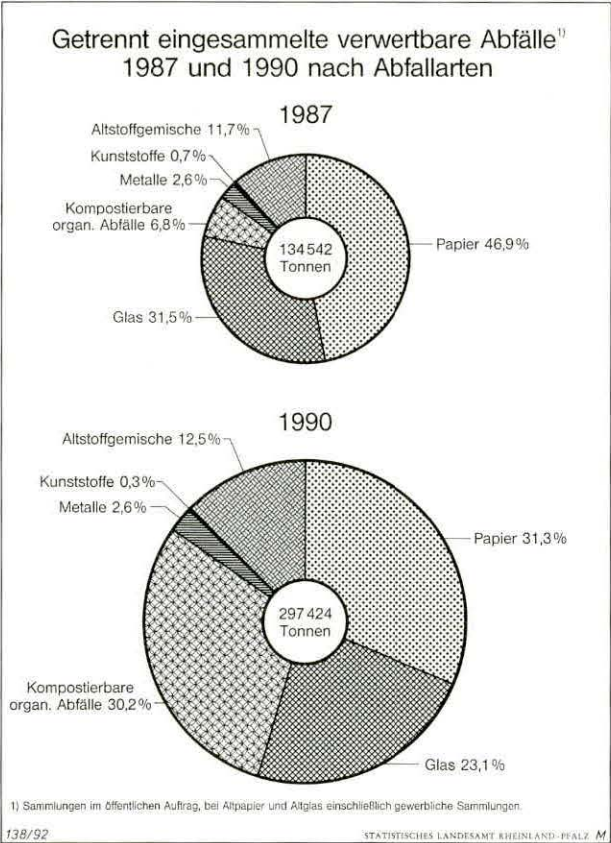
Von besonderer Bedeutung für die Analyse der Ergebnisse der Abfallstatistik ist die Abgrenzung der einzelnen Anlagentypen. Maßgeblich für den Ausweis einer eigenständigen Anlage ist die Möglichkeit, dieser räumlich und funktional eigene Entsorgungsvorgänge zuzuordnen. Die praktische Umsetzung dieses Grundsatzes führt dazu, daß auf einem zusammenhängenden Gelände mehrere Einrichtungen getrennt nachgewiesen werden. Folgendes Beispiel soll dies verdeutlichen :

Auf dem Gelände einer Bauschuttdeponie wurde ein Kompostplatz eingerichtet. Der angelieferte Bodenaushub wird getrennt gelagert mit dem Ziel, ihn ohne vorherige Aufbereitung bei Bedarf an Dritte abzugeben. Bei der Anlieferung von Bauschutt wird, in Abhängigkeit von dessen Zusammensetzung und der Kapazitätsauslastung der nachgeschalteten Aufbereitungsanlage, unterschieden zwischen Mengen, die

- a) unmittelbar deponiert werden,
- b) in der eigenen Bauschuttrecyclinganlage aufbereitet werden,
- c) mit dem Ziel der Abgabe an eine andere (leistungsfähigere) Bauschuttaufbereitungsanlage zwischengelagert werden.

In diesem Fall weist die Statistik der öffentlichen Abfallbeseitigung fünf verschiedene Anlagen aus: Kompostplatz, Zwischenlager für Bodenaushub, Bauschuttdeponie, Bauschuttaufbereitungsanlage, Zwischenlager für Bauschutt.

Da für jede Anlage neben der angelieferten Menge auch die wiederaufbereiteten (z. B. Recycling-Baustoffe aus Bauschutt) bzw. die mit dem Ziel einer unmittelbaren weiteren Verwertung getrennt gelagerten Stoffe (z. B. Bodenaushub, kompostierbare Abfälle) erfaßt werden, läßt sich der Verbleib der Abfälle detailliert darstellen. Bei diesem Verfahren können durch die Erhebung der jeweils angelieferten Abfälle in gewissem Umfang Doppelzählungen auftreten. Beispiel: An ein Bauschuttzwischenlager wurden 30 000 Tonnen Bauschutt geliefert. Hiervon werden 10 000 Tonnen im Berichtsjahr an eine Bauschuttaufbereitungsanlage weitergeleitet. Aus den 10 000 Tonnen können dort 8 000 Tonnen Recy-



cling-Baustoffe gewonnen werden. Die restlichen 2 000 Tonnen werden auf einer Bauschuttdeponie abgelagert. In der Ergebniserstellung erscheint dieser Vorgang wie folgt: Der an öffentliche Entsorgungsanlagen gelieferte Bauschutt wird mit insgesamt 42 000 Tonnen (davon 30 000 Tonnen an Bauschuttzwischenlager, 10 000 Tonnen an Bauschuttaufbereitungsanlage, 2 000 an Bauschuttdeponie) erfaßt. Außerdem wird die Gewinnung von 8 000 Tonnen Recycling-Baustoffe ausgewiesen.

Für die Ergebnisinterpretation ist von besonderer Bedeutung, daß die Regionalisierung sämtlicher anlagenbezogener Daten stets nach dem jeweiligen Standort der Einrichtung erfolgt.

347 Kilogramm Abfall je Einwohner

Im Jahre 1990 sind von der öffentlichen Müllabfuhr 1,71 Mill. Tonnen Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle und Sperrmüll (ohne getrennt gesammelte Wertstoffe) eingesammelt worden. Die Vergleichswerte für 1984 und 1987 liegen bei 1,75 bzw. 1,74 Mill. Tonnen. Dies entspricht einem Rückgang von 2,7 % innerhalb von sieben Jahren. Betrachtet man das Pro-Kopf-Abfallaufkommen, ist aufgrund der gestiegenen Einwohnerzahlen die Abnahme mit 6,3 % noch größer. Bei der Interpretation dieser Daten ist jedoch zu beachten, daß die kreisfreien Städte und Landkreise in ihren jeweiligen Abfallsatzungen in zunehmendem Umfang auch für die Entsorgung der Gewerbebetriebe einen Anschlußzwang festlegen. Hierdurch dürfte sich der Anteil der in den Ergebnissen enthaltenen hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle in den vergangenen Jahren

Eingesammelte verwertbare Abfälle 1990 nach Abfallarten^P

Verwaltungsbezirk	Papier			Glas			Alt- metalle	Kunst- stoffe	Kompo- stierbare orga- nische Abfälle	Altstoff- gemische	Ins- gesamt
	zu- sammen	öffentl.	gewerbl.	zu- sammen	öffentl.	gewerbl.					
		Sammlungen			Sammlungen						
		t									
Kreisfreie Stadt Koblenz	4 256	4 256	-	2 684	2 684	-	493	-	2 729	-	10 162
Landkreise											
Ahrweiler	4 087	4 087	-	2 591	-	2 591	310	-	1 057	-	8 045
Altenkirchen (Ww.)	4 669	4 669	-	3 000	2 700	300	-	-	3 500	3 855	15 024
Bad Kreuznach	-	-	-	4 068	4 068	-	290	-	21 166	-	25 524
Birkenfeld	5 943	5 943	-	1 863	1 863	-	-	44	1 072	-	8 922
Cochem-Zell	2 012	1 930	82	1 586	1 428	158	-	-	250	-	3 848
Mayen-Koblenz	4 487	1 720	2 767	2 438	-	2 438	-	-	871	-	7 796
Neuwied	333	-	333	-	-	-	276	-	3 347	17 200	21 156
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 578	1 865	713	2 967	680	2 287	64	165	515	-	6 289
Rhein-Lahn-Kreis	4 093	3 300	793	2 510	2 485	25	1 300	-	650	-	8 553
Westerwaldkreis	10 160	10 160	-	2 870	2 870	-	41	-	3 935	-	17 006
RB Koblenz	42 618	37 930	4 688	26 577	18 778	7 799	2 774	209	39 092	21 055	132 325
Kreisfreie Stadt Trier	2 897	1 160	1 737	1 729	1 729	-	-	-	2 917	-	7 543
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	617	279	338	1 688	1 688	-	1 640	-	1 800	-	5 745
Bitburg-Prüm	2 053	2 053	-	1 450	1 450	-	-	-	-	-	3 503
Daun	2 293	2 125	168	848	530	318	-	-	1 000	-	4 141
Trier-Saarburg	2 000	1 517	483	2 262	2 262	-	-	-	5 070	-	9 332
RB Trier	9 860	7 134	2 726	7 977	7 659	318	1 640	-	10 787	-	30 264
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	720	720	-	512	480	32	-	-	-	360	1 592
Kaiserslautern	5 257	5 257	-	724	724	-	-	-	1 100	-	7 081
Landau i. d. Pfalz	1 374	1 374	-	891	891	-	-	60	1 829	-	4 154
Ludwigshafen a. Rhein	3 170	3 170	-	2 378	2 338	40	799	1	338	-	6 686
Mainz	9 699	9 699	-	6 351	3 522	2 829	243	114	1 447	-	17 854
Neustadt a. d. Weinstr.	2 066	1 866	200	888	818	70	15	-	3 020	-	5 989
Pirmasens	1 440	1 440	-	931	931	-	439	14	600	-	3 424
Speyer	1 743	1 743	-	1 300	1 300	-	85	-	2 721	-	5 849
Worms	295	-	295	1 384	1 322	62	162	-	771	-	2 612
Zweibrücken	582	582	-	372	372	-	-	-	1 913	-	2 867
Landkreise											
Alzey-Worms	210	70	140	1 925	-	1 925	12	61	9 876	-	12 084
Bad Dürkheim	1 644	1 644	-	2 712	2 551	161	18	-	1 479	-	5 853
Donnersbergkreis	-	-	-	-	-	-	-	-	1 400	8 309	9 709
Germersheim	-	-	-	1 633	1 317	316	-	-	2 700	5 976	10 309
Kaiserslautern	950	-	950	1 470	235	1 235	65	75	-	-	2 560
Kusel	3 505	3 505	-	183	183	-	100	-	2 495	1 542	7 825
Südliche Weinstraße	150	150	-	1 153	1 153	-	24	-	150	-	1 477
Ludwigshafen	4 040	4 040	-	4 340	3 700	640	950	70	4 900	-	14 300
Mainz-Bingen	2 419	2 419	-	3 381	1 006	2 375	122	333	1 041	-	7 296
Pirmasens	1 405	1 405	-	1 489	1 489	-	297	-	2 123	-	5 314
RB Rheinhessen-Pfalz	40 669	39 084	1 585	34 017	24 332	9 685	3 331	728	39 903	16 187	134 835
Rheinland-Pfalz	93 147	84 148	8 999	68 571	50 769	17 802	7 745	937	89 782	37 242	297 424
Kreisfreie Städte	33 499	31 267	2 232	20 144	17 111	3 033	2 236	189	19 385	360	75 813
Landkreise	59 648	52 881	6 767	48 427	33 658	14 769	5 509	748	70 397	36 882	221 611

stark erhöht haben, so daß die ausgewiesenen Veränderungsraten eine Untergrenze für den Rückgang des Abfallaufkommens darstellen.

Berücksichtigt man, daß in den Ergebnissen des Jahres 1990 über 400 000 Tonnen getrennt von der eigentlichen Hausmüllabfuhr mit Containern bei den Gewerbebetrieben eingesammelte Abfälle enthalten sind, errechnet sich aus der Restgröße (Haus- und Sperrmüll einschl. zusammen mit diesen eingesammelter hausmüllähnlicher Gewerbeabfall) ein Aufkommen von 347 kg je Einwohner. Die Entsorgung dieser Abfälle erfolgte an Hausmülldeponien (90 %), Müllverbrennungsanlagen (7 %) und Kompostierungsanlagen (3 %). Lediglich 2,3 % des Hausmülls wurden zu Entsorgungsanlagen in andere Bundesländer (Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg) verbracht. Auf Entsorgungskapazität im Ausland wurde nicht zurückgegriffen.

Große Fortschritte bei der Sammlung kompostierbarer Abfälle

Im Jahre 1990 wurden von den privaten Haushalten in Rheinland-Pfalz 298 000 Tonnen verwertbare Abfälle getrennt gesammelt. Im Vergleich zu 1987 haben damit die Wertstoffsammlungen zu einer Verdoppelung des Ergebnisses geführt. Sie trugen zu einer Entlastung des Hausmüllaufkommens um 79 kg je Einwohner bei. Allein

die Menge der separat eingesammelten kompostierbaren organischen Stoffe erhöhte sich in diesem Zeitraum von 9 000 auf 90 000 Tonnen. Dies ist insbesondere auf die Ausweitung spezieller Grünschnittsammlungen sowie die Einrichtung neuer Kompostplätze, mit der Möglichkeit, organische Abfälle anzuliefern, zurückzuführen. Die zunehmend benutzerfreundliche Gestaltung weiterer Sammelsysteme (Abholung direkt bei den Haushalten, dichteres Netz von Depotcontainern) trug dazu bei, daß auch das getrennt eingesammelte Altpapier auf 93 000 Tonnen (+ 48 %) und Altglas auf 69 000 Tonnen (+ 62 %) anstieg. Durch den verstärkten Einsatz von Mehrkomponententonnen konnten außerdem 37 000 Tonnen Altstoffgemische (1987 = 16 000 Tonnen) eingesammelt und in der Regel nach Sortierung erneut in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden. Die Zunahme bei den Mengen an Altmetallen von 3 500 auf 7 800 Tonnen basiert in erster Linie auf einer Ausweitung öffentlicher Sammlungen. Diese erfolgten 1990 in 22 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten, verglichen mit 12 im Jahre 1987.

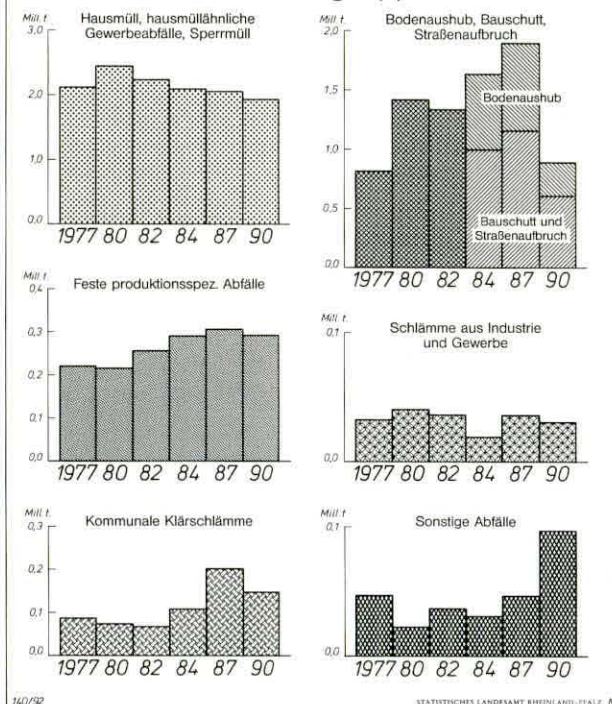
Die Bereitschaft der Bürger, sich an den Angeboten einer möglichst umweltverträglichen Abfallentsorgung zu beteiligen, spiegelt sich auch in der Akzeptanz der getrennten Sammlung schadstoffhaltiger Abfälle wider. Mit über 2 800 Tonnen, das entspricht rund 750 g je Einwohner, wurde in diesem Bereich das Ergebnis des Jahres 1987 um die Hälfte übertroffen.

Abfallaufkommen der öffentlichen Entsorgungsanlagen¹⁾ 1977 bis 1990 nach Abfallgruppen

Abfallart	1977	1980	1982	1984	1987	1990	Veränderung 1990 zu	
							1977	1987
	t						%	
Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Sperrmüll, Straßenkehrschutt, Marktabfälle	2 292 496	2 632 183	2 448 716	2 283 914	2 149 397	2 140 358	- 6,6	- 0,4
Bauschutt, Straßenaufbruch, Baustellenabfälle	1 580 602	2 575 854	2 247 722	2 094 978	2 055 628	1 938 066	104,0	- 5,7
Bodenaushub				1 057 765	1 429 458	1 286 699		- 10,0
Kompostierbare organische Abfälle, Kompost	240	7 450	7 120	7 565	18 771	105 669	X	462,9
Aschen, Schlacken, Stäube aus der Verbrennung, Rückstände aus der Abgasreinigung	4 500	250	164	12 115	9 579	15 765	250,3	64,6
Bauschutt und Bodenaushub mit schädlichen Verunreinigungen, Öl- und sonstige verunreinigte Böden, verbrauchte Ölbinder	13 978	6 127	9 441	15 600	24 047	56 288	302,7	134,1
Fett-, Öl- und Benzinabscheiderinhalte, Schlamm aus Öltrennanlagen, Tank- und Anlagenreinigung, Sandfangrückstände	6 031	3 370	20 150	27 047	29 440	39 995	563,2	35,9
Schlämme aus Abwasserreinigung kommunaler Kläranlagen, Rückstände aus der Kanalisation, Fäkalschlamm aus Sickergruben und Hauskläranlagen	92 363	76 278	76 371	109 863	201 706	175 427	89,9	- 13,0
Schlämme aus Abwasserreinigung von Industrie und Gewerbe	79 950	176 901	72 461	15 275	13 412	19 300	- 11,6	43,9
Schlämme aus Industrie und Gewerbe				41 710	75 393	51 368		- 31,9
Sonstige feste produktionsspezifische Abfälle aus Industrie und Gewerbe	284 152	228 679	388 427	328 301	357 662	354 817	24,9	- 0,8
Flüssige Abfälle	-	3 200	4 895	3 800	2 654	5 009	X	88,7
Krankenhausspezifische Abfälle	4 391	8 289	3 749	2 074	459	549	- 87,5	19,6
Sonstige Abfälle	34 460	852	19 700	3 426	16 933	10 392	- 69,8	- 38,6
I n s g e s a m t	4 393 163	5 719 433	5 298 916	6 003 433	6 384 539	6 199 702	41,1	- 2,9

1) Ohne Umladestationen, Sammelstellen und Zwischenlager.

Abfallaufkommen der öffentlichen Hausmülldeponien 1977 bis 1990 nach Abfallgruppen



Bauschuttaufbereitung entlastet Deponien

Im Jahre 1990 standen in Rheinland-Pfalz der öffentlichen Abfallentsorgung 93 Deponien (29 Hausmüll-, 57 Bauschutt- und Bodenaushub-, 6 reine Bodenaushub- und eine Sonderabfalldeponie), eine Abfallverbrennungsanlage, 3 Kompostierungsanlagen, 41 Kompostplätze, 21 Bauschuttrecyclinganlagen, 4 chemisch-physikalische Behandlungsanlagen sowie 6 Sortieranlagen zur Verfügung. Neben diesen Entsorgungsanlagen wurden 18 Umladestationen und 11 Zwischenlager bzw. Sammelstellen für Gewerbeabfälle im öffentlichen Auftrag betrieben. Da die an die letztgenannten Einrichtungen angelieferten Abfälle in der Regel an eine andere Entsorgungsanlage weitergeleitet bzw. direkt zur Verwertung an Dritte (Bodenaushubzwischenlager) abgegeben werden, bleiben sie bei der nachfolgenden Betrachtung unberücksichtigt.

Das Abfallaufkommen der öffentlichen Entsorgungsanlagen ist von 6,4 Mill. Tonnen im Jahre 1987 um knapp 3 % auf 6,2 Mill. Tonnen zurückgegangen. Dies ist vor allem auf niedrigere Anlieferungen von Bauschutt, Bodenaushub und Straßenaufbruch (Bauabfälle) zurückzuführen. Auf diese Abfallgruppe entfällt jedoch weiterhin die Hälfte (52 %) aller Abfälle. Zu einer deutlichen Entlastung sowohl der Hausmüll- als auch der Bauschutt- und Bodenaushubdeponien (nachfolgend stets einschließlich reiner Bodenaushubdeponien) hat die Aufbereitung von 915 000 Tonnen Bauschutt- und Straßenaufbruch sowie von 265 000 Tonnen Bodenaushub beigetragen. Ein im Vergleich zu 1987 leicht rückläufiges Aufkommen an Bauabfällen führte zusammen mit dem Fortschritt bei der Aufbereitung dazu, daß der deponierte Bauschutt und Straßenaufbruch um die Hälfte und der abgelagerte Bodenaushub um knapp 30 % auf jeweils 1,0 Mill. Tonnen zurückgingen. An Hausmülldeponien wurden 1990 hiervon 890 000 Tonnen geliefert. Im Jahre 1987 waren es 1,9 Mill. Tonnen. Damit reduzierte sich der Anteil der Bauabfälle am gesamten Abfallaufkommen der Hausmülldeponien innerhalb von drei Jahren von 42 auf 26 %. Die verbesserten Ergebnisse der Wertstoffsammlungen dürften in erster Linie die Ursache dafür sein, daß auch die Deposition von Hausmüll, hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen und Sperrmüll um 6 % auf 1,9 Mill. Tonnen zurückging. Insgesamt reduzierte sich die Entsorgungsleistung der Hausmülldeponien um ein Viertel auf 3,4 Mill. Tonnen.

Die erzielte Entlastung durch die Bauschuttaufbereitung schlägt entsprechend beim Abfallaufkommen der Bauschutt- und Bodenaushubdeponien mit einem Rückgang um 28 % auf 1,2 Mill. Tonnen etwas stärker zu Buche. Auf den ersten Blick überraschend ist es, daß sich diese Veränderung aus einem Anstieg der Anlieferungen von Bodenaushub um 5,5 % auf 727 000 Tonnen und einem Rückgang bei der Abfallart Bauschutt und Straßenaufbruch um 54 % auf 417 000 zusammensetzt. Dies bedeutet, daß die erzielte Entlastung der Deponien durch eine Abnahme des deponierten Bodenaushubes in vollem Umfang den Hausmülldeponien zugute kam, die für diese Abfallart einen Rückgang um über 60 % aufweisen. Teilweise kommt in dieser Entwicklung eine Verlagerung von Entsorgungsvorgängen zur Sicherung wertvoller Ablagerungskapazität auf Hausmülldeponien zum Ausdruck.

Diplom-Betriebswirt (FH) Hermann-Josef Welz

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 734	3 789	3 785	3 791	3 798
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 097	2 066	2 583	2 390	3 447	2 895 ^p	2 752 ^p	3 232 ^p	2 868 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,7	6,5	8,3	7,4	10,7	8,9 ^p	8,8 ^p	10,0 ^p	8,8 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 561	3 526	3 484	3 776	3 611	3 206 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,4	11,2	11,2	11,7	11,2	9,9 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 651	3 630	3 279	3 678	3 421	3 202 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,7	11,5	10,5	11,4	10,6	9,8 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	29	24	17	21	15	21 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	8,2	6,8	4,9	5,7	4,1	6,1 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 90	- 104	205	98	190	4 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,3	- 0,3	0,7	0,3	0,6	0,0 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	12 323	11 775	10 942	13 477	14 246
* Fortgezogene	Anzahl	7 079	6 862	6 625	7 487	7 957
* Wanderungssaldo	Anzahl	5 244	4 913	4 317	5 990	6 289
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 838	11 122	10 193	12 328	12 840
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	93 064	82 334	79 911	83 431	78 532	82 129	81 071	89 871	90 729
* Männer	Anzahl	45 652	41 970	39 597	41 211	38 581	42 839	42 139	46 376	46 640
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 783	4 231	3 584	.	.	.	4 234	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	30 495	27 136	26 067	.	.	.	27 681	.	.
Arbeitslosenquote	%	6,3	5,4	5,2	5,5	5,1	5,3	5,2	5,8	5,8
Offene Stellen	Anzahl	13 956	17 425	19 483	19 951	21 657	21 453	21 975	25 201	27 859
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	993	1 187	1 317	.	.	.	1 384	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 419	5 510	5 826	.	.	.	5 810	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	4 227	6 764	4 642	1 859	6 461	14 548	12 571	8 716	6 737
Männer	Anzahl	3 289	5 086	3 359	1 301	4 782	10 046	9 122	6 375	5 213
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾	t	14 754	15 374	14 130	13 872	14 904	14 045	14 034	13 092	12 794
* Rinder	t	4 786	5 727	4 974	4 682	5 592	4 555	4 511	4 220	3 872
* Kälber	t	26	43	33	36	38	31	29	23	19
* Schweine	t	9 788	9 464	8 981	9 059	9 147	9 352	9 339	8 753	8 795
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	69	66	73	71	69	74	69	68	65
* an Molkereien geliefert	%	94,2	94,6	96,1	95,9	95,1	96,1	95,1	95,8	95,2
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 614	2 666	2 665	2 662	2 658	2 673	2 674	2 680	2 676
* Beschäftigte	1 000	386	394	394	396	398	386	386	386	386
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	263	268	268	269	271	259	259	260	259
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 196	35 271	35 067	33 236	35 994	33 744	33 793	34 818	29 865
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 608	1 725	1 758	1 695	1 663	1 666	1 879	1 810	1 727
* Löhne	Mill. DM	917	980	973	993	969	935	1 044	1 037	980
* Gehälter	Mill. DM	691	745	785	702	694	730	362	773	747
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 555	9 110	9 232	9 223	8 802	8 820	9 217	9 151	7 764
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 133	3 052	3 045	3 100	2 758	2 980	3 028	3 088	2 497
* Exportquote ⁹⁾	%	36,6	33,5	33,0	33,6	31,3	33,8	32,9	33,7	32,2

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Kohleverbrauch ^{1) 3)}	1000t SKE	257	252	257	-	-	-	297	-	-
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{2) 3)}	Mill. m ³	672	725	662	-	-	-	824	-	-
* Heizölverbrauch ³⁾	1000t	131	133	113	-	-	-	109	-	-
davon										
* leichtes Heizöl	1000t	56	60	48	-	-	-	41	-	-
* schweres Heizöl	1000t	75	73	66	-	-	-	68	-	-
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 121	1 135	1 120	1 131	1 194	1 151	1 118	1 165	1 066
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	198	209	184	173	182	228	220	190	188
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	116	118	118	114	116	116	115	119	...
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	119	117	120	120	115	123	119	120	...
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	110	113	128	125	128	129	136	144	...
Chemische Industrie	1985 = 100	122	119	121	124	114	126	120	120	...
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	111	108	106	97	101	101	102	108	...
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	120	103	86	90	91	89	90	122	...
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	91	91	97	79	83	92	87	74	...
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	116	128	126	116	133	117	118	122	...
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	63	61	45	50	74	44	43	41	...
* Nahrungs- und Genussmittel- gewerbe	1985 = 100	131	155	147	162	162	144	153	165	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	421	425	379	302	379
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 484	3 302	3 244	2 476	2 674
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	883	1 715	1 796	1 002	1 204
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	1 994	1 981	1 800	1 750	1 818
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	419	446	332	288	315	341	301
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	89	89	87	-	-	-	86	-	-
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	170	184	190	-	-	-	197	-	-
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 218	61 200	61 425	61 692	61 999	60 140 ^p	61 006 ^p	60 714 ^p	...
Facharbeiter	Anzahl	31 745	31 347	35 531	31 145	31 115	29 638 ^p	34 616 ^p	29 640 ^p	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 907	15 528	12 032	16 187	16 565	16 644 ^p	12 587 ^p	17 228 ^p	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	7 077	6 670	7 300	6 996	7 786	7 057 ^p	7 256 ^p	7 821 ^p	...
Privater Bau	1000	4 635	4 309	4 664	4 648	4 943	4 570 ^p	4 659 ^p	5 021 ^p	...
* Wohnungsbau	1000	2 659	2 431	2 641	2 668	2 763	2 736 ^p	2 666 ^p	2 975 ^p	...
Landwirtschaftlicher Bau	1000	55	23	42	40	102	9 ^p	12 ^p	9 ^p	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 921	1 855	1 981	1 940	2 078	1 825 ^p	1 981 ^p	2 037 ^p	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 442	2 361	2 636	2 348	2 843	2 487 ^p	2 597 ^p	2 800 ^p	...
Hochbau	1000	523	510	533	515	565	443 ^p	242 ^p	471 ^p	...
Tiefbau	1000	1 919	1 851	2 103	1 833	2 278	2 044 ^p	2 173 ^p	2 329 ^p	...
Straßenbau	1000	995	953	1 075	1 001	1 264	1 070 ^p	1 117 ^p	1 266 ^p	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	212	225	219	240	233	233 ^p	243 ^p	250 ^p	...
* Löhne	Mill. DM	173	182	176	198	192	189 ^p	195 ^p	204 ^p	...
* Gehälter	Mill. DM	39	43	43	42	41	44 ^p	48 ^p	46 ^p	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	661	715	776	778	772	750 ^p	803 ^p	874 ^p	...

1) 1t Steinkohleneinheit (1t SKE) = 1t Steinkohle oder -briketts = 1,03t Steinkohlenkoks = 14,5t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	935	896	1 099	1 046	922	1 050	1 131	995	873
* mit 1 Wohnung	Anzahl	671	616	731	743	637	700	729	630	549
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	164	155	216	164	151	231	252	211	177
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	99	122	152	139	134	119	150	154	147
* Umbauter Raum	1 000 m³	1 027	1 045	1 369	1 168	1 042	1 159	1 347	1 212	1 051
* Wohnfläche	1 000 m²	175	182	244	206	180	201	232	213	187
Wohnräume	Anzahl	8 100	8 524	11 451	9 368	8 377	9 317	10 535	9 737	8 523
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	346	371	492	416	374	430	501	464	398
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	2	6	8	2	2	3	12	–
Unternehmen	Anzahl	152	162	139	237	136	120	140	139	83
Private Haushalte	Anzahl	780	731	954	801	784	928	988	844	790
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	169	174	243	183	163	176	169	188	155
* Umbauter Raum	1 000 m³	915	1 005	1 490	1 044	689	822	1 158	1 183	928
* Nutzfläche	1 000 m²	145	159	238	161	107	130	167	175	152
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	178	209	324	274	131	151	231	266	289
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	19	40	27	27	24	26	25	28
Unternehmen	Anzahl	139	139	194	150	126	144	132	159	122
Private Haushalte	Anzahl	5	8	9	6	10	8	11	4	5
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 036	2 254	3 327	2 440	2 110	2 304	2 564	2 691	2 331
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 013	2 959	2 926	3 045	2 833	2 823	2 921
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 655	1 622	1 644	1 666	1 430	1 589	1 686
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	223	225	225	218	221	241	264
Dänemark	Mill. DM	45	49	53	38	48	48	52
Frankreich	Mill. DM	446	432	429	458	387	383	420
Griechenland	Mill. DM	30	28	26	32	23	30	34
Großbritannien	Mill. DM	285	266	260	290	263	255	264
Irland	Mill. DM	12	11	11	8	9	10	11
Italien	Mill. DM	273	258	263	259	156	274	277
Niederlande	Mill. DM	210	211	220	216	199	200	217
Spanien	Mill. DM	108	117	132	121	103	120	122
Portugal	Mill. DM	23	26	25	27	22	26	26
USA und Kanada	Mill. DM	205	195	213	206	197	187	182
Japan	Mill. DM	66	69	61	76	67	61	63
Entwicklungsländer	Mill. DM	397	408	349	446	466	352	373
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	106	91	90	96	79	96	95
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 046	2 340	2 360	2 528	2 233	2 129	2 116
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 155	1 340	1 341	1 433	1 179	1 231	1 183
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	224	303	336	338	267	272	254
Dänemark	Mill. DM	30	45	33	46	45	44	44
Frankreich	Mill. DM	282	313	302	344	92	273	268
Griechenland	Mill. DM	8	8	7	9	7	5	7
Großbritannien	Mill. DM	96	107	102	111	103	115	105
Irland	Mill. DM	11	13	10	14	11	15	11
Italien	Mill. DM	195	203	198	243	152	171	188
Niederlande	Mill. DM	212	230	233	197	199	198	192
Spanien	Mill. DM	80	98	103	100	83	121	99
Portugal	Mill. DM	17	20	17	30	22	19	14
USA und Kanada	Mill. DM	142	162	188	176	154	157	152
Japan	Mill. DM	100	132	141	150	127	119	133
Entwicklungsländer	Mill. DM	287	312	325	318	371	265	285
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	52	59	48	62	58	51	68

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	102	103	103	102	102	101	101	100	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	119	125	123	126	119	125	122	126	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	107	111	111	112	113	111	112	112	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124	132	138	133	129	125	136	133	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	96	92	97	97	98	96	95	96	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	99	94	100	98	98	96	94	97	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	106	109	118	118	128	130	126	122	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	111	116	131	123	142	144	135	130	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	103	105	110	116	119	120	120	116	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	516	521	580	634	725	619	601	701	...
* Ausländer	1 000	122	120	140	204	221	123	140	216	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 757	1 866	2 087	2 640	2 872	2 036	2 060	2 546	...
* Ausländer	1 000	386	414	457	831	868	377	421	739	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 509	1 471	1 573	1 406	1 478	1 446
* Güterversand	1 000 t	931	889	870	1 025	1 018	893
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 289	17 241	21 792	26 210	9 137	18 454	17 616	17 564	10 217
Krafträder	Anzahl	564	654	915	786	565	1 379	1 143	963	626
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 731	15 455	19 565	24 254	7 522	15 777	15 207	15 410	8 772
* Lastkraftwagen	Anzahl	662	787	863	834	791	880	810	860	586
Zugmaschinen	Anzahl	197	185	238	175	153	228	277	149	102
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	10 466	10 233	10 505	9 608	10 505	10 746	9 498 ^p	10 265 ^p	8 934 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 601	1 539	1 711	1 751	1 959	1 865	1 700 ^p	1 867 ^p	1 593 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 865	8 694	8 794	7 857	8 546	8 881	7 798 ^p	8 398 ^p	7 341 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 194	2 086	2 355	2 312	2 619	2 478	2 250 ^p	2 472 ^p	2 163 ^p
* Getötete	Anzahl	44	39	39	39	41	45	51 ^p	40 ^p	48 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	28	21	19	13	15	19	23 ^p	25 ^p	25 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	6	9	11	14	19	16 ^p	8 ^p	11 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	3	4	7	6	5	6 ^p	3 ^p	8 ^p
Fußgänger	Anzahl	6	8	5	6	5	2	4 ^p	2 ^p	1 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	575	559	636	603	745	646	625 ^p	622 ^p	615 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	336	320	361	301	319	310
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	97	94	138	140	204	168
Radfahrer	Anzahl	57	57	71	82	113	90
Fußgänger	Anzahl	64	68	47	64	80	63
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	57	59	63	71	58	52	73	75	66
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	21 884	38 070	34 239	50 898	56 282	36 178	43 907	18 727	21 252
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	356	347	331	382	357	.	389	.	.
* Wechselsumme	1 000 DM	3 163	4 229	3 767	3 163	4 810	.	8 509	.	.

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	100 419	100 048	96 095	96 391	96 744	•	101 622	•	•
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	97 964	98 090	93 973	94 307	94 687	•	99 734	•	•
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	17 679	20 478	18 963	18 978	19 109	•	20 678	•	•
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	17 388	19 357	18 635	18 667	18 596	•	20 105	•	•
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	291	1 121	327	311	513	•	573	•	•
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	8 838	10 344	9 451	9 673	9 688	•	10 608	•	•
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	6 729	7 615	7 094	7 212	7 285	•	7 974	•	•
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 109	2 729	2 357	2 461	2 403	•	2 634	•	•
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	71 447	67 268	65 559	65 656	65 890	•	68 449	•	•
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	59 818	59 293	57 315	57 542	57 833	•	60 598	•	•
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 628	7 975	8 244	8 114	8 057	•	7 851	•	•
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	92 721	96 418	92 005	91 798	92 209	•	96 144	•	•
* Sichteinlagen	Mill. DM	14 511	15 224	13 449	13 358	13 460	•	14 560	•	•
* Termineinlagen	Mill. DM	39 025	42 243	40 938	41 106	41 515	•	43 682	•	•
* Spareinlagen	Mill. DM	39 184	38 951	37 617	37 334	37 233	•	37 901	•	•
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	3 659	4 216	1 709	2 241	2 073	•	2 761	•	•
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 901	2 350	1 864	2 525	2 174	•	2 674	•	•
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 619 863	1 809 247	2 084 576	1 738 914	1 881 667	1 933 717	2 366 419	1 495 950	2 065 478
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	1 120 714	1 245 992	1 549 585	1 151 571	1 274 983	1 302 515	1 760 289	902 301	1 432 732
* Lohnsteuer	1 000 DM	812 781	920 443	730 454	834 034	1 195 825	1 202 935	757 750	884 222	1 390 688
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	148 868	164 877	–	–	479 997	491 075	–	–	523 520
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	115 837	146 987	429 865	9 784	– 5 080	– 44 509	458 497	– 47 646	– 39 067
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	41 749	42 845	24 549	265 609	21 817	23 204	192 588	42 525	31 922
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	150 346	135 717	364 717	42 144	62 421	120 885	351 454	23 200	49 189
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	19 563	20 932	–	–	63 362	47 190	–	–	42 478
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	499 150	563 255	534 991	587 343	606 684	631 202	606 130	593 649	632 746
* Umsatzsteuer	1 000 DM	339 379	386 170	361 909	417 545	411 949	459 317	428 934	421 651	467 319
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	159 771	177 085	173 082	169 798	194 735	171 885	177 196	171 998	165 427
* Zölle	1 000 DM	11 877	13 311	13 027	13 511	17 912	12 414	11 796	11 181	14 560
* Bundessteuern	1 000 DM	80 544	130 597	82 181	90 518	161 700	154 486	215 910	180 570	88 533
Kapitalverkehrssteuern	1 000 DM	1 859	1 738	887	891	2 124	539	198	146	357
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	76 260	89 685	79 011	86 374	114 068	94 090	78 646	114 827	83 316
Solidaritätszuschlag	1 000 DM		36 066	–	960	42 225	56 972	134 339	62 832	1 669
* Landessteuern	1 000 DM	91 563	109 413	80 399	84 071	161 677	153 038	93 943	108 141	139 022
* Vermögensteuer	1 000 DM	21 432	23 460	4 650	6 336	58 844	68 327	7	6 290	61 368
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	42 963	49 718	41 995	47 102	69 474	57 398	62 052	62 941	46 380
* Biersteuer	1 000 DM	6 392	7 484	8 019	6 842	9 380	7 628	7 829	8 306	9 672

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ohne die durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
* Gemeindesteuern ¹⁾	1 000 DM	639 479	679 617	685 233	-	-	-	...	-	-
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 102	8 415	9 287	-	-	-	...	-	-
* Grundsteuer B	1 000 DM	104 286	106 866	106 457	-	-	-	...	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	466 448	499 087	506 001	-	-	-	534 833	-	-
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	45 384	49 024	41 515	-	-	-	...	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	908 052	1 051 508	1 117 699	1 021 525	1 104 397	1 129 358	1 460 959	931 858	1 114 926
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	490 710	542 939	687 769	512 510	548 176	564 297	789 004	388 406	614 994
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	324 453	366 016	347 748	381 776	394 348	410 271	456 003	323 862	411 289
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	841 589	904 793	1 006 765	896 166	978 368	981 495	1 165 083	783 183	1 020 689
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	486 496	538 157	685 196	507 487	538 447	559 662	784 324	378 032	606 509
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	251 184	244 350	241 169	265 063	278 058	268 432	286 766	250 486	275 027
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1 000 DM	989 035	1 083 927	1 024 785	-	-	-	...	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	1 000 DM	398 194	423 125	429 136	-	-	-	448 987	-	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	417 809	480 273	416 416	-	-	-	450 607	-	-
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	107,0	110,7	110,5	111,5	111,5	115,0	115,2	115,2	115,4
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	105,6	108,6	109,3	109,6	109,0	113,1	113,2	112,8	112,0
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	116,4	124,3	-	-	125,8	131,0	-	-	...
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	20,01	21,31	-	21,63	-	-	-	...	-
* Männliche Arbeiter	DM	20,97	22,31	-	22,64	-	-	-	...	-
* Facharbeiter	DM	22,05	23,44	-	23,76	-	-	-	...	-
* Angelernte Arbeiter	DM	20,15	21,52	-	21,72	-	-	-	...	-
* Hilfsarbeiter	DM	18,05	19,11	-	19,28	-	-	-	...	-
* Weibliche Arbeiter	DM	14,71	15,75	-	15,98	-	-	-	...	-
* Hilfsarbeiter	DM	14,60	15,62	-	15,86	-	-	-	...	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,9	39,5	-	39,4	-	-	-	...	-
* Männliche Arbeiter	Std.	40,2	39,8	-	39,7	-	-	-	...	-
* Weibliche Arbeiter	Std.	38,4	38,0	-	38,1	-	-	-	...	-
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 942	5 252	-	5 312	-	-	-	...	-
* Kaufmännische Angestellte	DM	4 443	4 716	-	4 764	-	-	-	...	-
* männlich	DM	5 311	5 610	-	5 659	-	-	-	...	-
* weiblich	DM	3 474	3 714	-	3 766	-	-	-	...	-
* Technische Angestellte	DM	5 346	5 676	-	5 748	-	-	-	...	-
* männlich	DM	5 468	5 809	-	5 882	-	-	-	...	-
* weiblich	DM	3 924	4 208	-	4 265	-	-	-	...	-
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 389	3 576	-	3 589	-	-	-	...	-
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 366	3 549	-	3 557	-	-	-	...	-
* männlich	DM	3 983	4 173	-	4 155	-	-	-	...	-
* weiblich	DM	2 824	2 993	-	3 024	-	-	-	...	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	63 253	...	63 965	64 036	64 116
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	34 504 ^p	37 771 ^p	58 870 ^p	45 661 ^p	43 766 ^p	35 019 ^p	54 681 ^p	50 770 ^p	...
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	60 303 ^p	69 023 ^p	61 146 ^p	67 811 ^p	75 483 ^p	64 703 ^p	64 401 ^p	69 502 ^p	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 142 ^p	75 067 ^p	57 770 ^p	69 629 ^p	75 900 ^p	73 699 ^p	69 194 ^p	71 246 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	1 161 ^p	- 6 045 ^p	3 376 ^p	- 1 818 ^p	- 417 ^p	- 8 996 ^p	- 4 793 ^p	- 1 744 ^p	...
Arbeitslose	1 000	1 883	1 689	1 604	1 593	1 694	1 747	1 704	1 715	1 828
Männer	1 000	968	898	842	835	885	946	918	921	975
Arbeitslosenquote	%	7,2	6,3	6,0	5,9	6,3	6,4	6,2	6,3	6,7
Offene Stellen	1 000	314	331	358	364	353	357	358	356	341
Kurzarbeiter	1 000	56	145	111	163	146	247	246	229	159
Männer	1 000	45	117	85	135	123	181	176	163	110
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 411	7 515	7 501	7 505	7 552	7 384	7 356	7 357	7 364
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	666	663	648	666	662	661	628	636	626
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	151 940	162 463	155 264	168 659	162 239	165 788	157 558	167 582	161 058
Auslandsumsatz	Mill. DM	44 318	43 557	41 048	44 875	42 080	44 874	42 258	45 313	42 430
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	118	121	117	127	121	126	117	123	118
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	111	112	112	117	117	118	115	118	117
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	126	120	136	122	132	121	129	118
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	118	123	115	127	122	129	118	119	117
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	119	129	126	129	134	127	119	130	131
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 089	...	36 165	34 447	33 449
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 730	...	3 166	2 729	2 787
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 034	1 061	1 067	1 069	1 079	1 056 ^p	1 062 ^p	1 068 ^p	1 072 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	112	111	117	123	129	121 ^p	117 ^p	123 ^p	123 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	11 639	12 911	12 552	14 004	14 994	13 165 ^p	13 950 ^p	15 218 ^p	15 837 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	12 747	11 855	12 034	13 487	13 747	11 909	15 276	14 893	...
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 912	9 875	10 061	11 451	11 508	9 912	12 906	12 485	...
Wohnfläche	1 000 m ²	2 575	2 553	2 536	2 862	2 948	2 610	3 239	3 148	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 904	2 926	3 032	3 492	3 518	2 497	2 972	3 104	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	32 612	33 385	32 731	37 279	38 530	33 254	40 663	40 518	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	125,6	136,4	136,0	132,9	141,0	140,5	133,0	129,5	136,6
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	116,3	120,8	129,5	130,0	129,0	120,3	136,3	129,3 ^p	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 554	54 017	54 657	53 636	58 904	60 414	52 157	51 536	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	29 188	29 998	29 663	30 251	31 533	33 552	28 792	28 639	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 980	4 052	3 946	4 187	3 853	4 570	3 904	4 001	...
Frankreich	Mill. DM	6 981	7 292	7 252	7 240	7 610	8 154	6 731	6 592	...
Großbritannien	Mill. DM	4 559	4 231	4 186	4 145	4 643	4 577	4 073	4 284	...
Italien	Mill. DM	4 998	5 107	5 104	5 227	5 661	5 927	5 171	5 031	...
Niederlande	Mill. DM	4 523	4 672	4 540	4 618	4 921	5 095	4 224	4 126	...
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	45 881	53 784	55 441	53 245	58 696	58 090	51 030	49 525	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	23 882	27 933	29 079	28 322	30 016	31 030	26 785	25 936	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 313	3 824	4 159	4 003	3 962	4 271	3 666	3 651	...
Frankreich	Mill. DM	5 425	6 572	6 578	6 834	6 863	7 311	6 236	5 822	...
Großbritannien	Mill. DM	3 087	3 559	3 688	3 474	3 730	3 934	3 329	3 448	...
Italien	Mill. DM	4 319	4 997	5 039	5 113	6 307	5 331	4 778	4 884	...
Niederlande	Mill. DM	4 662	5 222	5 742	5 143	5 210	5 921	4 915	4 432	...
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 815	3 086	2 890	2 922	2 941	3 183	3 198	3 237	3 256 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 210	2 456	2 276	2 309	2 326	2 530	2 546	2 583	2 592 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	604	629	614	613	616	653	652	654	664 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 641	2 176	2 034	2 042	2 030	2 164	2 173	2 184	2 192 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	756	754	733	731	718	744	743	743	741 ^P
Steuern ⁵⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	34 127	40 372	31 976	51 404	38 808	33 903	35 210	54 337	39 695 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	21 253	24 900	15 891	37 193	23 001	17 357	18 380	38 133	22 551 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	14 799	17 848	15 344	18 366	20 225	17 508	17 973	19 006	21 993 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 043	3 461	- 339	9 452	- 184	- 960	- 238	9 889	- 1 233 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	12 410	14 973	15 769	14 199	14 764	15 252	16 485	16 201	15 837 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	6 612	8 233	8 579	7 353	7 627	8 131	9 750	9 331	8 635 ^P
Zölle	Mill. DM	597	692	715	674	689	671	641	600	657 ^P
Bundessteuern	Mill. DM	5 490	7 802	6 850	5 757	6 526	8 359	9 350	10 396	...
Versicherungssteuer	Mill. DM	369	488	366	278	334	506	550	419	441 ^P
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	4 964	6 352	6 416	5 379	6 057	6 357	7 344	6 969	...
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁶⁾	1985 = 100	95,7	98,3	98,2	98,8	99,5	102,4	102,6	102,6	101,3
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	1985 = 100	94,7	94,1	95,9	95,4	94,0	97,3	96,7	95,9 ^P	93,6 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	1985 = 100	101,0	103,4	103,0	103,1	104,0	104,9	105,1	105,2	105,1
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	115,9	124,6	124,6	.	.	.	131,2	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁷⁾	1985 = 100	116,4	124,3	124,3	.	.	.	131,0	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	113,2	121,0	121,0	.	.	.	127,7	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	107,0	110,7	109,9	110,5	111,5	114,5	115,0	115,2	115,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	105,6	108,6	108,7	109,3	109,6	112,5	113,1	113,2	112,8
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	107,5	110,1	109,8	109,9	110,0	112,7	113,0	113,0	113,2
Wohnungsmieten	1985 = 100	112,5	117,3	116,8	117,3	117,8	122,3	122,9	123,4	123,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	85,5	89,4	88,2	88,0	89,0	89,8	90,1	90,1	89,8
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	107,3	110,5	110,3	110,5	110,6	113,8	114,2	114,4	114,5
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	110,3	113,8	112,9	113,3	113,9	117,3	117,6	117,8	118,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	106,1	112,1	110,0	110,4	114,9	116,6	117,2	117,8	117,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	106,1	108,1	107,8	108,2	108,1	112,3	112,6	112,2	112,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	115,3	118,0	116,2	118,2	119,4	122,3	122,4	122,9	122,9

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Monat Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Ab Januar 1991 = Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 6) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 7) Ohne Baunebenleistungen.

Warenverkehr zwischen Rheinland-Pfalz und Spanien

Der Warenverkehr zwischen Rheinland-Pfalz und Spanien konnte in den vergangenen Jahren kräftig ausgedehnt werden. Die rheinland-pfälzischen Exporte nach Spanien erreichten 1991 mit 1,4 Mrd. DM annähernd den vierfachen Wert des Jahres 1980 (358 Mill. DM). Die Importe spanischer Produkte nach Rheinland-Pfalz betrugen 1991 mit 1,2 Mrd. DM mehr als den fünffachen Wert des Jahres 1980 (224 Mill. DM). Von 1990 auf 1991 expandierten die Exporte um 8,2 % und die Importe um 22 %. Der Ausfuhrüberschuß erreichte 1991 mit 230 Mill. DM den niedrigsten Wert seit 1986 und war damit um 32 % niedriger als im Vorjahr. kl

Mehr über dieses Thema auf Seite 231

Rheinland-Pfalz bezieht mehr Waren aus den neuen Bundesländern

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft hat von Januar bis Mai 1992 für 922 Mill. DM Waren in die neuen Bundesländer und nach Ostberlin geliefert. Der Wert der Lieferungen erhöhte sich um 110 Mill. DM. Das sind 14 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Straßenfahrzeuge hatten einen erheblichen Anteil. Von besonderer Bedeutung waren außerdem chemische Produkte, Kunststoffe, Maschinenbauerzeugnisse sowie feinmechanische und optische Erzeugnisse. Der Absatz von Nahrungs- und Genußmitteln, Lederwaren und Schuhen sowie elektrotechnischen Geräten ging zurück.

Die Bezüge erreichten einen Wert in Höhe von 489 Mill. DM. Sie stiegen erheblich stärker als die Lieferungen, nämlich um 296 Mill. DM, und bestanden hauptsächlich aus Investitionsgütern, vor allem Straßenfahrzeugen sowie chemischen Erzeugnissen. Dagegen wurden weniger Nahrungs- und Genußmittel sowie Verbrauchsgüter in den neuen Bundesländern eingekauft. sr

Neugestaltung der Wohngeldstatistik

Das Berichtssystem der Wohngeldstatistik wurde im Erhebungsjahr 1991 grundlegend geändert. Ursächlich hierfür war neben dem Inkrafttreten des Wohngeldrechts in den neuen Bundesländern die Einführung der Wohngeldpauschalierung für Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge.

Durch die pauschalierte Wohngeldgewährung hat sich das Bewilligungsverfahren für Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge vereinfacht. Sind sie

Mieter, so erhalten sie pauschal Wohngeld, sobald Leistungen der Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge gewährt werden. Ein Wohngeldantrag, mit dem bislang eine relativ aufwendige Mieten- und Einkommensermittlung verbunden war, ist insoweit nicht mehr erforderlich. Durch die ab 1. April 1991 (in den neuen Bundesländern ab 1. Januar 1991) in Kraft getretene Pauschalierung soll insbesondere der Verwaltungsaufwand reduziert werden. us

Mehr über dieses Thema auf Seite 222

Abfallwirtschaft: weniger Bauschutt und Bodenaushub, mehr Industrieabfälle

Das gesamte Abfall- und Reststoffaufkommen in den rheinland-pfälzischen Industrie- und Baubetrieben sowie Krankenhäusern war im Jahre 1990 mit 12,1 Mill. t um mehr als 3 Mill. t geringer als 1987. Diese Entwicklung wurde in erster Linie vom Rückgang bei Bauschutt, Bodenaushub und Straßenaufbruch bestimmt, der mit rund 8 Mill. t zwei Drittel der gesamten Abfallmenge darstellt und um nahezu 30 % abgenommen hat. Das restliche industrielle Abfallaufkommen stieg um 2,3 % auf 4,1 Mill. t an. Davon entfielen 806 000 t auf Holzabfälle und -rückstände (+ 40 %), die zu fast 80 % zur Weiterverwertung abgegeben wurden. Es folgen mit 677 000 t die Rückstände aus der Wasseraufbereitung, Abwasserreinigung und Gewässerunterhaltung, bei denen es sich in erster Linie um Klärschlämme handelt, sowie metallhaltige Abfälle und Schlämme mit 468 000 t.

Ein Fünftel der gesamten Abfälle (2,5 Mill. t) gaben die entsorgungspflichtigen Betriebe an Weiterverarbeiter oder den Altstoffhandel ab. Im Jahre 1987 hatte diese Quote erst bei knapp 13 % gelegen. Ein weiteres Fünftel wurde in betriebseigenen Deponien (1,7 Mill. t) und in Verbrennungsanlagen (700 000 t) beseitigt. 7,2 Mill. t gelangten zu außerbetrieblichen Entsorgungsanlagen.

Die in erhöhtem Maße umweltgefährdenden Abfälle und Produktionsrückstände unterliegen nach der Abfallbestimmungsverordnung einer besonderen Nachweispflicht. Sie machten mit 966 000 t rund 8 % des gesamten Aufkommens aus. Zum weitaus größten Teil handelt es sich um Schlämme aus industrieller Abwasserreinigung (422 000 t), um verunreinigte mineralische Abfälle (153 000 t) sowie um Lösemittel, lösemittelhaltige Flüssigkeiten und Schlämme, Farben, Lacke u. ä. (117 000 t). Diese Sonderabfälle, die hauptsächlich bei Betrieben des Grund- und Produktionsgütergewerbes entstehen, werden zu 57 % in speziellen betriebseigenen Anlagen verbrannt, 15 % von den Betrieben selbst deponiert und 10 % zur Weiterverarbeitung abgegeben. pf

Bauschutt und Bodenaushub wurden aufbereitet

Das Abfallaufkommen bei den öffentlichen Entsorgungsanlagen ist von 6,4 Mill. Tonnen im Jahre 1987 um knapp 3 % auf 6,2 Mill. Tonnen im Jahre 1990 zurückgegangen. Dies ist vor allem auf geringere Anlieferungen von Bauschutt, Bodenaushub und Straßenaufbruch (Bauabfälle) zurückzuführen. Auf diese Abfallgruppe entfällt jedoch weiterhin die Hälfte (52 %) aller Abfälle.

Zu einer deutlichen Entlastung sowohl der Hausmüll- als auch der Bauschutt- und Bodenaushubdeponien hat die Aufbereitung von 915 000 Tonnen Bauschutt- und Straßenaufbruch sowie von 265 000 Tonnen Bodenaushub beigetragen. Ein im Vergleich zu 1987 leicht rückläufiges Aufkommen an Bauabfällen führte zusammen mit dem Fortschritt bei der Aufbereitung dazu, daß der deponierte Bauschutt und Straßenaufbruch um die Hälfte und der abgelagerte Bodenaushub um knapp 30 % auf jeweils 1 Mill. Tonnen zurückging. An Hausmülldeponien wurden 1990 hiervon 890 000 Tonnen geliefert. Im Jahre 1987 waren es 1,9 Mill. Tonnen. Damit reduzierte sich der Anteil der Bauabfälle am gesamten Abfallaufkommen der Hausmülldeponien innerhalb von drei Jahren von 42 auf 26 %.

Die vermehrte Sammlung von Wertstoffen dürfte in erster Linie die Ursache dafür sein, daß auch die Deponierung von Hausmüll, hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen und Sperrmüll um 6 % auf 1,9 Mill. Tonnen zurückging. Insgesamt wurde die Entsorgungsleistung der Hausmülldeponien um ein Viertel auf 3,4 Mill. Tonnen reduziert. wz

Mehr über dieses Thema auf Seite 236

Themen der letzten Hefte**Heft 1 / Januar 1992**

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik

System der Personalstatistiken

Haushalte und Familien

Langfristige regionale Entwicklung der Schweinehaltung in Rheinland-Pfalz

Heft 2 / Februar 1992

Integriertes Konzept der Erwerbstätigenschätzung

Die Bevölkerungsentwicklung der Jahre 1989 und 1990

Die freien Berufe in der amtlichen Statistik

Heft 3 / März 1992

Neues Konzept für die informations- und kommunikationstechnische Aus- und Fortbildung

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ihr Entgelt

Verdienste in der Industrie und im Dienstleistungsbereich

Ehescheidungen 1950 bis 1991

Das Landesinformationssystem

Heft 4 / April 1992

7. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

Baugenehmigungen 1991

Einrichtung und Personal in der Jugendhilfe am Jahresanfang 1991

Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben

Die Einbindung des Arbeitsplatz-Computers in den Datenverarbeitungsprozeß

Heft 5 / Mai 1992

Sachinvestitionen der öffentlichen Körperschaften

Der Umsatz der Unternehmen und seine Besteuerung 1990

Gewerbegründungen 1991

Energiepreise 1980 bis 1991

Heft 6 / Juni 1992

Landwirtschaftliche Bodennutzung 1971 bis 1991

Das Eisen-, Blech- und Metallwarengewerbe 1980 bis 1990

Omnibustourismus

Handel mit Lateinamerika

Meldepflichtige übertragbare Krankheiten im Jahre 1991

Krankenhaus-Controlling

Heft 7 / Juli 1992

Frauen im Landesdienst

Langfristige Entwicklung der Verbraucherpreise und des Verbraucherverhaltens

Landwirtschaftliche Betriebe 1971 bis 1991

Baufertigstellungen 1991

Der Fremdenverkehr in Kleinbeherbergungsstätten 1991

Unfallentwicklung auf Autobahnen

Heft 8 / August 1992

Zerlegung der Lohnsteuer nach dem Wohnsitzprinzip

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1991

Entwicklung der Verbraucherpreise seit Juni 1991

Ernteerträge und -aussichten 1992

Bruttowertschöpfung im Bauhauptgewerbe – Neues Rechenverfahren in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen –

Heft 9 / September 1992

Rheinland-Pfalz – Portrait einer Region Europas

Die Weinbaugebiete und ihre wirtschaftliche Bedeutung

Der Raum Pirmasens – Zentrum der deutschen Schuhindustrie

Zeichenerklärungen

-	genau Null / nichts vorhanden	D	Durchschnitt
0	Zahl ungleich Null, aber kleiner als die Hälfte des Wertes der kleinsten ausgewiesenen Stelle	p	vorläufige Angabe
.	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigte Angabe
...	Angabe fällt später an	s	geschätzte Angabe
()	Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.